

Magazin der Wirtschaft

* EINE WOCHENSCHRIFT *

~~Neue Folge Herausgegeben von R. Bernfeld~~

Inhalt

Ein neuer Fall Ilse	625
Oberregierungsrat Dr. Hans Faust, Die Wiedereingliederung des Saargebiets in die deutsche Volkswirtschaft	627
Dr. Ernst Wolfgang, Der freie Rückkauf bei der Anleihetilgung	631
Dr. Hans Speier, Verbürgerlichung des Proletariats? (Schluß)	633
Glossen	
Reichsbankhilfe für die Arbeitslosenversicherung	638
Angespannte Finanzlage des Branntweinmonopols	639
Der Streit um den Schenker-Vertrag	659
Ein Rußlandgeschäft der Reichsbahn	640
Hohe Gewinne im schwedischen Erzbergbau — eine Belastung für die deutsche Eisenindustrie	641
Unveränderte Dividende der Aluminium-industrie Neuhausen	642
Dividendenkürzung des englischen Chemie-trusts	642
Reform der österreichischen Sozialversicherung	643
Verringertes Geschäft der Bank für auswärtigen Handel	643
Die Girozentrale Großaktionär der Landesbankenzentrale	644
Dividendenrückgang bei den Elektrowerken	644
Konkurs der Industriebau AG	644
Personalia	644
Literatur	645
Briefe an den Herausgeber (Die Gemeindefinanzen in der Krise)	648
Bilanzen (Commerz- und Privat-Bank / Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt / Wintershall AG)	649
Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York)	652
Statistik (Berliner Börsenkurse / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Die Bankbilanzen Ende Februar / Ausweise der Privatnotenbanken)	659

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131

D N

DARMSTADTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Aktienkapital 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands



PREUSSISCHE LANDESPFANDBRIEFANSTALT

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Berlin W 8

Frankfurt/M.

Essen

München

Zeichnungs-Einladung

In der Zeit vom 25. März bis 15. April 1931
legen wir zur Zeichnung auf:

GM 10 Mill. reichsmündelsichere

7%ige

Goldmark-Pfandbriefe

Reihe XXI

zum Vorzugskurs von 96 $\frac{1}{2}$ %
(Börsenkurs 97%)

Gesamtkündigung bis 1. Oktober 1935 ausgeschlossen
April-Oktober-Zinscheine

Börsennotierung

In Berlin, Frankfurt/M., Essen, Köln, Düsseldorf und München
Stücke zu GM 100.-, 200.-, 500.-, 1000.- und 5000.-

Zeichnung durch alle Banken, Bonkiers, Spar- und Girokassen,
Kreditgenossenschaften sowie durch die Anstalt selbst und deren
Zweigstellen in Frankfurt am Main, Essen und München. Höhe
der Zuteilung und früherer Zeichnungsschluß vorbehalten.

Grundkapital und Reserven über 32 Millionen Reichsmark

Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Aktiva . . über 234 000 000 RM

Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversich.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversicherungs-Bank
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. //

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtviersicherungssumme über 3 000 Millionen RM

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig

ADCA

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Niederlassungen in allen größeren Orten Mitteldeutschlands

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS“ NEUE FOLGE

7. JAHRGANG

BERLIN, 3. APRIL 1931

NUMMER 14

Ein neuer Fall Ilse

Der Kampf der Verwaltung der Ilse Bergbau-AG gegen eine „Überfremdung“ durch die Viag, die Holdinggesellschaft des Reichs, wird zu Unrecht als ein Kampf gegen die kalte Sozialisierung hingestellt. Anscheinend ist der Verwaltung, in der die Großhandelsgruppe Petschek dominiert, eine Nachprüfung der Gewinnverhältnisse bei der Ilse AG durch den neuen Großaktionär nicht erwünscht. Mängel des gegenwärtigen Aktienrechts erleichtern es ihr, die Forderung der Viag nach einer Vertretung im Aufsichtsrat abzulehnen.

Es gibt Unternehmungen, deren Geschichte eine Kette erbitterter und oft recht unerquicklicher Kämpfe um die Herrschaft ist. Dieses Verhängnis trifft natürlich in der Regel Gesellschaften, die eines Kampfes wert sind, deren Ertragsaussichten gut sind oder die als Schlüsselstellung bei der Erreichung weitergehender Ziele dienen können. Ob sich ein so stürmisch umworbenes Unternehmen auf die Dauer günstig entwickeln kann, ob es bei einer solchen Vielzahl von Interessenten mit entgegengesetzten Zielen gut fährt, ist eine andere Frage.

Die Verwaltung der Ilse Bergbau-AG steht seit vielen Jahren im Kampf gegen Aufkäufer von Ilse-Aktien. Zunächst handelte es sich um eine opponierende Gruppe, hinter der man Stinnes vermutete; später trat die Braunkohlen- und Brikett-Industrie AG (Bubiag) als Besitzerin eines größeren Aktienpostens auf und schließlich der Petschek-Konzern. Der Streit um Petschek soll hier nicht nochmals geschildert werden; jedenfalls endete er damit, daß sich die Verwaltung im Jahre 1927 mit ihrem Gegner verständigte, und zwar zur allgemeinen Überraschung und insbesondere zur Bestürzung der Bubiag, die den Kampf gegen Petschek Schulter an Schulter mit der Ilse-Verwaltung geführt hatte. Jahrelang opponierte nun die Bubiag gegen die Auslieferung des Unternehmens an den Großhändler Petschek — vergeblich, denn die Mehrstimmrechts- und Verwaltungsaktien, die bis dahin die mit der Bubiag befreundete Verwaltung gegen Petschek geschützt hatten, schützten jetzt die Verwaltung und Petschek gegen die Forderungen der Gruppe Bubiag—Schaffgotsch. Schließlich zog sich die Opposition zurück, aber sie vermachte der Ilse-Verwaltung einen neuen Gegner, der gefährlicher sein kann als sie selbst. Die Aktienposten der Bubiag und der Gräflich Schaffgotsch'schen Verwaltung wurden nämlich — wie es heißt, durch Vermittlung einer der Verwaltungsbanken — an die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag) verkauft, die Holdinggesellschaft für die industriellen Interessen des Reichs. Gegenwärtig verfügt die Viag, die wohl einige Beträge an der Börse hinzugekauft hat, über knapp 8 Mill. RM Stammaktien und 1,2 Mill. RM Vorzugsaktien. Es ist verständlich, daß die Viag nunmehr eine Vertretung

im Aufsichtsrat beanspruchte. Sie konnte dabei darauf verweisen, daß ihr Anteil am Aktienkapital (das aus 40 Mill. RM Stammaktien und 10 Mill. Vorzugsaktien besteht) nicht viel geringer sei als der der Petschek-Gruppe, die zwei Aufsichtsratsposten besetzt hat, und daß ein Vorstandsmitglied der Ilse im Aufsichtsrat der zum Viag-Konzern gehörenden Elektrowerke AG vertreten sei. Die Verhandlungen über die Zuwahl eines Verwaltungsmitglieds der Viag verliefen jedoch ergebnislos, und in der Generalversammlung beharrte die Verwaltung auf ihrem Standpunkt. Die Viag gab dagegen Protest zu Protokoll.

Der neue Streit, der somit um die Herrschaft über die Ilse Bergbau-AG anhebt, brauchte nicht so eingehend geschildert zu werden, wenn er nicht Anlaß zu einigen grundsätzlichen Betrachtungen böte. Dazu regt zunächst die Argumentation an, mit der die Ilse-Verwaltung ihre intransigente Haltung der Öffentlichkeit gegenüber begründet. Sie zieht nämlich ihre Auseinandersetzung mit der Viag als einen Kampf gegen die „kalte Sozialisierung“ auf. Die öffentliche Hand verwendet die aus der Wirtschaft herausgepressten Steuergelder dazu, in die Wirtschaft einzudringen. Um diese Bemühungen nicht zu unterstützen, lehne man die geforderte Ergänzung des Aufsichtsrats ab. Wir wollen den Vertretern dieser Theorie den guten Glauben durchaus nicht absprechen, aber es ist notwendig, sie — ganz unabhängig davon, wie die Frage der Betätigung des Staates in der Wirtschaft zu beantworten ist — auf folgende Widersprüche aufmerksam zu machen. Angenommen, der Kampf gegen die kalte Sozialisierung sei berechtigt, wo es sich um die Verwendung von Steuergeldern und um die Konkurrenzierung von Privatunternehmungen durch den Staat handelt — die Finanzierung der Viag hat jedenfalls nichts mit den Steuereinnahmen zu tun, und eine Verschärfung der Konkurrenz auf dem Braunkohlenmarkt ist durch den Aktienkauf ebenfalls nicht zu befürchten. Die Ilse Bergbau-AG hat mit den Elektrowerken langfristige Verträge über die Belieferung mit Rohbraunkohle geschlossen, sie ist sogar gemeinsam mit ihr am Forst Hoyerswerda beteiligt: all diese Geschäfte hätte die Ilse-Verwaltung ablehnen müssen, solange sich die Elektrowerke im Eigentum des Reichs befinden, denn sie begünstigt

dadurch die öffentliche Hand. Die Petschecks verdanken ihre mächtige Stellung in der deutschen Braunkohlenindustrie zu einem recht erheblichen Teil den Mängeln des Kohlenwirtschaftsgesetzes von 1919; als Nutznießer der Sozialisierungsgesetzgebung sollten sie sich eigentlich bei der Bekämpfung der kalten Sozialisierung Zurückhaltung auferlegen. Aber auch die Verwaltungsbanken scheinen das Prinzip nicht immer im Auge zu behalten, denn sonst hätte die Bank, die später gegen die Viag mitstimmte, den Verkauf des Aktienpostens der Bubiag an die Viag nicht vermitteln dürfen. Die Ilse-Verwaltung scheint also, wenn sie tatsächlich von Bedenken grundsätzlicher Art geplagt wird, ihre verschiedenen Grundsätze nicht vollkommen aufeinander abgestimmt zu haben. Wir sehen dabei ganz von der Frage ab, ob man ein Unternehmen von der Bedeutung der Ilse Bergbau AG einem ausländischen Konzern überantworten darf; die Abwehr von Überfremdungsversuchen ausländischer Firmen wird doch von der Privatwirtschaft im allgemeinen als ebenso bedeutsam hingestellt wie die Abwehr der kalten Sozialisierung. Man verlangt aber von Geschäftsleuten gar nicht, daß sie in erster Linie volkswirtschaftliche Grundsätze befolgen sollen; sie sollen auf solide Weise Geld verdienen, und sie pflegen dadurch der Volkswirtschaft besser zu dienen als durch Prinzipienstarrheit dieser Art.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die Elektrowerke und die Ilse gemeinsame Interessen bei der Ausbeutung der Kohlenfelder haben. Mit diesen Interessen begründet die Verwaltung der Viag ihren Anspruch auf Vertretung im Aufsichtsrat der Ilse. Gleichgültig, ob man den Erwerb des Ilse-Aktienpakets durch die Viag für industriell notwendig hält oder nicht, jetzt, wo er erfolgt ist, erscheint uns ihr Anspruch gerechtfertigt, zumal die Ilse, ohne aktienmäßig an den Elektrowerken beteiligt zu sein, im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft Sitz und Stimme hat. Er erscheint uns um so mehr gerechtfertigt, als die Viag nicht nur ein industrielles, sondern jetzt auch ein kapitalmäßiges Interesse an der Ilse hat. Sie hat in der Braunkohlengesellschaft Kapitalien von fast eben solcher Höhe investiert wie die Petschek-Gruppe. Man muß also ihr ebenso wie Ignaz Petschek eine Kontrolle über den Ertrag dieser Kapitalien zugesehen. Bekanntlich wird gegen Petschek der Vorwurf erhoben, seine Politik gehe dahin, mit geringen Kapitalien Produktionsgesellschaften zu beherrschen und deren Gewinn mit Hilfe von Kohlenlieferungsverträgen zugunsten seines Kohlenhandelsgeschäfts zu schmälern. Über die Berechtigung dieser Vorwürfe besteht in der Öffentlichkeit Unklarheit; gerade im Magazin der Wirtschaft wurde vor längerer Zeit ein Aufsatz veröffentlicht, der Petschecks Politik verständlich zu machen suchte (Jahrg. 1930, Nr. 21, S. 966). Bestehen die Vorwürfe zu Recht, gelingt es dem Vertreter der Viag, den Ertrag der Ilse durch Änderung der Lieferungsabkommen zu heben, so würde sich die Kapitalanlage der Holdinggesellschaft des Reichs als recht rentabel erweisen, und gleichzeitig würde die Ilse AG vor einer ungerechtfertigten

Minderung ihres Gewinns bewahrt werden. Erweisen sich die Angriffe gegen die Ilse-Verwaltung als irrig, so besteht um so weniger Veranlassung, dem neuen Großaktionär Einblick zu verweigern.

Unsere Stellungnahme erklärt sich ~~nicht etwa~~ aus einer besonderen Vorliebe für die Viag als einer Gesellschaft der öffentlichen Hand. Wir erwarten von dem Ilse-Geschäft der Viag auch gar nicht Maßnahmen gemeinwirtschaftlicher Natur. Die Viag nimmt ihre und ihrer Tochtergesellschaft privatwirtschaftliche Interessen wahr, wie jedes andere Unternehmen. Sie hat dabei unseres Erachtens einen Anspruch, ebenso wie jedes andere Unternehmen behandelt zu werden, ebenso insbesondere wie die Petschek-Gruppe. Es scheint hier ein Fall ausgesprochener Verwaltungswillkür vorzuliegen, die sich hinter „grund-sätzlichen Bedenken“ verschanzt und dabei mit Nutzen einige Missbildungen unseres Aktienrechts verwertet.

Auf diese *aktienrechtliche Seite des neuen Falles Ilse* müssen wir noch kurz zu sprechen kommen. Die Ilse-Verwaltung ist durch einen dreifachen Panzer geschützt. Sie besitzt Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht; sie verfügt über Stammaktien, die bei der Generalversammlung im Sinne der Verwaltung mitgestimmt haben; sie wird schließlich von den Banken unterstützt, die bei der Abstimmung die von ihnen angemeldeten Aktien — in der Hauptsache wohl Aktien aus den Kundendepots — in die Wagenschale warfen. Mit einem Minimum an Kapitalaufwand gelingt es also den Verwaltungskreisen, sich die unbeschränkte Herrschaft über das Unternehmen zu sichern, ohne daß damit die wohlverstandenen Interessen aller an der Gesellschaft Beteiligten verbürgt wären. Denn — wir wollen es nicht behaupten, aber es ist immerhin denkbar — wenn die Vorwürfe, die gegen die Verbindung der Ilse mit Petschek erhoben werden, zutreffen sollten, würde durch das Institut der Schutzaktien eine Verwaltung geschützt, die des Schutzes nicht sonderlich würdig wäre. Das Interesse des viel zitierten „Unternehmens an sich“, das im allgemeinen mit dem der Verwaltung identifiziert wird, wäre bei ihr sehr wenig gut aufgehoben.

Lehrreich ist der Fall Viag-Ilse für die Beurteilung des *Stimmrechts der Depotaktien*. Freunde einer radikalen Aktienrechtsreform haben wiederholt die Besitzigung oder wenigstens Erschwerung des *Depot-Stimmrechts* der Banken angeregt. Wir haben uns diese weitgehende Forderung nicht zu eigen gemacht und zwar — im Anschluß an die Argumentation des neuen Aktienrechtsentwurfs — mit Rücksicht auf die Indolenz der Kleinaktionäre, die unter Umständen wichtige Entschlüsse dadurch verhindern können, daß sie den Generalversammlungen fern bleiben. „Die Banken . . . tragen damit eine Verantwortung, die ihnen ohnehin als Verwalter und Verteiler eines großen Teils des volkswirtschaftlichen Kapitals obliegt. Dieser Verantwortung werden sie sich noch stärker bewußt werden müssen als bisher“ (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 35, S. 1618). Wir gestehen, daß der bisherige Verlauf des Falles Viag-Ilse die Verteidiger des *Depot-Stimmrechts* der Banken nicht ermutigt.

Die Wiedereingliederung des Saargebiets in die deutsche Volkswirtschaft

Von Oberregierungsrat Dr. Hans Faust

Mit der Wiedereingliederung des Saargebiets, das durch den Vertrag von Versailles für fünfzehn Jahre der Herrschaft des Völkerbundes unterstellt wurde, werden zahlreiche wichtige Probleme verwaltungstechnischer, wirtschaftspolitischer und ökonomischer Art verbunden sein. Schon jetzt sollte die Lösung dieser Fragen vorbereitet werden. Das Saargebiet ist außerordentlich dicht besiedelt und besitzt in seinen großen Steinkohlenfeldern einen ungewöhnlichen Reichtum. Die Rückführung der Gruben in deutschen Besitz wird voraussichtlich eine Erhöhung der Kohlenproduktion zur Folge haben, für deren Absatz rechtzeitig Vorsorge getroffen werden muß.

Die Erörterung der Probleme, die mit der politischen und wirtschaftlichen Rückgliederung des Saargebiets auftreten werden, ist, nachdem sie jahrelang den mehr oder weniger theoretischen Gesprächsstoff kleinerer interessanter Kreise gebildet hatte, im Sommer des Jahres 1929 gelegentlich der Haager Verhandlungen und der dort gepflogenen Aussprache zwischen Stresemann und Briand stark in den Vordergrund der Tagesfragen gerückt. Im Anschluß an diese Besprechungen ist es zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Frankreich gekommen, die nach längerer Verzögerung endlich im November 1929 in Paris begannen, sich über den ganzen Winter 1929/30 erstreckten und schließlich im Juli 1930 mit einer Vertagung endeten, die praktisch einem Auseinandergehen der Verhandlungspartner auf unbestimmte Zeit gleichkam.

Um was handelte es sich bei diesen Verhandlungen, von welcher Lage gingen sie aus, welchen Verlauf hatte die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Saargebietes bis dahin genommen?

Vergegenwärtigen wir uns vor allem die Tatsache, daß das Saargebiet, seit Menschengedenken urdeutsches Land mit rein deutscher Bevölkerung und Kultur, früher durch Elsaß-Lothringen von Frankreich getrennt war, seit dem Versailler Vertrag aber unmittelbares Grenzland, ja noch mehr, der am weitesten nach Südwesten vorspringende Gebietsteil des Deutschen Reichs geworden ist.

Das Saargebiet erhält seine wirtschaftliche Einheit und Abgrenzung durch das Vorkommen der Steinkohle. Es umschließt indessen nicht nur das eigentliche Kohlengebiet, sondern darüber hinaus auch das Gebiet der geschlossenen Siedlungen der Bergarbeiterbevölkerung. Der in diesem Gebiet vorhandene Kohlevorrat wird auf etwa 12 Milliarden t geschätzt und dürfte noch für etwa tausend Jahre ausreichen.

Das Gebiet hat einen Umfang von fast 2000 qkm mit etwa 780 000 Einwohnern; es ist also sehr dicht bevölkert. Während der Reichsdurchschnitt im Jahre 1900 etwa 100 Einwohner auf den Quadratkilometer aufwies, kamen damals im Saargebiet auf die gleiche Fläche etwa 300, im Jahre 1925 über 400 Bewohner. Die Bevölkerungsdichte ist dreimal so groß wie der Reichsdurchschnitt und kommt der Besiedlungsdichte

des am stärksten bevölkerten preußischen Regierungsbezirks Düsseldorf am nächsten.

Die Steinkohle wird von rund 60 000 Bergarbeitern gewonnen. Auf ihr baut sich die bedeutende Eisenhüttenindustrie auf, die etwa 36 000 Arbeiter beschäftigt. Hinzu kommen Hilfsindustrien für den Bergbau und die Hüttenwerke, eine Glasindustrie, eine keramische Industrie und andere kleinere Gewerbebetriebe mit nochmals 40 000 Arbeitern. Die Arbeiterbevölkerung, die man unter Einbeziehung ihrer Familien auf etwa 500 000 Menschen schätzen kann, bildet also den überwiegenden Teil der Bevölkerung.

Neben dem Bergbau und der Industrie ist auch die Landwirtschaft nicht unbedeutend. Jedoch handelt es sich bei ihr größtenteils um Zwerg- und Nebenbetriebe. Immerhin gibt es wohl kaum ein Industriegebiet, dessen Arbeiterschaft eine so starke Bodenständigkeit aufweist wie die des Saargebietes. Die jahrelange zielbewußte Wohnungs- und Siedlungs-politik des preußischen Staates (des Besitzers der Saargruben) hat es zuwege gebracht, daß etwa drei Viertel der verheirateten Bergleute in eigenen Häusern wohnen und meist nebenher eine kleine Acker- oder Gartenwirtschaft betreiben. Infolgedessen ist auch die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk während der letzten 50 Jahre beobachtete starke Zuwanderung im Saargebiet kaum eingetreten. Hier entnehmen Bergbau und Industrie vielmehr den Nachwuchs ihrer Arbeiterschaft der eingesessenen Bevölkerung, in erster Linie den Söhnen der Bergarbeiter.

Dieses Land und seine Bewohner sind nicht zum ersten Male in der Geschichte ein Opfer ihrer Grenzlage geworden. Seit den Tagen Ludwigs XIV. über die französische Revolution und Napoleon I. hinweg bis zu Napoleon III. und in die Jahre 1866 und 1870 hinein ist das Saargebiet immer wieder von unseren westlichen Nachbarn begehrt worden. Waren dessen Ziele ursprünglich rein politischer Art, so sind doch auch wirtschaftliche Faktoren, vor allem der Drang nach der Saarkohle, schon früh in Erscheinung getreten. Schon zur Zeit der französischen Revolution ist in der Nationalversammlung das Wort gefallen: „Sprechen wir doch nicht von der Freiheit der Saarbevölkerung, wir wollen doch nur ihre Kohle!“ So konnte es nicht überraschen, daß Frankreich, als es

in den Versailler Verhandlungen der Alliierten im Jahre 1919 bei seinen Annexionsplänen auf den Widerstand des amerikanischen Präsidenten Wilson stieß, die alten wirtschaftlichen Argumente hervorholte und aus Gründen der „Wiedergutmachung“, zum Ausgleich für die Zerstörung der französischen Kohlengruben im Pas de Calais und in Nordfrankreich, die Abtretung der Saargruben an den französischen Staat und die Sicherstellung der ungehinderten Kohlenausbeute durch Errichtung einer Völkerbundsverwaltung auf die Dauer von fünfzehn Jahren forderte. Tatsächlich drang es mit dieser Forderung durch. Die preußischen bzw. bayerischen Staatsgruben an der Saar wurden dem französischen Staat als uneingeschränktes Eigentum mit sämtlichen Kohlenfeldern und Nebenanlagen übereignet; gleichzeitig wurde das Gebiet für fünfzehn Jahre dem Völkerbund unterstellt.

Die Kohle, das Fundament der Saarwirtschaft, war damit dem französischen Staat überantwortet. Aber nicht genug damit, das Saarbecken wurde durch den Versailler Vertrag auch in das französische *Zollsystem* eingegliedert. Für einen fünfjährigen Zeitraum, der mit dem 10. Januar 1925 ablief, genossen die aus dem Saarbecken stammenden Erzeugnisse noch freie Ausfuhr nach Deutschland, während umgekehrt die deutsche Einfuhr für Erzeugnisse zum örtlichen Verbrauch im Saargebiet von Zollabgaben befreit blieb. Seitdem gehört das Saarbecken völlig zum französischen Zollgebiet. — Darüber hinaus wurde in den Jahren 1920 bis 1923 die deutsche Reichswährung besiegelt und die französische *Frankenwährung* eingeführt.

Da Hand in Hand mit diesen politischen Maßnahmen der stärkste wirtschaftliche Druck auf die bis dahin rein deutschen Unternehmungen einsetzte, gelang es der französischen Wirtschaft schnell, die Saarindustrie zu überfremden, so daß heute die meisten Saarhütten und eine Anzahl sonstiger Werke teilweise oder auch ganz unter ihrem Einfluß stehen.

So lagen die Dinge, als vor einem Jahr der Versuch unternommen wurde, das Saarproblem in unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich politisch und wirtschaftlich zu bereinigen; daß sie im wesentlichen auch heute noch so liegen, beweist die Tatsache, daß die Pariser Saarverhandlungen im Juli 1930 an lediglich *wirtschaftlichen* Fragen gescheitert sind. Die Wiedereingliederung des Saargebiets wird uns vor Probleme stellen, die gewiß nicht unüberwindbar und ganz gewiß nicht allein ausschlaggebend für unsere Beurteilung der Saarfrage sind. Ist doch stets — im Gegensatz zu den französischen Argumenten — von deutscher Seite klar betont worden, daß das Saarproblem in seiner Gesamtheit für uns kein finanzielles oder wirtschaftliches, sondern ein in hohem Maße politisches sei und daß für uns die Rückkehr der seit altersher rein deutschen Bevölkerung mit ihrem ungeschmälerten Gebiet und ihrer lebensfähigen Wirtschaft oberstes und einziges Verhandlungsziel sei. Die Schwierigkeiten werden aber doch erkannt und rechtzeitig vorbereitet werden müssen, um die Wiederein-

gliederung im gegebenen Zeitpunkt möglichst reibungslos durchführen zu können.

Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Rückgliederungsprobleme wird die *Kohle* stehen. Die vormals preußischen bzw. bayerischen, jetzt französischen Staatsgruben werden nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags zu einem in Gold zahlbaren Preis zurückgekauft werden müssen. Die Höhe dieses Kaufpreises wird natürlich für die spätere Rentabilität der Gruben von wesentlicher Bedeutung sein; sie muß sich besonders auch im Rahmen unserer gesamten Finanzlage halten. Über die Rückführung der Gruben in das Eigentum ihrer früheren Besitzer, des preußischen bzw. bayerischen Staates, besteht hierbei auf deutscher Seite, vor allem auch im Saargebiet selbst, Einmütigkeit. Einmal sind diese vormaligen Besitzer für den Verlust der Gruben bisher vom Reich nicht entschädigt worden; außerdem werden infolge der wirtschaftlichen und betriebstechnischen Vernachlässigung der Saargruben durch ihre gegenwärtigen Besitzer, die bei der nur vorübergehenden Eigentumsüberlassung vielleicht verständlich, wenn auch nicht entschuldbar ist, für eine lange Übergangszeit so erhebliche, eine Rentabilität zunächst in Frage stellende Aufwendungen gemacht werden müssen, daß sie von einer privaten Gesellschaft kaum getragen werden könnten. Endlich sprechen nationalpolitische Gründe dafür, die Saarkohlengruben, das Fundament der gesamten Saarwirtschaft und die Existenzgrundlage der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, den wechselnden Einflüssen schwankender Wirtschaftskonjunkturen nach Möglichkeit zu entziehen und sie einer auch staatspolitisch auf lange Sicht arbeitenden Verwaltung einzugliedern. Der preußische Staat hat diese Aufgabe ein Jahrhundert lang hervorragend erfüllt. Nicht ohne Grund war deshalb das Betreiben der französischen Regierung während der Pariser Saarverhandlungen des vergangenen Jahres außerordentlich zäh auf die künftige Ausschaltung des preußischen Staates aus der Bewirtschaftung der Saargruben gerichtet.

Eine erfolgversprechende, den Verhältnissen der Grenzlage und den Interessen der Bevölkerung wie der Wirtschaft Rechnung tragende Betriebsführung der Gruben wird natürlich gewisse Rationalisierungsmaßnahmen erfordern. Die Förderung im Saargruben-Bergbau betrug vor dem Kriege je Schicht und Kopf 800 kg gegenüber einer Förderung von 900 kg an der Ruhr. Heute werden im Saarbergbau 850 kg gefördert, während der Ruhrbergbau seine Förderung auf 1200 kg erhöht hat. Dem würde — gemessen an den normalen Vorkriegsverhältnissen — eine Saarkohlen-Förderung von etwa 1050 kg je Schicht und Kopf entsprechen müssen.

Für eine derart vermehrte Produktion *Absatz* zu schaffen, wird eine wichtige Aufgabe für die künftige Grubenleitung sein. Der Saarkohlenabsatz hat sich überdies im letzten Jahrzehnt gezwungenermaßen großenteils vom Osten nach dem Westen verlagert. Vor dem Kriege setzte das Saargebiet nach Deutschland rund 4 Mill. t Kohlen ab, heute nur mehr 1 Mill. t. Dem-

gegenüber hat sich der Absatz nach Frankreich und Elsaß-Lothringen von 2,5 auf 4 bis 5 Mill. t vermehrt. Es kann nicht angenommen werden, daß dieser Absatz nach Westen nach Rückgliederung des Saargebiets in vollem Umfang aufrechterhalten werden kann, zumal Frankreich einschließlich Elsaß-Lothringen seit 1913 seine eigene Steinkohlenförderung von 43,8 auf 51,5 Mill. t steigern konnte und diese Förderung noch weiter zu erhöhen vermag. Man wird also nicht nur für den später ausfallenden Absatz nach Frankreich, sondern auch für die zusätzliche Förderung von Saarkohle neue Absatzwege suchen müssen. Sollte das nicht gelingen, so würden große Massen der bodenständigen Saar-Arbeiterschaft brotlos werden. Die Lösung dieses Problems ist zu einem Teil eine Frage der vom gegenwärtigen Besitzer stark vernachlässigten Preis- und Lieferungspolitik; sie wird in der Hauptsache davon abhängen, wieweit es gelingen wird, der Saarkohle ihren alten, natürlichen Absatzmarkt, vor allem in Süddeutschland, zurückzugeben. Bei allseitigem Verständnis für die Sonderlage des Saargebiets und bei entsprechender Aufteilung des Binnen-Absatzmarkts wird dies ohne allzu große Schwierigkeiten möglich sein.

Die Saarkohle, die sortenmäßig und in ihren Produktionsbedingungen im Wettstreit mit der Ruhr schon stets im Nachteil war, wird nur dann konkurrieren können, wenn ihr entsprechende *Frachtvergünstigungen* zu Hilfe kommen. Denn das Ruhrgebiet ist wegen seiner Wasserstraßenverbindungen heute in der Lage, seine Kohle bis fast an den Rand des Saargebiets und weit nach Süddeutschland hinein anzubieten. Ähnlich liegen die Dinge bei der Kohle des Aachener und des holländischen Campine-Gebietes, vor allem nach Vollendung des im Bau begriffenen holländischen Juliana-Kanals. Es mag dahingestellt bleiben, ob die für die Saarkohle vorzubereitenden Frachtvergünstigungen im Wege der Reichsbahntarifpolitik, durch Anlage von unmittelbar zum Rhein durchgehende Schleppzug-Verbindungen oder — wie man im Saargebiet vielfach wünscht — durch den Neubau einer Wasserstraße zum Rhein mit Anschluß an das Donau-Wasserstraßensystem vorgenommen werden.

Selbstverständlich werden auch im übrigen alle Verwertungsmöglichkeiten dem Absatz der Saarkohle nutzbar zu machen sein. Aussichtsreiche Verhandlungen über die Einbeziehung des Saargebiets in das westdeutsche *Ferngas-Versorgungssystem* laufen seit langem. Ebenso sind die Grundlagen für eine auskömmliche Verwertung der Saarkohle im Wege des elektrischen *Stromabsatzes* sichergestellt.

Neben dem Kohlenproblem werden die *handelspolitischen Fragen* einen breiten Raum bei der Rückgliederung des Saargebiets einnehmen. Seit im Jahre 1925 die französische Zollgrenze vom Westen an den Osten des Saargebiets verlegt wurde, ist der saarländische Markt zu einem erheblichen Teil nach Westen umorientiert worden. Die Wiedereingliederung des Saargebiets in die deutsche Volkswirtschaft wird die Aufgabe haben, diese Zollgrenze zurückzu-

verlegen und den zwangsweise geschaffenen, künstlichen Absatzmarkt für die Saarwirtschaft durch den natürlich gegebenen wieder zu ersetzen. Selbstredend wird sich dies — schon mit Rücksicht auf die Saarwirtschaft selbst — nicht mit einem Schlag vollziehen können. Angemessene Übergangszeiträume werden vielmehr notwendig werden. Bei der Grenzlage des Gebiets und bei der hierdurch bedingten Verflechtung wichtiger Industrien mit dem westlich angrenzenden Absatzmarkt werden auch darüber hinaus für gewisse Waren Kontingente zu vereinbaren sein, die indessen grundsätzlich degressiver Art sein müssen. Im allgemeinen werden sich die hier entstehenden Probleme im Wege deutsch-französischer Handelsvertragsverhandlungen meistern und durch entsprechende Abmachungen über die Durchführung eines angemessenen Grenzverkehrs ergänzen lassen, wenn auch gewisse Übergangsschwierigkeiten vielleicht zunächst auftreten mögen. Vor allem auf dem Gebiet des *landwirtschaftlichen Gütertauschs* bestehen Spannungen, deren Ausgleich beiderseitiges Entgegenkommen erfordert wird. Sie ergeben sich schon aus der Tatsache, daß zwischen dem Saargebiet und dem benachbarten Lothringen mit seiner hochentwickelten Landwirtschaft bisher eine Zollgrenze praktisch nicht bestanden hat; denn in der Zeit vor 1870 spielten Zölle nur eine geringe Rolle. Es kommt hinzu, daß das Saargebiet zugleich Einfuhr- und Ausfuhrland ist. Ausgeführt werden ausschließlich industrielle Erzeugnisse, während der Lebensbedarf der Bevölkerung zum großen Teil eingeführt wird. Das Absatzbedürfnis des Gebiets richtet sich in erheblichem Umfange nach Westen, während es in seinem Bezugsbedürfnis von Westen nahezu unabhängig ist. Frankreich hat andererseits ein starkes Absatzbedürfnis in das Saargebiet für landwirtschaftliche und Kolonialprodukte sowie für Textilien, Automobile und andere Erzeugnisse. Ein Bezugsbedürfnis hat es in der Hauptsache nur für Kohle. Bei der geographisch und frachtpolitisch benachteiligten Lage des Saargebiets zum Hauptteil des französischen Absatzgebiets, von dem es durch industriell außerordentlich produktionskräftige Gebiete getrennt ist, ergibt sich auch hier die Notwendigkeit verstärkten Absatzes von Produktionserzeugnissen des Saargebiets auf den binnendeutschen Markt.

Für die binnendeutsche Landwirtschaft werden sich aus der Eingliederung des Saargebiets keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Inwieweit die Rückgliederung die Landwirtschaft des Saar-Randgebietes berühren wird, läßt sich erst in einem späteren Zeitpunkt völlig übersehen und wird im wesentlichen von dem Erfolg der Rückgliederungsverhandlungen abhängen. Die Wiederaufnahme ihrer alten Absatzbeziehungen zum Saargebiet wird ihr jedenfalls über kurz oder lang eine fühlbare Erleichterung bringen.

Die Auswirkungen einer Rückgliederung auf *sozial-politischem* Gebiet werden weniger die binnendeutsche Wirtschaft als diejenige des Saargebiets selbst berühren, da die Entwicklung dort seit der

künstlichen Abtrennung im Jahre 1920 eigene Wege gegangen ist. Das Saargebiet kennt weder Tarifverträge noch überhaupt ein Tarifvertragsrecht, weder Schlichtungsausschüsse noch eine Schlichtungsordnung, weder unsere Arbeitszeitregelung noch das Betriebsrätegesetz. Hier werden sich notwendigerweise Umstellungen ergeben, deren Auswirkungen auch für die Wirtschaft bedeutsam sind. Günstiger liegen die Dinge bei der *Sozialversicherung*, die sich im Laufe der Zeit dank der erheblichen laufenden Zuschüsse der deutschen Versicherungsträger der Regelung im Reich stark angeglichen hat. Indessen besteht im Saargebiet weder ein Arbeitsnachweis noch eine Arbeitslosenversicherung.

Eine Fülle von Aufgaben wird die *verwaltungsmäßige* Rückgliederung des Saargebiets mit sich bringen. Neben der politischen und kommunalen Wiedereinführung müssen vor allem in währungspolitischer, finanzpolitischer und steuerlicher Hinsicht die heute bestehenden Ungleichheiten beseitigt werden. Insbesondere wird die Überleitung der *Währung* vom französischen Franken zur deutschen Reichsmark einerseits möglichst schnell, andererseits unter der gebotenen Rücksichtnahme auf Wirtschaft und Handel erfolgen müssen. Sie wird erhebliche Gesetzesänderungen — ich denke allein an die Bilanzgesetzgebung und die Aufwertungsgesetze — bedingen.

Auch in *steuerlicher* Beziehung erwartet die berufenen Stellen umfangreiche Arbeit. In dieser Hinsicht haben die Verhältnisse des Saargebiets mit denen des Reiches nur ausnahmsweise Schritt gehalten. Die Steuerreform Erzbergers ist im Saargebiet nicht eingeführt worden. Die Kommunen haben nach wie vor das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer; man hat ihnen außerdem auch die Grund- und Gebäudesteuer sowie die Gewerbesteuer überlassen. Die Hauszinssteuer ist im Saargebiet nicht bekannt. Wahrscheinlich wird sich die steuerliche Angleichung nicht von einem Tag auf den anderen vollziehen können. Die nicht ganz vermeidbare Vermehrung der öffentlichen Lasten wird dem Saargebiet vielmehr nur in dem Maße zugemutet werden können, in dem es ihm gelingt, auch in seinem Absatz und damit in seinen Einnahmen die Voraussetzungen für sie zu schaffen. — Die übrigen zum Teil recht interessanten Rückgliederungsprobleme, vor die sich die Verwaltung von Reich und Ländern sowie der öffentlichen Körperschaften bei der Rückübernahme des Saargebiets gestellt sehen werden, sind für die Wirtschaft meist nur von mittelbarer Bedeutung und mögen daher aus dieser Betrachtung ausscheiden. Sie betreffen die Angleichung der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung und werden vor allem auch auf dem Gebiet der kommunalen Neugliederung zu zwangsläufigen Folgerungen führen.

Die mannigfachen Probleme, die sich aus der Wiedereingliederung des Saargebiets in die deutsche Volkswirtschaft für diese ergeben werden, ließen sich natürlich im Rahmen dieser Ausführungen nur andeuten. Im allgemeinen werden sie zwar umfangreich und teilweise auch nicht einfach, aber durchaus lösbar sein. Die französische Propaganda, nach der das Saargebiet gegenwärtig den Himmel auf Erden erlebt, nach der Rückgliederung aber Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen und unabsehbarer Schwierigkeiten entgegengehen müsse, ist bei der tatsächlichen Lage der Dinge als ebenso unrichtig wie tendenziös zu bezeichnen. Denn einmal kann von einer rosigen Lage im Saargebiet auch nicht entfernt die Rede sein; im Gegenteil nehmen Not und wirtschaftliche Krisen auch dort zu. Allein ein Blick auf die wachsende Erwerbslosenstatistik vermag das zu beweisen. Zum andern wird verschwiegen, daß Umstellungsschwierigkeiten, die sich bei der Rückgliederung des Gebietes nicht ganz vermeiden lassen, schon deswegen nicht unüberwindbar sein werden, weil sie im Grunde genommen lediglich der Wiederherstellung des alten seit Menschengedenken bestehenden Wirtschaftszustandes dienen, und daß sich auch hier das Gesetz bestätigen wird, daß auf die Dauer die beste Lösung im Rahmen der natürlich gegebenen und national bedingten Volkswirtschaft liegt. Endlich darf die Frage aufgeworfen werden, was denn geschehen würde, wenn es bei dem gegenwärtigen Zustand verbleiben und das Reich damit gezwungen sein würde, seine zahlreichen und auf den mannigfachsten Gebieten außerordentlich fühlbaren Hilfsmaßnahmen zugunsten der Saarwirtschaft und der Saarbevölkerung aller Schichten einzustellen? Sicherlich würden dann Rückschläge eintreten, die von dem kleinen Gebiet auf die Dauer nicht getragen werden könnten und die ihm zuzumuten schon die selbstverständliche Pflicht nationaler Verbundenheit mit diesem deutschen Gebietsteile verbieten würden.

Werden deshalb das deutsche Volk und seine Wirtschaft schon aus nationalen Gründen dem heimkehrenden Saargebiet Verständnis und Hilfsbereitschaft entgegenbringen, so darf auf der anderen Seite nicht vergessen werden, daß die Unbequemlichkeiten nur vorübergehender Natur sind und daß es sich hierbei nur um eine Übergangszeit handelt. Ihr gegenüber wird an den wertvollen Zuwachs gedacht werden müssen, den die Rückkehr eines industriell so leistungsfähigen und hochentwickelten, in langen Jahren fremdländischer Unterdrückung im Fühlen und Handeln deutsch gebliebenen Gebietes bedeutet. Bei gemeinsamer, von gegenseitigem guten Willen getragener Zusammenarbeit aller Teile diesseits und jenseits der uns gegenwärtig aufgezwungenen Saarschranke wird es bald gelingen, dem Saargebiet seinen alten Platz in der deutschen Volkswirtschaft zurückzugeben.

Der freie Rückkauf bei der Anleihetilgung

Von Dr. Ernst Wolfgang

Die Emissionstechnik der letzten Jahre weist einen wichtigen Mangel auf. Es werden immer wieder Anleihen aufgelegt, die nur durch Auslosung zu tilgen sind. Dem Emittent entgeht hierbei die Möglichkeit, Stücke zu niedrigen Kursen zurückzukaufen. Für diesen Verzicht erhält er jedoch meist kein Äquivalent durch einen höheren Emissionskurs. Aber auch das Publikum hat von dem Verzicht auf den freihändigen Rückkauf nur einen geringen Vorteil, da die Kurse bei den reinen Auslosungsanleihen häufig ungünstiger sind als bei den auch durch Rückkauf zu tilgenden Emissionen.

Die wichtigsten Merkmale für die Ausstattung einer Anleihe bilden Zinsfuß und Rückzahlungsbedingungen. In den Rückzahlungsbedingungen ist festgesetzt, wie der Emittent die Anleihe tilgen muß und kündigen darf. Die Tilgungsverpflichtungen sind in der Praxis auf die verschiedenste Weise geregelt. Bei den „ewigen“ Anleihen sind die Tilgungen ganz in das Belieben des Emittenten gestellt. Bei anderen Rentenwerten, wie z. B. den deutschen Pfandbriefen, ist zum mindesten keine bestimmte Laufzeit vorgeschrieben. Ferner gibt es festverzinsliche Werte, bei denen zwar ein letzter Rückzahlungstermin, aber kein bestimmter Tilgungsplan vorgesehen ist.

Unsere Betrachtungen erstrecken sich nicht auf diese Typen, sondern nur auf jene Anleihen, für die von Anfang an *ein fester Tilgungsplan* besteht. Zu dieser Gruppe gehören in Deutschland die Industriebölligationen und die öffentlichen Anleihen; die Anleihen des Reichs und der Länder allerdings erst seit einigen Jahren, denn sie wurden früher meist als „ewige“ Anleihen ausgegeben.

In den Tilgungsbedingungen ist zunächst die Höhe der Tilgungsraten und dann die Durchführung der Tilgung festgelegt. Die Tilgung kann erstens durch Rückkauf, zweitens durch Auslosung, drittens durch Rückkauf oder Auslosung erfolgen. Anleihen, die nur durch Rückkauf getilgt werden können, sind verhältnismäßig selten. Ein Beispiel bietet die 6½ %ige Dollaranleihe des Königreichs Belgien von 1924. Bei derartigen Emissionen wird stets ein Höchstwert festgesetzt, über den hinaus der Anleiheschuldner nicht zu Rückkäufen verpflichtet ist. Andernfalls wäre er den Anleihebesitzern ausgeliefert, die bei Verknappung des Materials für die letzten Stücke einen Phantasiepreis verlangen könnten. Zuweilen ist es üblich, an Stelle der Rückkäufe das „Tenderverfahren“ treten zu lassen, bei dem sich der Anleihebesitzer von den Schuldern Rückkaufferten machen läßt.

Für die deutschen Verhältnisse kommt fast ausschließlich die Tilgung durch Auslosung und die Tilgung durch Rückkauf oder Auslosung in Betracht. Enthält der Anleiheprospekt die Bestimmung, daß der freihändige Rückkauf ausgeschlossen ist oder daß die Anleihe nur durch Auslosung getilgt werden kann, so hat der Emittent den ganzen Betrag, der ihm für die Rückzahlung zur Verfügung steht, zu Verlosungen zu verwenden. Ist dagegen vorgesehen, daß die Tilgung durch Rückkauf oder Auslosung zu bewirken ist, oder wird nichts über die Art der Tilgung vorge-

schrieben, so kann der Anleiheschuldner nach seiner Wahl zurückkaufen oder auslosen. Von dem Recht des Rückkaufs wird er immer dann Gebrauch machen, wenn er die benötigten Anleihestücke unter dem Auslosungskurs erhalten kann; ist dies nicht der Fall, so wird er zu Verlosungen schreiten.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Anteil der nur durch Auslosung zu tilgenden Anleihen („Auslosungsanleihen“) und der Anleihen mit Rückkauf oder Auslosung („Rückkaufsanleihen“) an den Tilgungsanleihen. Die Zahlen berücksichtigen sämtliche industriellen und öffentlichen deutschen Anleihen, die an der Berliner oder New Yorker Börse gehandelt werden.

(Anzahl)	Berliner Börse			New Yorker Börse		
	Rück- kaufsan- leihen	Aus- losungs- anleihen	Zu- sammen	Rück- kaufsan- leihen	Aus- losungs- anleihen	Zu- sammen
Staatsanleihen	9	6	15	:	:	:
Stadtanleihen	46	15	61	:	:	:
Provinzialanleihen	32	6	38	:	:	:
Öffentl. Anleihen zus.	87	27	114	17	5	22
Industrieanleihen	23	21	44	67	14	81
Insgesamt	110	48	158	84	19	103
Relativzahlen	70	30	100	82	18	100

Die Rückkaufsanleihen sind also weit stärker verbreitet als die Auslosungsanleihen, deren Anteil bei den inländischen Emissionen 30 %, bei den Dollaranleihen nur 18 % beträgt. Verhältnismäßig groß, nahezu 50 %, ist der Anteil der Auslosungsanleihen noch bei den inländischen Industrieemissionen.

Vor dem Krieg waren fast alle Industrieanleihen nur durch Auslosung zu tilgen. Allerdings spielte damals die Art der Tilgung insofern keine große Rolle, als sich der Kursstand der meisten Anleihen nicht allzuweit vom Paristand entfernte. Die geringe Bedeutung, die man dem Tilgungsgewinn beimaß, geht schon daraus hervor, daß man häufig Anleihen mit gänzlich verschiedenen Tilgungsbedingungen in einer Kursnotiz vereinigte. Eine besondere Bevorzugung der Auslosungsanleihen bestand beim Publikum nicht, es war eher eine gewisse Abneigung festzustellen, da der Besitz von Auslosungsanleihen mit dauernder Verlosungskontrolle und Zinsverlusten bei verspäteter Einlösung verbunden war, während sich der Tilgungsgewinn in recht engen Grenzen hielt.

Die Situation hat sich heute insofern etwas geändert, als viele Anleihen weit unter pari notieren. Dies ist teilweise auf die großen Schwankungen des Landeszinsfußes zurückzuführen, zum Teil aber auch darauf, daß heute die meisten Emissionen mit be-

trächtlichem Disagio vorgenommen werden. Die Art der Tilgung und damit die Tilgungschance hat also viel größere Bedeutung als früher, und man wird sich genaue Rechenschaft ablegen müssen, welche Vor- und Nachteile die Auslosungsanleihen und Rückkaufsanleihen für den Emittenten und den Anleihebesitzer haben.

Im allgemeinen wird ohne weiteres angenommen, daß die Interessen der Anleihebesitzer und der Emittenten in diesem Punkt völlig entgegengesetzt seien. Dies ist jedoch nur bedingt richtig. Für den Emittenten bedeutet allerdings der freihändige Rückkauf einen Verzicht, der materiell um so stärker ins Gewicht fällt, je niedriger die Nominalverzinsung und demgemäß auch der Kursstand der Anleihe ist. Der Emittent hätte also ein Anrecht darauf, durch einen höheren Emissionskurs entschädigt zu werden. In der Praxis liegt aber der Emissionskurs von Auslosungsanleihen entweder wenig oder gar nicht über dem gleichartig ausgestatteter Rückkaufsanleihen. Der Verzicht auf die Tilgung durch Rückkauf bedeutet also für den Schuldner eine zusätzliche Belastung.

Es fragt sich, ob dieser Benachteiligung des Emittenten ein entsprechender Vorteil des Anleihebesitzers gegenübersteht. Bei rein mathematischer Betrachtung ist dies der Fall. Während nämlich der Besitzer einer Rückkaufsanleihe erst im *letzten* Jahr der Laufzeit mit einer Rückzahlung zu pari rechnen darf, kann der Inhaber einer Auslosungsanleihe die *mittlere* Laufzeit für die Tilgung zugrunde legen, wodurch sich der Wert des Tilgungsgewinns entsprechend erhöht. Diese mathematische Betrachtung geht stillschweigend von zwei Voraussetzungen aus, nämlich erstens davon, daß der Besitzer jedes Jahr mit der für die gesamte Anleihe maßgebenden Quote ausgelost wird, und zweitens davon, daß die Stücke bis zum Ende der Laufzeit in seinem Besitz bleiben. Diese beiden Voraussetzungen sind aber in der Praxis nur sehr selten gegeben. Die Auslosungen sind fast immer sehr ungleich, und der Anleihebesitzer ist häufig zu vorzeitiger Veräußerung gezwungen.

Was die *Auslosungen* anbetrifft, so kann man geltend machen, daß sich unterschiedliche Ziehungsresultate bei den einzelnen Besitzern in ihrer Gesamtheit insofern ausgleichen, als der eine das profitiert, was der andere weniger erhält. Bei der *Veräußerung* liegen die Verhältnisse komplizierter. Hier ist zu untersuchen, ob die Auslosungsanleihe auch entsprechend ihrer besseren Tilgungschance eine günstigere Kursentwicklung nimmt als die Rückkaufsanleihe. Hierüber hat der Verfasser Untersuchungen für den in- und ausländischen Rentenmarkt vorgenommen, die folgendes Resultat ergaben:

Zum Zeitpunkt der Emission sind für die Auslosungsanleihen kaum bessere Kurse zu erzielen als für die Rückkaufsanleihen. Dies ist damit zu erklären, daß der Durchschnittskapitalist in erster Linie auf den laufenden Ertrag sieht und sich um die Tilgungschance wenig kümmert. Die Banken pflegen zwar dem Kapitalanleger den jährlichen Tilgungsgewinn auf Grund mathematischer Tabellen exakt

vorzurechnen; der einzelne Investor ist aber meist nicht in der Lage, diese komplizierten Berechnungen zu verstehen oder gar nachzuprüfen.

Aus diesem Grunde kommt die Tilgungschance langfristiger Anleihen bei Beginn der Tilgungszeit überhaupt nicht im Kurs zum Ausdruck; Rückkaufsanleihen und Auslosungsanleihen haben etwa den gleichen Kursstand. Die Auslosungsanleihen werfen also — unter genauer Berücksichtigung der Tilgungschance — eine höhere Rente ab als die Rückkaufsanleihen. Wenn die Tilgung etwas voranschreitet, ist häufig festzustellen, daß der Kurs der Rückkaufsanleihen über den der Auslosungsanleihen steigt, obwohl er *unter* ihm notieren müßte, wenn man dieselbe Effektivverzinsung zugrunde legt.

Diese Erscheinung ist nur auf den ersten Blick eine Anomalie. Sie erklärt sich ohne weiteres aus den verschiedenen Marktverhältnissen der beiden Arten von Tilgungsanleihen. Bei den Rückkaufsanleihen nimmt der Emittent ständig das herauskommende Material für den Tilgungsfond auf. Früher oder später wird das Material aber knapp und der Kurs hierdurch auf eine Höhe getrieben, die durch die Ausstattung der Anleihe nicht gerechtfertigt ist. Oft erreicht der Kurs schon viele Jahre vor Ende der Laufzeit den Paristand, während andere Anleihen mit demselben Nominalzinsfuß noch mit größerem Disagio notiert werden. Bei dieser Art der Tilgung ist der Emittent in dauerndem Kontakt mit den Besitzern seiner Anleihe. Er verfolgt den Kursverlauf seiner Papiere ständig und wird neben dem Hauptzweck — dem Ankauf der von ihm benötigten Stücke — auch noch als Nebenzweck eine gewisse Kursregulierung im Auge haben. So kommt es, daß der Kursverlauf der durch Rückkauf tilgbaren Anlagen verhältnismäßig regelmäßig ist.

Anders bei den Auslosungsanleihen. Bei diesen kauft der Emittent im offenen Markt entweder überhaupt nicht, oder er nimmt nur kleine Beträge auf; denn er kann die freihändig zurückgekauften Stücke nicht auf seine Tilgungsverpflichtungen anrechnen. Eine gewisse markttechnische Stütze ergibt sich nur dadurch, daß manche (aber keineswegs alle) Besitzer ihre gezogenen Stücke wieder durch neue ersetzen, die sie an der Börse ankaufen lassen. Im wesentlichen ist der Markt der Auslosungsanleihen auf sich selbst angewiesen, und der mangelnde Kontakt zwischen Emittent und Börsenmarkt kommt auch in den unausgeglichenen und häufig schwankenden Kursbewegungen deutlich zum Ausdruck.

Die Folge dieser markttechnischen Verhältnisse ist, daß die Auslosungsanleihen lange Zeit unter den Rückkaufsanleihen notieren. Erst wenn sich die Tilgung dem Ende nähert, pflegen auch die Auslosungsanleihen stärker im Kurs anzuziehen und dann oft wieder über die Rückkaufsanleihen zu steigen.

Auf dem deutschen Rentenmarkt der *Nachkriegszeit* sind die Tilgungen bei den verschiedenen Anleihen noch nicht weit genug vorangeschritten, um irgendwelche beweiskräftigen Schlüsse auf das Kursverhältnis von Auslosungsanleihen und Rückkaufs-

anleihen zu ziehen. Es läßt sich aber die Tendenz erkennen, daß der Kursstand der Rückkaufsanleihen günstiger ist als der Stand der Auslosungsanleihen. Hierfür einige Beispiele: Die Stadt Breslau hat 1928 zwei 8 %ige Anleihen ausgegeben, die sich bei sonst gleichen Tilgungsbedingungen dadurch unterscheiden, daß Serie I durch Rückkauf oder Auslösung, Serie II aber nur durch Auslösung zu tilgen ist. Es ist seit längerer Zeit zu beobachten, daß Serie I immer etwas über Serie II notiert. Ähnlich verhält es sich mit den in New York notierten 6½ %igen Dollaranleihen der Berliner Elektrizitätswerke. Von diesen ist die im Jahre 1926 ausgegebene Anleihe durch Rückkauf oder Auslösung bis 1951, die im Jahre 1929 ausgegebene Anleihe dagegen nur durch Auslösung bis 1959 zu tilgen. Obwohl also bei der Anleihe von 1929 die Tilgungs-Chancen größer sind, hat die Anleihe von 1926 dauernd einen besseren Kursstand. Schließlich liefert auch eine Gegenüberstellung der Höchst- und Tiefstkurse des Jahres 1930 aller an der Berliner Börse notierten 7 %igen Stadtanleihen ein recht interessantes Ergebnis. Wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß die Kursunterschiede der einzelnen Emissionen zum Teil auf Bonitätserwägungen zurückzuführen sind, so ist doch immerhin auffällig, daß die Rückkaufsanleihen mit Ausnahme der Königsberger Emissionen 1930 durchweg höher notiert haben als die Auslosungsanleihen.

Auslosungsanleihen	Tiefst-kurs	Höchst-kurs	Rückkaufsanleihen	Tiefst-kurs	Höchst-kurs
7 % Berlin	73,50	89,90	7 % Augsburg	80,—	89,30
7 % Breslau	74,50	89,75	7 % Duisburg	75,—	90,25
7 % Dresden 1926 I	74,50	89,—	7 % Düsseldorf	75,—	91,—
7 % Dresden 1926 II	74,50	89,—	7 % Essen	76,—	91,—
7 % Elberfeld	76,50	89,—	7 % Frankfurt	78,90	92,—
7 % Kiel	75,—	88,50	7 % Königsberg 1927	72,—	85,50
			7 % Königsberg 1928	72,50	86,50

In der Rendite wirkt sich dies so aus, daß die Effektivverzinsung der Rückkaufsanleihen im Durchschnitt etwa um 1 % niedriger war als die der Auslosungsanleihen (sofern man für letztere die mittlere Laufzeit zugrunde legt).

Als Fazit unserer Betrachtungen ergibt sich: Der Auslosungszwang bedeutet für den Emittenten eine zusätzliche Belastung, von der jedoch der einzelne Anleihebesitzer den vollen Nutzen nur dann hat, wenn er seinen Besitz während der ganzen Laufzeit durchhält. Bei vorzeitiger Veräußerung hat er den doppelten Nachteil eines ungünstigen Kursstandes und schlechter Marktverhältnisse. Die hieraus zu ziehende Schlussfolgerung ist, daß die Ausschließung des freihändigen Rückkaufs bei Neuemissionen möglichst vermieden werden sollte. Gleichzeitig müßte das Publikum darüber aufgeklärt werden, daß der Vorteil höherer Tilgungs-Chance gegenüber dem Nachteil schlechterer Veräußerungsbedingungen nicht genügend ins Gewicht fällt, um die Ausgabe reiner Auslosungsanleihen noch länger zu rechtfertigen.

Verbürgerlichung des Proletariats? II

Von Dr. Hans Speier

Die Aussichten für Proletarier, durch individuellen oder generationsmäßigen Aufstieg in die oberen Schichten der Gesellschaft zu gelangen, sind außerordentlich gering. Dagegen ist der Übergang in die sozial benachbarte Schicht der Angestellten zur Massenchance geworden, hinter der alle anderen Aufstiegsmöglichkeiten an Bedeutung zurückbleiben. Er ist als soziale Verbürgerlichung zu bezeichnen, obwohl eine ökonomische Verbesserung mit ihm häufig nicht verbunden ist.

Im ersten Teil des Aufsatzes haben wir die wichtigsten Voraussetzungen und Ursachen der politischen und ideologischen Verbürgerlichung aufzuzeigen versucht. Dabei war zu bemerken, daß die Ausweitung oder die Durchbrechung der Klassenschränke des Proletariats mit der ideologischen Verbürgerlichung nicht verwechselt werden dürfe, daß vielmehr der soziale Aufstieg eine ideologische Verbürgerlichung — vornehmlich also die Nachfrage nach Kultursurrogaten — lediglich ermögliche. Bevor wir die gegenwärtig vorhandenen Aufstiegschancen des Proletariats näher betrachten, muß diese Feststellung in ihrer ganzen Tragweite und Wichtigkeit erkannt werden.

Der Aufstieg des Proletariats als Klasse ist in allen kapitalistischen Ländern erfolgt; ein unbestreitbarer und unstrittiger Satz, sofern man nur eine größere Spanne der Sozialgeschichte überblickt. Die Lage der arbeitenden Klasse zu der Zeit etwa, als Friedrich Engels sein leidenschaftliches Buch über die Verhältnisse in England schrieb, und die heutige Lage des

Proletariats sind historisch verbunden durch einen langwierigen, aber effektiv erheblichen Aufstieg der Arbeiterschaft in rechtlicher, moralischer, ökonomischer und politischer Hinsicht. Welche Errungenschaften man jedoch im einzelnen herausgreifen mag — die Koalitionsfreiheit, den Rückgang des Alkoholismus, die gesetzliche Arbeitszeitbeschränkung oder andere Arbeiterschutzmaßnahmen, die Gewinnung der Staatsbürgerrechte, die Sozialversicherung, das Tarifvertragswesen oder was sonst — immer sind es — um im liberalen Stil zu reden — Menschenrechte, die verwirklicht, oder doch allgemein menschliche, nicht bürgerliche, Fortschritte, die erzielt worden sind. Und für das heutige Kulturbewußtsein gibt es nur eine Möglichkeit, dies abzustreiten, indem es nämlich die Achtung der Freiheit, der Menschenwürde und der Gerechtigkeit für ein — bürgerliches Vorurteil erklärt.

Wieweit die erwähnten Errungenschaften des Aufstiegs, ihre eigentlichen, menschlichen Ziele verfeh-

lend, die Basis einer ideologischen Verbürgerlichung dennoch abgegeben haben oder abgeben, ferner: ein wie großer „Schuldanteil“ dabei auf die betreffenden Proletarier entfällt, das redlich und genau zu entscheiden, erforderte nicht nur historische, soziologische und psychologische Tatsachenkenntnisse in einem nahezu unerreichbaren Ausmaß, sondern auch Wertsetzungen von einer Verbindlichkeit, wie sie heute keine Kulturphilosophie ohne Gegenrede beanspruchen kann. Hiermit ist die Grenze bezeichnet, an der die Erörterung unserer Frage nach der Verbürgerlichung des Proletariats halt machen muß, wenn anders sie nicht in politische oder moralische Diskussionen abgleiten will.

Im folgenden schalten wir nicht nur den historischen Aufstieg des Proletariats als Klasse aus unserer Betrachtung aus, sondern auch die Einkommensumschichtung nach dem Kriege. Abgesehen von der Unzulänglichkeit der Statistik, die auf diesem Gebiet in Kauf genommen werden müßte, ist hier eine genauere Untersuchung der Einkommensverschiebungen schon deshalb entbehrlich, weil das Ergebnis für die Beurteilung der ideologischen Verbürgerlichung nicht sehr erheblich sein würde. Es ist eine immer wieder zu beobachtende Tatsache — wir werden auf sie noch zurückkommen —, daß die Höhe des Einkommens, genauer: die Unterschiede der Einkommen innerhalb sozial benachbarter Schichten für die gegenseitige gesellschaftliche Einschätzung dieser Schichten und für die Differenzierung ihrer Kulturschauungen weniger bedeutend sein können als die Zugehörigkeit zum Berufsstand oder zur sozialen Schicht und das damit gegebene gesellschaftliche Selbstbewußtsein: Wenn auch die ständischen Strukturprinzipien in der kapitalistischen Gesellschaft dem ökonomischen Prinzip unterworfen sind, so sind sie doch keineswegs vertilgt und nirgends wirken sie stärker als bei der Einschätzung der einen Schicht durch die andere.

III. Soziale Verbürgerlichung (Aufstieg)

Grundsätzlich lassen sich drei Fälle sozialen Aufstiegs unterscheiden: Aufstieg in die höheren Schichten, Übergang in die sozialbenachbarte Schicht, und Aufstieg innerhalb der eigenen Klasse.

1. Aufstieg in die oberen Schichten

Begreiflicherweise ist die Aussicht für Proletarier, in die führenden Schichten zu arrivieren, außerordentlich gering. Freilich stammen verhältnismäßig viel namhafte Politiker aus der Arbeiterschaft, jeder sechste ist proletarischer Herkunft¹⁾. Aber dieser Umstand ist für eine Soziologie der Politik aufschlußreicher als für die Erkenntnis der Aufstiegsmöglichkeiten von Proletariern, denn die Millionen Arbeiter werden von diesen Einzelfällen nicht unmittelbar berührt. Nur indirekt kommt dem Aufstieg einzelner Proletarier in die obere politische Sphäre, wie auch dem in die staatliche und kommunale Bürokratie eine Bedeutung zu: Er zeigt die

¹⁾ Nach einer Erhebung über die soziale Stellung der Väter von rund 11 000 „führenden Zeitgenossen“; vgl. Wirtschaft und Statistik, 1930, Heft 9.

weithin sichtbare Macht der Masse und hebt ihr Ansehen, aber er weckt auch die Kritik der Masse an ihren Führern. Dieses „Hineinwachsen des Proletariats in den Staat“, d. h. das Eindringen einer Elite in einen nach bürgerlichen Maßstäben höchst respektablen Gesellschaftskreis, bedeutet, daß die Masse des Proletariats aus dem Schatten der Anonymität in das Licht der Namhaftigkeit rückt; wir dürfen hinzufügen: vor allem im Bewußtsein der bürgerlichen Schichten. Die öffentliche Meinung wird nun schon deshalb die proletarische Klasse höher einschätzen, weil das Proletariat selbst durch Organe, die es als die seinen bezeichnet, die öffentliche Meinung stärker mitbestimmt als früher. Im übrigen hat dieser Einbruch von Arbeiterführern in die ehemals von nicht-proletarischen Schichten monopolistisch beherrschte Politik auch andere bedeutende Folgen: er ruft das Ressentiment der verdrängten und bedrohten Gruppen hervor, was sich im Bestreben, die Politik als Politik zu entwerten, in der Nachkriegszeit deutlich genug zeigt.

Wie der Enquête-Ausschuß ermittelt hat, sind die sonstigen Aussichten für Proletarier, einmal ein „führender Zeitgenosse“ zu werden, noch viel geringer. Auch die Statistik über die soziale Herkunft der Studierenden bestätigt dies. Das Monopol höherer Bildung wird nur sehr selten von Arbeitersöhnen durchbrochen. Von den Studierenden auf sämtlichen deutschen Hochschulen stammen 2—3 % aus Arbeiterkreisen, und nach einer Erhebung im November 1921 kamen 5,4 % der männlichen und 5,42 % der weiblichen Besucher preußischer höherer Lehranstalten aus dem Proletariat²⁾. Die Realschulen standen dabei, wie zu erwarten, an erster, die Gymnasien an letzter Stelle. Weniger als 0,6 % aller Studierenden stellten bisher die Aufbauschulen, obwohl deren Zahl schon recht beträchtlich ist. Der Weg zur Hochschule über das Abendgymnasium oder das Extraneer-Abiturium ist kaum bequemer als der über die Begabten-Prüfung, welcher sich von 1923 bis 1929 nicht ganz 200 (!) Menschen unterzogen haben. Ist aber der junge Arbeiter bis zur Immatrikulation vorgedrungen, so muß er in der Regel „nebenbei“ arbeiten, um zu leben. Abgesehen von der Studentischen Selbsthilfe, ist die wichtigste Einrichtung, von der er Unterstützung erhofft, die „Studienstiftung des deutschen Volkes“. Sie unterstützt nur Studierende, die mindestens im dritten Semester stehen. Von den 1111 Glücklichen, denen sie bis zum Jahre 1928 ein Stipendium gewährte, waren jedoch nicht mehr als 12 % Arbeitersöhne, dagegen 51,5 % (zur Hälfte vaterlose) Söhne mittlerer und höherer Beamten³⁾.

2. Aufstieg in die angrenzenden Schichten und innerhalb der Arbeiterschaft

Erst dieser Fall der sozialen Verbürgerlichung hat für die Arbeiterklasse eine gewisse Bedeutung. Hier handelt es sich um Chancen, die nicht nur zuweilen das Glück und der Zufall einem einzelnen bieten.

²⁾ Sozialer Auf- und Abstieg im deutschen Volk. Heft 117 der Beiträge zur Statistik Bayerns, 1930, S. 110f.

³⁾ Zahlenangaben aus: Dr. Otto Friedländer, Die Hochschule im Volksstaat, Jena 1930, S. 16ff.

Hier werden Trostpreise verteilt, dort wird das große Los gezogen.

Eine Möglichkeit für Proletarier, in die soziale Nachbarschaft zu gelangen, dürfte nach dem Krieg allerdings stark an Bedeutung verloren haben: die, *selbständige zu werden*; die Zahlen über die Veränderung der Altersschichtung innerhalb aller „Selbständigen“ legen diese Vermutung nahe:

	unter 40 Jahren		40 Jahre und mehr	
	1907	1925	1907	1925
Industrie u. Handwerk	43,4 %	33,9 %	56,6 %	66,1 %
Handel und Verkehr ..	40,4 %	36,9 %	59,6 %	63,1 %

Die selbständigen werdenden Proletarier dürften — soweit sie zahlenmäßig überhaupt in Betracht kommen — in halbagrarischen Gebieten mit vorwiegendem Kleinbetrieb und landwirtschaftlichen Nebeneinnahmehäufigkeiten häufiger anzutreffen sein, als in den Großstädten, die bei der Betrachtung der typischen Verhältnisse des Proletariats im Vordergrund stehen. Andererseits stellen einzelne Arbeiterkategorien einen relativ hohen Anteil der in der Tat zur Selbständigkeit Aufrückenden: Uhrmacher, Seiler, Sticker, Photographen, Fleischer u. ä.⁴⁾

Wenn sich also hier die Aussichten im ganzen verschlechtert haben, so ist in den letzten Jahrzehnten eine andere Art der sozialen Verbürgerlichung an die wichtigste Stelle gerückt. Wir meinen nicht den Aufstieg als Funktionär innerhalb der Bewegung, dem vielfach noch eine hervorragende Bedeutung zugeschrieben wird. Er stellt sicherlich die beste, aber bestimmt nicht mehr die wichtigste Chance und keinesfalls eine Massenchance für Arbeiter dar, obgleich mit dem Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen eine große Zahl von Funktionären erforderlich wird⁵⁾; dabei darf übrigens nicht vergessen werden, daß die Funktionäre zu einem erheblichen Teil bzw. lange Zeit ehrenamtlich arbeiten.

Wir meinen vielmehr eine Aussicht, die sich im Zusammenhang mit dem absolut großen und im Verhältnis zu anderen Schichten enormen Wachstum der Angestelltenchaft eröffnet hat.⁶⁾ Den starken Bedarf der modernen Wirtschaft an Angestellten fast aller Art kann diese Schicht nicht aus sich selbst bestreiten; sie ist auf den Zuzug aus fremden Schichten angewiesen. Da das Wachstum des Angestelltenheeres von einer relativen Angleichung der Angestelltentätigkeit an die Tätigkeit des Arbeiters begleitet ist, liegt die Vermutung nahe, daß sich die Angestellten schicht in großem Umfang aus Arbeiterkreisen ergänzt. Denn für höhere soziale Gruppen verliert natürlich die Arbeit eines Angestellten entsprechend seiner zunehmenden Proletarisierung an Reiz.

⁴⁾ Vgl. Ernst Zahn: *Art. Wirtschaftsaufbau Deutschlands*, in Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 1929, Ergänzungsband, S. 993.

⁵⁾ Als angrenzendes Beispiel sei erwähnt: Früherer Beruf von 224 Ortskrankenkassen-Geschäftsführern (erfaßt sind 86% aller Ortskrankenkassen in deutschen Groß- und Mittelstädten): Krankenkassen-Baumeister 21,4%, sonstige Verwaltungsbeamte 32,6%, Generalschafftsekretäre 3,1%, Militärrat 24,5%, Zeitzeitung für die gesamte Versicherungswissenschaft 1927, Heft 1; zitiert in „Sozialer Auf- und Abstieg des deutschen Volks“, S. 102).

⁶⁾ Vgl. zum Folgenden meinen Aufsatz: „Die Angestellten“ im MdW, Jahrg. 1930, Nr. 13.

Die Anfang 1929 vom Gewerkschaftsbund der Angestellten unter ihren Mitgliedern durchgeführte Erhebung gibt Aufschluß über die soziale Herkunft von rund 100 000 Angestellten.⁷⁾ Die Erhebung ist also, zumal sonstige Statistiken diesen Umfangs fehlen, mit gewissem Recht als repräsentativ anzusprechen.

Es ist zunächst auffallend, daß ein Viertel aller Angestellten (25%) aus Arbeiterkreisen stammt. Damit steht die Arbeiterschaft an zweiter Stelle, dicht hinter den Handwerkern und Gewerbetreibenden, die zusammen nur wenig mehr als ein Viertel der Angestellten (28,6%) stellen. Angestellte aber als Väter hatten nur 19,6% der Erfassten, d. h. diese moderne Massenschicht ist zu vier Fünfteln auf den Zustrom aus anderen Gesellschaftsschichten angewiesen. Der Anteil der Arbeiterschaft liegt für die weiblichen Angestellten mit 28,4% höher als für die Männer, deren Anteil 23,9% beträgt. Eine wichtige Erklärung dieses Umstandes dürfte darin zu finden sein, daß die weiblichen Angestellten im allgemeinen stärker standardisierte und mechanisierte Arbeit zu verrichten haben als ihre männlichen Kollegen, d. h. dem Arbeiterproletarier näherstehen als diese. Bezeichnenderweise steigt die Quote der weiblichen Angestellten mit Herkunft aus Arbeiterkreisen, wenn man von den Klein- und Mittelstädten in die Großstädte, die Zentren der standardisierten Angestelltentätigkeit (Verkäuferin u. a.), kommt, während umgekehrt die Quote für die Männer fällt. Von jeweils hundert Angestellten in den angegebenen Ortsgrößenklassen hatten Arbeiter als Väter:

Ortsgrößenklasse	Männlich	Weiblich
bis 5 000 Einwohner ...	27,4	24,5
über 5 000 bis 20 000 "	25,2	26,7
" 20 000 bis 50 000 "	24,4	29,6
" 50 000 bis 100 000 "	24,0	29,8
über 100 000 "	22,6	28,6

Die Bedeutung der Arbeiterschaft tritt noch viel stärker hervor, wenn man *Altersgliederung und soziale Herkunft* der Angestellten vergleichend betrachtet. Dann zeigt sich nämlich, daß der Anteil der Angestellten mit Herkunft aus dem Arbeiterstand in den niedrigen Altersklassen höher liegt als der Anteil aller altersmäßig entsprechenden Angestelltengruppen mit Herkunft aus den übrigen Gesellschaftsschichten. Mit anderen Worten: *Der generationsmäßige Übergang von Proletarien zur Angestelltenchaft hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, während die Quote der anderen Schichten deutlich sinkt.* Nur die Angestellten selbst können ihre Stellung mit Mühe und Not behaupten. Die Beamten verlieren stark. In besonders großem Ausmaß aber hat die Gruppe der Handwerker und Gewerbetreibenden an Bedeutung für die Ergänzung der Angestelltenchaft eingebüßt: Von 100 männlichen (weiblichen) Lehrlingen stammen 34 (42,5) aus Arbeiterkreisen, nur 24,1 (16,5!) hatten Handwerker und Gewerbetreibende als Väter, 20,9 (21,7) waren Angestelltenkinder und 17,6 (18,5) Kinder von Beamten. *Während also von den heute erwachsenen*

⁷⁾ Vgl. *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten*. Sieben-Stäbe-Verlag, Berlin 1930.

Angestellten ein Viertel aus Arbeiterfamilien gekommen ist, macht bei den Lehrlingen der Arbeiteranteil schon mehr als ein Drittel aus. In einzelnen Gauen, wie Oberschlesien, Thüringen, Rheinland-Westfalen, liegt er noch beträchtlich höher. Im sächsischen Industriegebiet kommt bereits mehr als die Hälfte aller männlichen Angestelltenlehrlinge aus der Arbeiterschaft.

Über die Altersgliederung der nach sozialer Herkunft unterschiedenen Angestelltengruppen ist folgendes bekannt. Während von 100 männlichen (weiblichen) kaufmännischen Angestellten ohne Unterschied der sozialen Herkunft 42,3 (73,1) unter 30 Jahre alt sind, tauchen von 100 kaufmännischen Angestellten, deren Väter Arbeiter sind, 51,9 (84,9) in dieser Altersklasse auf. Im Vergleich zu den anderen Herkunftsschichten ergibt sich folgende aufschlussreiche Gruppierung: Von 100 männlichen bzw. weiblichen kaufmännischen Angestellten mit angegebener sozialer Herkunft entfallen auf die niedrigste und auf die höchste Altersklasse:

Soziale Herkunft	bis unter	25 Jahre	50 Jahre und darüber	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Arbeiter	34,7	66,7	6,3	0,6
Angestellte	31,7	60,8	7,4	0,8
Beamte	29,1	58,6	10,3	1,5
Handwerker und Gewerbetreibende	22,3	48,2	14,3	2,8
Landwirte	16,3	31,0	15,9	3,7
Selbständige	17,0	29,2	19,8	5,6

Zwischen den beiden Altersklassen liegt eine Spanne von 25 Jahren, deren wirtschaftliche Entwicklung für die Angestelltenschaft besonders stürmische Folgen gehabt hat. Es ist nicht verwunderlich, daß bei den alten Angestellten die Schichtung nach sozialer Herkunft einen Aufbau zeigt, der fast genau der Schichtung der jungen entgegengesetzt ist. Jene entschieden vor 30 bis 35 Jahren ihre Berufswahl, als die Angestellten zum Mittelstand gehörten und sich gern „Kaufleute“ nannten; diese wurden erwerbstätig, als der Kapitalismus mit gewissem Erfolg die Angestelltenschaft in eine proletarisierte Massenschicht zu verwandeln trachtete. Die alte Generation stammt noch zum größten Teil von Selbständigen und Landwirten ab, während in der jungen Generation Selbständige und Landwirte nur noch relativ selten als Väter auftauchen. Umgekehrt war vor 30 bis 35 Jahren ein Aufstieg von Arbeitern in die Angestelltenschicht eine Ausnahmeerscheinung, während heute das Arbeiterproletariat für Be stand und Ergänzung der Angestelltenschaft die wichtigste Klasse ist. Bei den weiblichen Angestellten zeigt der Vergleich der beiden Generationen eine genaue Umkehrung in der Rangordnung der Herkunfts schichten: Fünfundzwanzig Jahre haben genügt, um die Ersten zu den Letzten zu machen. Dieselbe Grundtendenz mit unmaßgeblichen Abweichungen innerhalb der drei ehemals führenden Schichten ist bei den Männern zu beobachten.

Spricht man der Erhebung des GdA einen repräsentativen Wert für die Verhältnisse der gesamten Angestelltenschaft zu, so gäbe es heute rund 1 Million Angestellte, deren Väter Arbeiter waren oder sind.

Das ist immerhin eine stattliche Zahl. Die Schicht der Angestellten mit arbeiterproletarischer Herkunft käme danach an Umfang dem gebildeten Mittelstand (1925: 1,15 Millionen) ziemlich nahe, wäre bereits mehr als dreimal so stark wie die wirtschaftliche Oberschicht (309 000), machte etwas weniger als ein Siebentel der qualifizierten und etwas weniger als ein Viertel der ungelernten nicht-agrarischen Arbeiterschaft aus (7,40 bzw. 4,55 Millionen).

Diese Vergleichszahlen⁸⁾ haben natürlich nur einen beschränkten Wert: denn sie geben den Umfang der einzelnen sozialen Gruppen ohne Rücksicht auf deren soziale Herkunftsverhältnisse wieder. Nun gehört nicht etwa die gesamte Arbeiterschaft in Generationenfolge zum Proletariat. Vermutlich gehen heute aus den sogenannten traditionellen Wirtschaftszweigen (Handwerk und Landwirtschaft) weniger Personen in das Proletariat generationsmäßig über als noch vor dem Krieg. Aber mit rund 40 % dürfte der Anteil der nicht-proletarischen Schichten an der generationsmäßigen Ergänzung der heute berufstätigen Arbeiterschaft nicht zu niedrig gegriffen sein. Legt man, um einen Anhaltspunkt zu gewinnen, diesen Satz zugrunde, so stünden 1 Million Angestellten mit arbeiterproletarischer Herkunft rund 7,17 Mill. qualifizierter und ungelernter nicht-agrarischer Arbeiter gegenüber, deren Väter bereits Arbeiter waren.

Einen genauereren Einblick in dieses Verhältnis, allerdings auf sehr begrenztem Felde, ermöglicht eine Auszählung, die das Bayerische Statistische Landesamt unter dem Nachwuchs der Arbeiterschaft von Fürth gemacht hat. Dort entfielen (1925) auf 6411 Arbeiterkinder, die im elterlichen oder sonstigen verwandtschaftlichen Haushalt lebten und in gewerblicher Lehrausbildung standen bzw. als Arbeiter, Handwerksgehilfen und -gesellen tätig waren, nicht weniger als 1387 Arbeiterkinder, die Angestellte oder Angestellten-Lehrlinge waren.⁹⁾

Bei der von uns vorgenommenen Ausdehnung der GdA-Ergebnisse auf die gesamte Angestelltenschaft ist noch zu erwägen, ob nicht gerade die sozialen Herkunftsverhältnisse bei Mitgliedern des rechtsstehenden Gesamtverbandes der Angestelltengewerkschaften oder des linksstehenden Afabundes oder der Nichtorganisierten anders geartet sind. Von 1550 Mitgliedern des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Gau Schwaben) stammten (1927) allerdings 18,8 % von Arbeitern ab; bei den männlichen Mitgliedern des linksdemokratischen GdA liegt interessanterweise der entsprechende Anteil (in Württemberg) nur sehr wenig höher, nämlich bei 19,8 %. Andererseits ist auch damit zu rechnen, daß die Zahlen des GdA sogar die soziale Herkunft der GdA-Mitglieder nicht ganz korrekt wiedergeben. Denn mehr als ein Fünftel aller Befragten hat keine Angaben über den Beruf des Vaters gemacht; unter ihnen können wohl viel schamhaft Verschwiegene mit proletarischer Herkunft vermutet werden.

⁸⁾ Aus Ernst Zahn, *Wirtschaftsaufbau Deutschlands*, a. a. O., S. 988.
⁹⁾ Sozialer Auf- und Abstieg, a. a. O., S. 107ff.

Schließlich ist zu bedenken, daß Übergang von Angehörigen der Arbeiterklasse in die Angestelltenschaft nicht nur generationsmäßig, sondern auch durch individuellen Aufstieg innerhalb des Betriebes vorkommt¹⁰⁾). Gelernte Arbeiter können zum Beispiel Werkmeister werden. Sie sind vom GDA als generationsmäßig Aufgestiegene miterfaßt, aber natürlich nicht ausgesondert. In vielen, jedoch nicht in allen der heute vorwiegend großbetrieblich organisierten Industrien ist die Zahl der Arbeiter, die auf einen Werkmeister entfällt, im Zusammenhang mit der Betriebskonzentration gesunken. Mit anderen Worten, die individuellen Aufstiegsmöglichkeiten haben sich zum Teil, aber nicht überall gebessert. Von 1907—1925 sank nach den Berechnungen des Afabundes¹¹⁾ die Zahl der Arbeiter je Werkmeister in der chemischen Industrie von 26 auf 22, in der Eisen- und Metallgewinnung von 58 auf 29, im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau von 38 auf 28, in der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik und Optik von 41 auf 33, in Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe von 30 auf 22. Die entgegengesetzte Entwicklung, d. h. Steigerung der Arbeiterzahl je Kopf des Werkmeisters, war in der Wasser-, Gas-, Elektrizitätsgewinnung und -versorgung, im Bergbau, und besonders deutlich in der Industrie der Steine und Erden zu verzeichnen. Alles in allem wird man die Aussichten des oft erwähnten Aufstiegs in ein sogenanntes gesichertes Fabrikbeamtenamt nicht überschätzen dürfen. Dem steht schon die geringe absolute Zahl der Meister entgegen. Die Zahl aller Werkmeister betrug 1925 nur rund 220 000. Und nach der GdA-Erhebung stammt von den Meistern weniger als ein Drittel aus dem Arbeiterstand. Für die moderne Entwicklung dürfte es weniger typisch sein, daß hoch bezahlte Arbeiter innerhalb der Betriebshierarchie in sichere Lebensstellungen gelangen können, als daß sich gleichzeitig mit dem Aufrücken einer sehr kleinen Elite häufig stark spezialisierter Facharbeiter die Existenzunsicherheit der großen Masse beträchtlich erhöht.

Dürfen auch die Zahlen, mit denen der GdA die soziale Herkunft seiner Mitglieder kennzeichnet, nicht kritiklos verallgemeinert werden, und mögen die entsprechenden Zahlen für die gesamte Angestelltenschaft nach oben oder unten abweichen, unbestreitbar ist der generationsmäßige Übergang von Angehörigen des Arbeiterproletariats in die Angestelltenschaft heute die große Massenchance, hinter der alle anderen Aufstiegsmöglichkeiten an Bedeutung zurückbleiben.

Allerdings ist es kaum noch statthaft, diesen Fall ohne Einschränkung als Aufstieg zu bezeichnen. Die Gehälter der Angestellten¹²⁾ bleiben in vielen Fällen hinter den durchschnittlichen Arbeiterlöhnen zurück,

¹⁰⁾ Nach einer Auszählung im Bayern (vom 16. Juli 1925) waren von 625 männlichen und 134 weiblichen Angestellten rund 7 % bzw. rund 4 % vor ihrer Angestelltentätigkeit als Arbeiter beschäftigt; und von 812 Männern hatten 5,3 %, von 116 Frauen 4,9 % ihre Angestelltentätigkeit durch Beschäftigung als Arbeiter unterbrochen (Sozialer Auf- und Abstieg, a. a. O., S. 86).

¹¹⁾ Vgl. Die Angestellten in der Wirtschaft, 1928, S. 55.

¹²⁾ Vgl. Werner Bohnstedt, „Angestellten-Gehälter“ im MdW. Jahrg.

und am meisten gilt dies gerade für diejenigen Angestelltengruppen, die sich stärker als andere aus Arbeiterkreisen ergänzen: allgemein für die niedrigen Altersklassen und im besonderen für Angestellte, die mechanische und einfache Arbeiten verrichten. Der rein ökonomischen Betrachtung stellt sich deshalb der generationsmäßige Übergang von Proletarien auf die Angestelltenschaft nicht unbedingt als Aufstieg dar, sondern in vielen Fällen als Übergang in Berufe, die, gemessen am Einkommen, von Arbeiterberufen nicht abstechen. Aber im Berufsschicksal, in der Lebensgestaltung und in der Bewußtseinsbildung der Angestelltenschaft zeigen sich noch genug schwerwiegende Unterschiede gegenüber dem Arbeiterproletariat, die es dennoch erlauben, in diesem Fall des Schichtwechsels von Verbürgerlichung zu sprechen.¹³⁾ Diese Unterschiede werden übrigens, wenn wir den von Günther Dehn wiedergegebenen Urteilen symptomatischen Wert beimesen dürfen, gerade im Proletariat deutlich empfunden: „Der Kaufmann ist feiner als der Arbeiter“, „Tag für Tag legt er seinen besten Anzug an“, „Er ist abends noch frisch und nutzt es nicht aus“, „Junge Handwerker stellen sich gedrückt dem jungen Kaufmann gegenüber“, „Fabrikton herrscht nicht im Kontor“, „Sie sind angesehen, weil sie angestellt sind und wir nicht“, „Sie tun so, als ob sie etwas Besseres wären“, „Alle Büromädchen sind eingebildet“, „Sie haben ja auch eine feinere Erziehung“ usw.

3. Soziales Konnubium

Der generationsmäßige Übergang in eine höhere Schicht kann sich schließlich auch auf dem Wege der Eheschließung vollziehen. Über die Verhältnisse des sozialen Konnubiums liegen Statistiken aus Bayern vor. Für das Jahr 1927 wurde festgestellt, daß immerhin 20 % aller erfaßten Arbeiterinnen durch Eheschließung in fremde Schichten einrücken. Wie zu erwarten, fällt der Prozentsatz für die im Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen unter die Durchschnittszahl für alle Arbeiterinnen, nämlich auf 13,7 %. Die Landarbeiterin und die Magd andererseits leben nicht in so starker sozialer Abgeschlossenheit wie die Industriearbeiterin, die weniger Gelegenheit hat, feinere Herren mit ernsten Heiratsabsichten kennenzulernen.

Übersicht über das soziale Konnubium in Bayern¹⁴⁾

Berufszugehörigkeit d. Mannes	Arbeiterinnen, Gesinde, überhaupt		davon: in Land-, Forstwirtschaft, Fischerei		im Ge- werbe %
	absolut	%	%	%	
Selbständige, höhere und mittlere Beamte und Angestellte, Fachpersonal	3 007	18,3	25,2	13,1	
Mithelfende Familienangehörige in Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr	203	1,2	2,9	0,3	
Arbeiter, Gesinde, Dienstboten, Lohnarbeiter wechselnder Art	13 169	80,0	71,2	86,3	
Rentner und Pensionäre	75	0,5	0,7	0,3	

¹³⁾ Günther Dehn sagt: „Die Neigung zur Bürgerlichkeit scheint mir bei den Kaufleuten ebenso instinkthaft begründet zu sein, wie die der Ungelernten zum Kommunismus“ (S. 53).

¹⁴⁾ Aus einer Statistik im Artikel „Wirtschaftsaufbau Deutschlands“ von Ernst Zahn, a. a. O., S. 996.

Daher steigt für die in der Landwirtschaft tätige Arbeiterin (einschließlich Gesinde!) der Anteil der durch Heirat Emporsteigenden über den Gesamtdurchschnitt, nämlich auf 28,8 %. Es ist anzunehmen, daß in Gebieten, die stärker als Bayern industrialisiert sind, der *durchschnittliche* Prozentsatz noch über 80 liegt. In der Übersicht auf Seite 637 sind ja die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterinnen *absolut* stärker vertreten als die gewerblichen.

Zusammenfassung und Ergebnis

Die Untersuchung des *sozialen Aufstiegs* führte zu dem Ergebnis, daß der generationsmäßige den individuellen Aufstieg an Bedeutung überragt. Dieser zeitlichen Langsamkeit entspricht es, daß der Aufstieg in der Regel nicht sprunghaft in eine abliegende, sondern schrittweise in die *benachbarte* Schicht erfolgt. Leider fehlen Unterlagen, um die Bewegung *innerhalb* des Proletariats auch nur so annäherungsweise zu ermessen, wie es beim Übergang von Proletariern in die Angestelltenschaft möglich ist. Doch spricht vieles für die Meinung des Enquête-Ausschusses, wonach in die Stadt gewanderte Landbevölkerung im allgemeinen zunächst ungelernte, allenfalls angelernte Arbeit annimmt, in der nächsten Generation möglichst in die gelernte Arbeiterschaft aufzurücken trachtet, während Söhne von Handwerkern in der Regel diese Position sofort erreichen. Daß aber der Aufstieg von Proletarierkindern in Angestelltenberufe bereits eine relativ hohe materielle Ausgangsbasis verlangt, ist begründet in dem Aufwand, der in diesen Berufen erforderlich wird (Handelsschulen, Kleidung usw.), wie auch umgekehrt in dem Wunsch der Arbeitgeber nach verhältnismäßig gutem Herkommen ihrer Angestellten. Die Mehrzahl der Angestellten mit proletarischer Herkunft dürfte deshalb der *gelernten* Arbeiterschaft entstammen.

Wenn sich für Teile des Proletariats die Möglichkeit, Angestellter zu werden, im Zusammenhang mit dem beispiellosen Wachstum dieser Schicht zu einer

Massenchance entwickelt hat, so ist damit zwar in vielen Fällen ideologische Verbürgerlichung ermöglicht, aber nur in wenigen Fällen ökonomische Besserstellung geboten. Für das Gros der Arbeiterkinder z. B., die Verkäuferinnen werden, handelt es sich sozusagen um Aufstieg in ein feineres Elend. Durch die Herausbildung einer verhältnismäßig hoch bezahlten „Arbeiteraristokratie“ in einigen Wirtschaftsgruppen ist die *ökonomische* Grenze zwischen Arbeiterschaft und Angestelltenschaft auch von der Seite des Arbeiterproletariats her durchlöchert. In der Einkommenspyramide erscheinen die beiden Schichten nicht mehr streng aufeinander liegend: sie sind von oben und unten — durch relative Vereinigung und durch relative soziale Verbürgerlichung — stellenweise ineinander eingedrungen. Schließlich steht den vermehrten sozialen Verbürgerlichungsmöglichkeiten die Vereinigung breiter proletarischer Schichten und die erhöhte Existenzsicherheit des ehemaligen selbständigen Mittelstandes gegenüber, so daß eine politische und soziale Entspannung nicht eingetreten ist; sie wird gewissermaßen überkomponiert: Den Umschichtungsprozessen in den mittleren und unteren Klassen entspricht die Deformation der Parteipolitik. Doch wie es keine Möglichkeit gibt, die Bedeutung der sozialen Bewegungen, der psychologischen Motive und der allgemeinen wirtschaftlichen Faktoren gegeneinander abzuwagen und exakt zu bestimmen, was am stärksten ideologische Verbürgerlichung bewirkt, so ist auch die Wirkung der sozialen Verbürgerlichung auf Struktur und Politik der radikalen Flügelparteien und der SPD nicht in wenigen Sätzen darzulegen. Ausgangspunkt einer solchen Untersuchung könnte die Annahme sein, daß in der Kommunistischen Partei die Schichten der ungelernten und vereinigten Arbeiterschaft den Block der Anhänger stellen, daß die SPD gehobenere Schichten des Proletariats hinter sich hat und im Zusammenhang mit den erwähnten Umschichtungen ihre sozialen Grenzen nach oben zu erweitern trachtet, während die erfolgreichen Nutznießer aller dieser Umwälzungen die Nationalsozialisten sind.

Glossen

Reichsbankhilfe für die Arbeitslosenversicherung

Für die Deckung des Kreditbedarfs der Arbeitslosenversicherung hat man in der vergangenen Woche

eine Form gefunden, die zwar einwandfreier ist als die ursprünglich beabsichtigte, hier zuerst mitgeteilte Transaktion (Nr. 12, S. 556), die aber immer noch Bedenken hervorrufen muß. Zur direkten Finanzierung des Kreditbedarfs durch die Reichskasse, die im MdW empfohlen wurde, hat man sich nicht entschließen können, vielmehr an dem Plan, die *Reichsbank* heranzuziehen, festgehalten. Im Widerspruch zu den sonstigen Geflogenheiten hat sich die Reichsbank entschlossen, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegen Verpfändung von 125 Mill. RM Reichsbahn - Vorzugsaktien einen *mehrmonatigen*

Lombardkredit in Höhe von 85 Mill. RM zum Lombardsatz von 6 % zu gewähren. Grundsätzlich werden Lombardkredite nur kurzfristig gegeben. Das Darlehen an die Reichsanstalt aber wird erst im Sommer oder Herbst abgedeckt werden können, wenn die Mehraufwendungen über den Jahresdurchschnitt, die nach der am 1. April erfolgten Abhängigkeit der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat in den beiden folgenden Monaten entstehen, durch Minderaufwendungen kompensiert werden. Angesichts der Ungewißheit der weiteren finanziellen Entwicklung bei der Reichsanstalt, deren Etat immer noch auf einer durchschnittlichen Zahl der Unterstützten von 1,75 Millionen aufgebaut ist, muß es verwundern, daß die Reichsbank plötzlich von ihren Grundsätzen abgewichen und zur Gewährung von langfristigen Lom-

bardkrediten übergegangen ist. Auch wenn diese nicht in die Notendeckung eingerechnet werden können, und wenn auch demgemäß von vornherein der Gewährung solcher Darlehen enge Grenzen gesetzt sind, ist diese Abweichung von der bisherigen Übung mißlich, sowohl angesichts der psychologischen Wirkungen, die davon ausgehen, als auch wegen der Verlockungen, die sich aus der Eröffnung solcher Möglichkeiten für manche öffentlichen Stellen ergeben können. Allerdings hat die Reichsbank, wie schon im Geldmarktbericht des letzten Heftes (Nr. 13, S. 614) dargelegt wurde, die Kredithergabe an eine Bedingung geknüpft, durch deren Erfüllung nach ihrer Ansicht die Nachteile der Transaktion aufgehoben werden sollen. Die Reichsbank will sich künftig stärker in den mit der Arbeitslosenversicherung verbundenen Geldverkehr einschalten. Die dreitausend Zahlstellen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung werden an das Reichsbankgironetz angeschlossen, und die Folge soll sein, daß die Reichsanstalt künftig schneller in den Besitz der Beiträge kommt und ihre Kassenbestände reduzieren kann. Gleichzeitig hofft die Reichsbank, durch diese Einschaltung in den Geldverkehr der Reichsanstalt ihren im letzten Ausweis auf 195 Mill. (im Vorjahr 165) Mill. RM angewachsenen Bestand an — nicht deckungsfähigen — Scheidemünzen reduzieren zu können; in dem Maße, in dem das geschieht, würde die Reichsbank durch die Kreditgewährung ein nicht deckungsfähiges zinsloses Aktivum durch ein anderes, ebenfalls nicht deckungsfähiges, aber wenigstens zinstragendes Aktivum: die Lombardforderung an die Reichsanstalt, ersetzen. Aber es fragt sich, ob diese Vorteile nicht auch auf andere Weise hätten erreicht werden können, und jedenfalls rechtfertigen sie nicht die Preisgabe des Prinzips, die das Geschäft mit der Reichsanstalt bedenklich macht.

Angespannte Finanzlage des Branntweinmonopols

Anspannung seiner Finanzlage erkennen, die vor allem deshalb bedenklich ist, weil sie mittelbar auch die Liquidität des Reichs beeinträchtigt. Zwar haben die eigenen Mittel des Branntweinmonopols im Laufe des Jahres eine Stärkung erfahren; die Dauerrücklagen stiegen insgesamt um über 3 Mill. RM, offenbar zum Teil, weil die Aufwertungsrücklage von 15 Mill. RM nicht voll verbraucht wurde und den allgemeinen Rücklagen zugeführt werden konnte. Indes erfuhr der Warenbestand eine Erhöhung um fast 700 000 hl. Buchmäßig wirkt sich diese Erhöhung darin aus, daß die noch aus der Inflation übernommene stille Reserve, die in einer niedrigen Bewertung der Warenbestände lag, nunmehr als aufgezehrt anzusehen ist; denn der Buchwert des Bestandes je Hektoliter mußte auf rund 45 RM erhöht werden und liegt damit bereits erheblich über dem Gestehungspreis des Lauenbranntweins und in bedenklicher Nähe des Verkaufspreises. Gegenüber dem Vorjahr ist der Buchwert je Hektoliter abermals um über 10 % gestiegen. Diese Erhöhung der Bestände konnte nur durch Inanspruchnahme der Reichshauptkasse finanziert werden, die am 30. September vorigen Jahres mit fast 30 Mill. RM in Anspruch genommen wurde. Inzwischen dürfte sich diese Beanspruchung verstärkt

haben. Zum Teil ist nicht nur die Einkaufs-, sondern auch die Kreditpolitik der Monopolverwaltung für diese Anspannung der Mittel des Reichs verantwortlich zu machen. Obwohl der Absatz erheblich zurückgegangen ist, weist die Bilanz des Monopols zum 30. September 1930 nur für knapp 2 Mill. RM geringere Forderungen — verglichen mit dem Abschluß vom 30. September 1929 — aus. Für fast ein Sechstel des Absatzes von Trinkbranntwein im Geschäftsjahr 1929/30 wurde also der Kaufpreis gestundet. Zwar werden die Forderungen zu beinahe 100 % als gedeckt bezeichnet; ob aber wirklich in allen Fällen die Forderungen materiell und nicht nur formell gedeckt sind, läßt sich von außen nicht beurteilen. Jedenfalls sollte das Reich auf die Monopolverwaltung in der Richtung einwirken, daß bei ihrer Finanzgebarung der Gesichtspunkt der Liquidität stärker beachtet wird. Der Ertrag des Branntweinmonopols für das Reich blieb 1929/30 erheblich hinter dem von 1928/29 zurück, nicht zuletzt wegen der Voreideckungen, die das Trinkbranntweingewerbe im Jahre 1929 vor der Steuererhöhung vornahm. Für 1930/31 wird eine gewisse Entlastung durch die Senkung der Übernahmepreise und den Spritbeimischungzwang eintreten.

Der Streit um den Schenker-Vertrag

Am 27. März hat der Reichsverkehrsminister dem Vertrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Speditionsfirma Schenker „in der vorliegenden Fassung“ die Genehmigung versagt. Er hat sich dabei ausdrücklich auf § 31 Abs. IV des Reichsbahngesetzes berufen, nach dem ihm ein Genehmigungsrecht bei allen „Beteiligungen“ der Reichsbahn an anderen Unternehmungen zusteht. Diese Tatsache steht zumindest nicht in Widerspruch zu der Vermutung, daß sich die — bereits seit langer Zeit sehr engen — Beziehungen zwischen der Reichsbahn und der Firma Schenker zu einer echten Beteiligung der Bahn verdichtet haben. Von der Reichsbahn wird die Auffassung des Verkehrsministers, daß der Vertrag der Genehmigung bedürfe, lebhaft bestritten. Anscheinend hofft man jedoch, diese Differenzen auf gütlichem Wege beilegen zu können; die Reichsbahn scheint sich entschlossen zu haben, den Vertrag so umzuformen, daß er die Genehmigung des Reichen finden kann. Verhandlungen hierüber sind bereits seit längerer Zeit zwischen der Reichsbahn und den Speditions- und Kraftverkehrsinteressenten (ohne Hinzuziehung des Verkehrsministeriums) im Gange. Es ist dringend zu wünschen, daß sie sich möglichst bald auf die Kernfrage, die Regelung des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Kraftwagen, einstrecken. Den Konkurrenzkampf gegen den Kraftwagen zu ihren Gunsten zu entscheiden, war zweifellos ein Hauptziel der Reichsbahn bei Abschluß des Schenker-Vertrages. Sie wollte dieses Ziel durch das grundsätzliche Verbot an die mit ihr in Verbindung stehenden Spediteure erreichen, auf der Landstraße Güter transportieren zu lassen. Es ist ihr keineswegs unangenehm, daß sich die öffentliche Diskussion um den Vertrag ganz von diesem heiklen Punkt fort auf das Problem einer schmerzlosen Rationalisierung des Speditionsgewerbes verschoben hat. Die von fast allen Parteien erhobenen Proteste, die Gutachten und Denkschriften der Interessenten beziehen sich fast

ausschließlich auf die Bestimmungen über die Spedition; sie erblicken in ihnen die „Enteignung eines ganzen Gewerbestandes“, sie betrachten den Vertrag als nichtig, weil er wider die guten Sitten verstößt. Gerade diese Argumente sind jedoch nur teilweise stichhaltig. Wenn es sich herausstellen sollte, daß durch die Neuregelung tatsächlich weniger Spediteure und Speditionsangestellte beschäftigt werden, so wäre das ein deutliches Zeichen für die Übersetzung dieses Gewerbes. Außerdem soll die Firma Schenker den Speditionsdienst in zahlreichen Orten nicht selbst übernehmen, sondern ein schon bestehendes Speditionsunternehmen mit ihm betrauen. Allerdings wird dieser Vorteil für die Spediteure dadurch wesentlich gemindert, daß die Unterverträge nur kurzfristig abgeschlossen werden können; denn der Schenker-Vertrag selbst läuft zunächst nur bis zum 31. Dezember 1935. Die Spediteure wissen also nicht, ob ihnen nicht nach dieser Zeit eine völlige Vernichtung durch die inzwischen erstarkte Schenker-Gesellschaft droht. Dieser Unklarheit entsprechen die Zweifel der Öffentlichkeit, wie sich die Preispolitik der Reichsbahn in bezug auf die *Rollgelder* gestalten wird. Vielleicht wird man es eines Tages erleben, daß die neue Organisation ihre inzwischen gestärkte Monopolstellung zu einer Verteuerung der Rollfuhren ausnutzt. Mit den bisherigen Versicherungen würde zwar ein solches Verhalten kaum vereinbar sein; aber bereits jetzt besteht gerade auf diesem Gebiet ein wichtiger Widerspruch in dem Vertrag: Einerseits sollen (als Rationalisierungsmaßnahme) „für die An- und Abfuhr der Güter künftig im ganzen Reichsbahnbereich einheitlich festgesetzte“ Gebühren gelten, andererseits sind ausdrücklich (als Kampfmaßnahme gegen den Kraftwagen) niedrigere Sondersätze vorgesehen. Da nach der Absicht der Reichsbahn die Konkurrenz der Schiene mit dem Landstraßenverkehr in Zukunft hauptsächlich auf dem Gebiet der *Rollgelder* ausgetragen werden soll, ist eine Übersichtlichkeit dieser Sätze und ein wirksamer Einfluß des Reiches auf ihre Höhe dringend zu fordern.

Ein Rußlandgeschäft der Reichsbahn

Während die Ergebnisse der Rußlandreise, die vor einigen Wochen von deutschen Industriellen unternommen wurde, noch recht nebelhaft erscheinen,

führt die Reichsbahn seit einigen Wochen Verhandlungen über ein Rußland-Geschäft, das sich unter Umständen verhältnismäßig schnell abwickeln lassen könnte. Die russische Regierung, die mit großen Transportschwierigkeiten kämpft, hat von der Reichsbahn ein Angebot auf Überlassung von 500 Lokomotiven und 10 000 Waggons aus dem Überbestand der Reichsbahn eingeholt. Die Reichsbahn hat zur Zeit einen Überbestand von etwa 1000 Lokomotiven und mehr als hunderttausend Waggons, der zum Teil auf ihr übermäßiges Beschaffungsprogramm zurückzuführen ist. Das Verhältnis der Reichsbahn-Gesellschaft zur Waggonindustrie hat an dieser Stelle früher wiederholt den Gegenstand von Erörterungen gebildet. Auch der Reichssparkommissar soll die Beschaffungsmethoden der Reichsbahn im Waggongeschäft als nicht besonders sparsam angesehen haben. Nachdem die Reichsbahn in den letzten Jahren verhältnismäßig große und wenig vorteilhafte Aufträge an die Waggonindustrie vergeben hat,

sucht sie jetzt die Fahrzeuge, die für sie überflüssig sind, abzustoßen. Insoweit ist gegen dieses Geschäft nichts einzuwenden. Wie aber die Waggonindustrie von der Durchführung des Verkaufs eine neue Auftragsvergebung der Reichsbahn erhoffen kann, ist unerfindlich. Offenbar sieht die Waggonindustrie die Stellung der Reichsbahn als die eines Zwischenhändlers an, der es sich leisten kann, im Interesse seines Lieferanten Ware billig abzustoßen, um sich teuer wieder einzudecken. Zusätzlich erwartet die Waggonindustrie aus dem Zustandekommen des Geschäfts noch Aufträge für die Umarbeitung der Waggons, die der russischen Spurweite angepaßt werden müssen. Etwas anders liegt es bei dem zweiten Teil des Russen-Geschäfts, dem Verkauf von 500 Lokomotiven. Hier handelt es sich anscheinend um Material, das in Deutschland infolge der gesteigerten Anforderungen des Eisenbahnbetriebs nicht mehr voll verwendungsfähig ist und dessen Wiederbeschaffung durch Auftragsvergebung an die Lokomotivindustrie auch nicht ins Auge gefaßt wird. Insgesamt soll es sich bei diesen Fahrzeugverkäufen der Reichsbahn um ein Objekt von 40–50 Mill. RM handeln, die in etwa drei Jahren abgezahlt werden sollen. Die Umarbeitungsaufträge für die Lieferindustrien sollen ein Objekt von 5–6 Mill. RM darstellen. Der Verkauf der Fahrzeuge nach Rußland ist, wie gesagt, grundsätzlich zu begrüßen. Die Reichsaufsichtsbehörden sollten aber dafür Sorge tragen, daß der Erlös aus den Fahrzeugverkäufen nicht etwa zu einer Erweiterung des Beschaffungsprogramms der Reichsbahn, das auch heute noch über ihren Bedarf hinausgeht, Verwendung findet, sondern einer Stärkung der finanziellen Position der Reichsbahn dient.

Hohe Gewinne im schwedischen Erzbergbau

Der schwedische Erzbergbau ist nächst dem französischen der wichtigste Erzlieferant der

europeischen Eisenindustrien. Nur ein kleiner Teil der Förderung wird in Schweden selbst verhüttet. Die Ausfuhr geht größtenteils nach Deutschland. Der Grängesberg-Konzern, der das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 20,41 Mill. Kr (= rund 17 % des Aktienkapitals) abschloß, stellt den Hauptteil des schwedischen Erzversands:

(1000 Tonnen)	1913	1927	1929	1930
Schwedische Erzgewinnung	7476	9 661	11 462	
Schwedische Erzausfuhr	6440	10 716	10 900	9 460
davon nach Deutschland	4977	8 222	7 955	7 000
Ausfuhr von Grängesberg	9 689	9 546	7 950

Die deutsche Eisenindustrie, die im Jahre 1929 73 %, im Jahre 1930 etwa 74 % der schwedischen Erzausfuhr verarbeitete, trägt also in entsprechendem Ausmaß zu den Gewinnen des Grängesberg-Trusts bei. Die Schweden liefern die Erze nach Deutschland größtenteils auf Grund von langfristigen Kontrakten. Als 1928/29 diese Kontrakte verlängert werden sollten, befürchtete die deutsche Eisenindustrie eine Gefährdung ihrer Erzversorgung durch das steigende Interesse insbesondere der britischen Eisenindustrie für Schwedenerz. Nach Großbritannien gingen (in Prozent der gesamten schwedischen Erzverschiffungen) 1925: 7,7 %, 1927: 9,0 %, 1929: 9,9 %. In dem 1927 vom Enquête-Ausschuß erstatteten Gutachten hatte die deutsche Eisenindustrie bereits „das dringende Bedürfnis, den früheren

Zustand der langfristigen Deckung wiederherzustellen" bekundet. Die langfristigen Verträge sind dann zustandegekommen und laufen bis 1942, ihre Preise sind höher als die zuvor gültigen. Der Run auf die europäischen, insbesondere schwedischen Erzvorräte, den die deutsche Eisenindustrie damals befürchtete, hat jedoch nicht eingesetzt. Infolge des allgemeinen Produktionsrückgangs ist die deutsche Eisenindustrie vielmehr jetzt sogar außerstande, ihre Abnahmeverpflichtungen zu erfüllen. Bisher konnte nur eine Verschiebung der Lieferungen auf spätere Zeit erreicht werden. Wie hoch die absoluten Preise dieser langfristigen Verträge sind, ist bisher nirgends mitgeteilt worden. Sie müssen jedoch weit über den schwedischen Produktionskosten liegen, denn der Grängesberg-Trust ist seit Jahren eines der best-rentierenden internationalen Großunternehmen. Noch im letzten Geschäftsjahr, das für die Muttergesellschaft am 31. Dezember, für die größte Tochtergesellschaft des Konzerns, die Luossavaara-Kiirunavaara AB, am 30. September abschloß, war der Reingewinn höher als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich nur um den ausgewiesenen Reingewinn nach Abzug aller Abschreibungen usw. handelt. Vom Bruttogewinn setzt Grängesberg aber in jedem Jahr sehr hohe Beträge für Abschreibungen und Schuldentilgung ab. So wurden im vergangenen Geschäftsjahr allein 20 Mill. Kr Schulden getilgt, ähnlich wie im Vorjahr die 1928 ausgewiesene Bankschuld von 27,6 Mill. Kr zurückgezahlt wurde. Der Grängesberg-Trust, der von 1925 bis 1929 17 % Dividende verteilt hatte — nur im Streikjahr 1928 wurden 5 % ausgeschüttet —, benutzt diesmal einen Teil seiner Gewinne zur Rückstellung eines Gewinnausgleichsfonds. Er verteilt „nur“ 12 % und stellt 6 Mill. Kr in Reserve. Angesichts der 1929/30 schon offenkundigen Krise der deutschen Eisenindustrie verdient das günstige Ergebnis des wichtigsten deutschen Erzlieferanten größte Beachtung. Es ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Haupigesellschaft des Konzerns, die Luossavaara-Kiirunavaara AB, im letzten Geschäftsjahr 6,09 Mill. Tonnen gegen 5,89 Mill. t 1928/29 verschiffen konnte. Die Luossavaara-Kiirunavaara-Gesellschaft hat um 1,96 Mill. Kr, d. h. um 15 % höhere Gewinne erzielt als im Vorjahr. Ende des vergangenen und Anfang dieses Jahres sind dann allerdings die Erzverschifffungen sehr erheblich zurückgegangen. Sie betrugen in Prozent der gleichen Monate 1925/29 (außer dem Streikjahr 1928)

September 1930	76 %	Dezember 1930	81 %
Oktober 1930	73 %	Januar 1931	72 %
November 1930	65 %	Februar 1931	64 %

Die Gesellschaft erwartet, daß sie im laufenden Geschäftsjahr zu beträchtlichen Einschränkungen der Erzlieferungen gezwungen sein wird, selbst wenn bald eine Besserung der Lage eintreten sollte, denn bereits jetzt seien in Deutschland sehr große Bestände vorhanden.

— eine Belastung für die deutsche Eisenindustrie

in scharfem Gegensatz zu der schon lange währenden Rentabilitätskrise ihres wichtigsten Abnehmers,

der deutschen Eisenindustrie. Das Bedenklichste an dieser Krise ist, daß sie eintrat, obwohl die Eisen schaffende Industrie in Gestalt der Preisdifferenz zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis der deutschen Wirtschaft eine „Eisensteuer“ von beträchtlicher Höhe auferlegt. Es ist gewiß kein Trost, daß die Eisenindustrie einen erheblichen Teil ihrer Gewinne nicht selbst behält, sondern an den schwedischen Erzbergbau abführt. Von der Größenordnung dieser Beträge kann man unschwer eine Vorstellung gewinnen. Der Grängesberg-Trust hat ein Aktienkapital von 119 Mill. Kr. Wenn sich dieses mit einer Dividende von 6 % verzinst, die für ein Land wie Schweden mit einem Landeszinsfuß von 3,5 % gewiß nicht schlecht ist, dann wären hierzu 7,14 Mill. Kr = 8 Mill. RM erforderlich. Der tatsächliche Reingewinn betrug im Jahre 1930 20,41 Mill. Kr = 23 Mill. RM. Diese 23 Mill. minus 8 Mill., d. h. also 15 Mill. RM stellen die untere Grenze der „Schwedensteuer“ dar, das heißt desjenigen Betrages, der von der „Eisensteuer“ an Schweden jährlich abgeführt wird. Unternehmungen, die, wie der Grängesberg-Trust, in der glücklichen Lage sind, innerhalb von sechs Jahren als Dividende den Betrag ihres Kapitals auszuschütten, pflegen jedoch in Form von Abschreibungen, Schuldentilgungen, Ansammlung stiller Reserven usw. erheblich mehr zu verdienen, als sie bilanzmäßig ausweisen. In der vorstehenden Glosse wurde schon auf das Verschwinden einer Schuld von 20 Mill. Kr hingewiesen, die allein fast so groß ist wie der ausgewiesene Reingewinn. Um die obere Grenze der deutschen Belastung durch die Schweden zu bezeichnen, sei der wirkliche Reingewinn in doppelter Höhe des tatsächlichen angenommen. Dann ergeben sich 46 Mill. minus 8 Mill., d. h. 38 Mill. RM „Schwedensteuer“. Legt man die 15 Mill. bzw. 38 Mill. RM Schwedensteuer auf den Jahresversand von Grängesberg von Oktober 1929 bis September 1930 um (8,91 Mill. t), so entfallen auf die Tonne Erz rund 1,70 bzw. 4,30 RM. Da zur Herstellung von 1 Tonne Thomasroheisen, wenn dieses ausschließlich aus Schwedenerzen erblasen würde, etwa 1,8—2 Tonnen Erzeinsatz benötigt werden, entfällt auf die Tonne deutschen Roheisens ein Anteil an der Schwedensteuer von rund 3,20 RM bzw. 8 RM, oder von rund 4,50 RM bzw. 11 RM je Tonne daraus hergestellten Thomasstabeisens. Es handelt sich also um Beträge, die sehr zu Buch schlagen. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß Schweden nicht der einzige deutsche Erzlieferant ist, und daß nicht allein die schwedischen Erzpreise die deutschen Eisenpreise verteuern. Um den Produktionsumfang der deutschen Eisenindustrie in der bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten, muß außer den Schweden eine große Zahl anderer Lieferanten herangezogen werden, die auch nicht annähernd so hohe Gewinne erzielen wie die Schweden. Deren nur wenig über Selbstkostenstand liegende Preise werden stets den Preis für die Einheit Fe frei Hütte bestimmen. Ihnen gegenüber beziehen die Schweden eine Differenzialrente. Will die deutsche Eisenindustrie die Roh-eisenhütten, die sie nach dem Verlust der lothringischen Hütten im Ruhrgebiet wieder aufgebaut hat, rein mengenmäßig ausreichend mit Erz versorgen, dann muß sie so teure Erzlieferanten hinzuziehen, daß sich, wie vor einiger Zeit in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ ausgeführt wurde, die Erzkosten je

Tonne Stabeisen insgesamt um etwa 35 RM gegenüber dem Bezug aus Lothringen verteuern. Die Verwendung so teurer ausländischer Rohstoffe ist der deutschen Eisenindustrie dadurch möglich, daß sie ihre Mehrkosten für das Erz über die hohen Inlandseisenpreise auf den deutschen Verbrauch abwälzt.

**Unveränderte Dividende
der Aluminiumindustrie
Neuhausen**

Die Aluminiumindustrie AG Neuhausen, die im Jahre 1889 unter Mitwirkung von Emil Rathenau gegründet wurde, gehört mit dem Grängesberg-Trust zu den bestrentierenden Großunternehmen der Weltwirtschaft. Jahr für Jahr wurden 15 % Dividende ausgeschüttet, 1927 sogar 25 %, 10 % davon in Form eines Bonus. Der Konjunkturrückgang hat das Schweizer Aluminiumunternehmen, das etwa ein Sechstel der europäischen und ein Elftel der Weltproduktion an Aluminium herstellt, im Gegensatz zur Grängesberg-Gesellschaft (vgl. die Glosse auf S. 641) noch nicht zu einer Verringerung der Dividendenzahlung veranlaßt. Die Dividende von 15 % konnte allerdings nur durch Beanspruchung der Spezialreserve aufrechterhalten werden. Die Aluminiumausfuhr der Schweiz ging im vergangenen Jahr um 32 % zurück; da sich der — an sich geringe — Inlandsabsatz der Schweiz infolge vorübergehender Einfuhren des Mellon-Trusts mindestens im gleichen Verhältnis verringert hat, nimmt es nicht wunder, daß der Reingewinn von Neuhausen 1930 um 55 % kleiner war als im Jahre 1929. Der erzielte Reingewinn hätte nur eine Dividende von 12 % ermöglicht. 1,8 Mill. Fr. = 3 % des Aktienkapitals wurden der Spezialreserve entnommen. Die Gesellschaft konnte diese Regelung ohne Bedenken treffen, da sie neben dem ordentlichen Reservefonds und der Spezialreserve noch über 10 Mill. Fr Reserve aus dem Agio der Aktienemission vom Jahre 1928 verfügt. Die Wirtschaftskrise tritt in der Bilanz vor allem durch Zunahme der Vorräte von 4,1 auf 9,7 Mill. Fr in Erscheinung, wobei der wirkliche Wert der Vorräte aber mindestens dreimal so hoch sein dürfte als der Buchwert. Bankguthaben und Kasse haben bemerkenswerterweise nicht abgenommen. Die Gesellschaft hat auch im laufenden Jahre ihre Auslandsbeteiligungen wesentlich erweitert. Diese Politik ließ das Beteiligungskonto von 20,4 Mill. Fr (1927) in den folgenden Jahren auf 28,3, 41,4 und 52,8 Mill. Fr steigen. Der diesjährige Zuwachs entfällt zum größten Teil auf die italienischen Werke, besonders das Kraftwerk Cismon. Finanziert wurde dieser Zuwachs hauptsächlich durch eine 4½-prozentige Obligationsanleihe von 25 Mill. Fr, von der 6 Mill. Fr zur Konversion einer ebenfalls 4½-prozentigen Anleihe aus dem Jahre 1911 verwandt wurden. Die hohen Gewinne der Neuhausen AG sind vorwiegend auf die monopolistische Preisgebarung des europäischen Aluminiumkartells zurückzuführen. Von der Ausfuhr der Schweiz geht nur rund ein Drittel in Länder, in denen die Preise nicht der Preisregelung des Aluminiumkartells unterworfen sind. Eine natürliche Folge dieser Preispolitik sind einerseits die Klagen der Aluminiumproduzenten über die vorhandene Überkapazität, andererseits aber der gleichzeitige fortgesetzte Bau neuer Aluminiumanlagen. Unter dem Druck dieser

Überkapazität verschärften sich die Beziehungen unter den Mitgliedern des Kartells, so daß es zwischen der deutschen und der schweizerischen Aluminiumindustrie vorübergehend zu einem offenen Kampf kam, der mit einem Siege der Schweizer Forderungen endete (vgl. Nr. 7, S. 552). Die eigentliche Belastungsprobe des Aluminiumkartells steht erst bevor, wenn die im Vorjahr angesammelten Vorräte, die z. B. bei Neuhausen nicht weit unter der letztjährigen Erzeugung bleiben, auf den Markt drücken werden.

**Dividendenkürzung des
englischen Chemietrusts**

Daß die Imperial Chemical Industries Ltd ihre Dividende von 8 auf 6 % ermäßigte, kam nicht unerwartet. Der Reingewinn hat sich von 5,78 Mill. auf 4,47 Mill. £ vermindert; freilich wurden, wie im Bericht vermerkt wird, etwa 2 Mill. £ für die Rationalisierung und Erweiterung der Anlagen ausgegeben. Die Entwicklung in den einzelnen Geschäftszweigen war sowohl der Menge als auch dem Ertrage nach nicht gleichmäßig. Der Absatz an Farbstoffen hat sich um 13 % ermäßigt. In Anbetracht der Lage der britischen Textilindustrie ist das nicht verwunderlich, zumal man sich im Kampf gegen die kontinentale und amerikanische Farbenausfuhr neue Absatzmärkte nicht hat erschließen können. Die Bemühungen des Trusts um eine Verlängerung des britischen Farbeneinfuhrgesetzes (Nr. 1, S. 50) sind deshalb verständlich. Der Trust mußte befürchten, daß eine Aufhebung des Gesetzes im Verein mit der schlechten Textilkonjunktur seine Absatzmöglichkeiten für Farben weiter verringern werde. Es ist der letzte Erfolg des verstorbenen Lord Melchett gewesen, diese Aufhebung zu vereiteln. Damit ist aber die Situation des britischen Trusts im Farbengeschäft noch keineswegs als geklärt anzusehen. Gewiß, man hat jetzt wieder ein Jahr Zeit gewonnen und hofft vielleicht, die Dyestuffs Act in dieser Weise in eine Ära des allgemeinen Wirtschaftsprotektionismus in England hinzubereiten. Aber man ist sich wohl auch über die Folgen klar, die eine solche Politik für die Exportfähigkeit der englischen Textilindustrie haben muß. Eine Verständigung des britischen Chemietrusts mit seinen großen festländischen Konurrenten kann unter diesem Gesichtspunkt noch nicht als ausgeschlossen gelten. Einigermaßen überraschend ist die Feststellung des Geschäftsberichts, das Düngemittelgeschäft sei mengenmäßig befriedigend gewesen. Es sei gelungen, den Ausfall auf dem Inlandsmarkt durch Exporte auszugleichen. Es ist richtig, daß die Ammonsulfat-Ausfuhr, die mengenmäßig im britischen Düngemittelexport an erster Stelle steht, im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr nur um etwa 10 % gefallen ist; in anderen Ländern war der Ausfuhrrückgang viel stärker. Aber deshalb kann man ihn für England auch nicht ohne weiteres ignorieren. Der britische Chemietrust hat sich freilich sehr darum bemüht, durch Ausbau seiner Exportorganisation für stickstoffhaltige Düngemittel im asiatischen Geschäft vorzudringen, und zwar im Rahmen der Vereinbarungen mit der festländischen Stickstoffindustrie, die im August 1930 getroffen wurden, und vorher auf Grund eines wohl schon seit langer Zeit bestehenden Gentlemen Agreements mit der deutschen Industrie.

Trotzdem wird man gerade für das Stickstoffgeschäft des britischen Trusts nicht allzu optimistisch sein dürfen. Die Frage, ob der Ausbau der Anlagen von Billingham, der mit sehr erheblichem Kostenaufwand erfolgte, notwendig war, und ob er sich per saldo als ein gutes Geschäft erweisen wird, kann heute noch nicht entschieden werden. Die Antwort wird davon abhängen, in welcher Weise es der britische Chemie-trust versteht, seine Position auch innerhalb eines internationalen Stickstoffkartells zu behaupten, das fester gefügt ist als das kurzfristige Provisorium, das jetzt besteht. Das Gespenst der Überkapazität geht auch in der britischen Stickstoffindustrie bereits um, mag diese auch von vornherein auf den Absatz nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den Dominions und den Kolonien eingerichtet worden sein. Diese sind in ihrer Aufnahmefähigkeit für Düngemittel in hohem Grade abhängig von der Entwicklung der Getreidepreise. Das Geschäft des Trusts im Rahmen der britischen Metallindustrie, in der er eine hervorragende Rolle spielt, hat unter den Verhältnissen gleichfalls gelitten, nähere Angaben hierüber werden aber nicht gemacht.

Reform der österreichischen Sozialversicherung

Reform der österreichischen Sozialversicherung liegt nun, in drei Novellen und einem Gesetz gefaßt, vor. Die Regierung hat sie zur Begutachtung den Wirtschaftskörperschaften zugehen lassen. Es ist ein großes Werk, das organisatorisch vieles verbessert, aber doch, vom Standpunkt der Sozialpolitik aus gesehen, einen Rückschritt bedeutet. Ungeachtet der Kritik der bisherigen Sozialversicherungsgesetze, ungeachtet auch der von verschiedenen Seiten gemachten bemerkenswerten Reformvorschläge ist die Regierung ihre eigenen Wege gegangen. Sie hat sich dabei das Ziel gesteckt, die Altersversicherung der Arbeiter, die seit Anfang 1927 zwar Gesetz ist, aber nicht in Kraft gesetzt wurde, endlich wirksam zu machen, ohne daß der Wirtschaft daraus eine Mehrbelastung erwächst; ja mehr als das, die Wirtschaft noch zu entlasten durch Abbau der auf Grund der arbeitsrechtlichen und Sozialversicherungsgesetze gewährten Leistungen. Sie hat dieses Kunststück zuwege gebracht. Es war nur eine recht grobe Hacke, mit der man den Leistungsaufbau der gegenwärtigen Sozialversicherung zugestutzt hat. Der österreichischen Arbeiterschaft kommt so der Erfolg, die Altersversicherung endlich durchgesetzt zu haben, recht teuer zu stehen. Die Sozialversicherung der Arbeiter soll künftig aus der Arbeiterversicherung und der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge bestehen. Die Arbeiterversicherung umfaßt die Krankenversicherung, die Unfallversicherung für alle Arbeiter (bisher galt sie nur für einen Teil) und die Altersversicherung (an Stelle der seit 1927 geltenden Altersfürsorge). Nur nach einer Richtung hin wird

Man schreibt uns aus Wien: „Die im Vorjahr angekündigte umfassende

der Arbeiterschaft ein Mehr an Leistungen zugesichert: die Unterversicherung soll durch Angliederung neuer Lohnklassen vermindert werden. Der zu versichernde Höchstlohn beträgt nach dem neuen Gesetz 50,40 S in der Woche gegen 36 S bisher. Deshalb erhöhen sich auch die Unterstützungssätze der Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Dadurch und durch die Einführung der Altersversicherung ergibt sich gegenüber dem Budget der gegenwärtigen Sozialversicherung der Arbeiter ein Mehraufwand von 20 Millionen S, für den die Wirtschaft durch Beseitigung wichtiger arbeitsrechtlicher Bestimmungen entschädigt wird. Aufgehoben wird die Bestimmung, daß jedem Arbeiter im Erkrankungsfall eine Woche lang der Lohn weitergezahlt werden muß; die Abfertigungen an entlassene Angestellte werden um mehr als die Hälfte gekürzt, und der gesetzliche Überstundenaufschlag wird von 50 auf 25% herabgesetzt. Bei der Krankenversicherung, Altersversicherung, vor allem aber bei der Arbeitlosenversicherung wird eine Reihe wichtiger Leistungen stark eingeschränkt, so daß sich daraus eine weitere Ersparnis von 40—50 Mill. S ergibt. Sie dient dazu, den Staat von der Pflicht zu befreien, das Defizit der Arbeitslosenversicherung vorschußweise zu tragen, — im Gegensatz zu der Forderung, daß die Kosten der Arbeitslosenversicherung mehr als bisher aus allgemeinen Mitteln getragen werden sollen. Die Staatsvorschüsse an die Arbeitslosenversicherung haben im letzten Jahr rund 50 Mill. S betragen, seit 1926 sind sie auf 110 Mill. S gewachsen. In der Altersversicherung wurde die Rente ermäßigt, so daß sie nun kaum höher ist als die gegenwärtige Altersfürsorgerente, die zwei Drittel der Arbeitslosenunterstützung beträgt. Auch sonst sind in den Reformnovellen sehr arge Härten enthalten, die den Wert der Altersversicherung gegenüber dem gegenwärtigen Provisorium der Altersfürsorge sehr gering erscheinen lassen. Die Arbeitslosenversicherung ist in vielen Teilen dem deutschen Gesetz angeglichen, nur daß die Unterstützungssätze wesentlich niedriger sind; aber auch sonst stellt das österreichische Gesetz die Arbeiter in manchem schlechter als das deutsche. So wird das Anrecht auf eine Unterstützung nicht allein von der Erfüllung der Anwartschaft, sondern auch von der Bedürftigkeit abhängig gemacht, wobei nach amtlichen Erläuterungen die Bedürftigkeit nicht gegeben ist, wenn ein beschäftigungsloser Arbeiter verheiratet ist und seine Ehefrau in Vollarbeit steht. Ein anderes Novum ist, daß der österreichische Arbeitslose fortan zur Annahme von Arbeitsstellen im Ausland verpflichtet werden kann. Die Industrie erfährt durch die Reform keine Entlastung; es ist sogar durchaus möglich, daß sich ihre Soziallast noch vermehrt. Die Regierungs-Novelle bedarf — so lautet das allgemeine Urteil — noch einer sehr kräftigen Feile. Sie wird nur als eine Diskussionsgrundlage gewertet. Demgegenüber verlautet freilich, daß die Regierung keine wesentlichen Änderungen annehmen will.“

Verringertes Geschäft der Bank für auswärtigen Handel

Die Bank für auswärtigen Handel AG, an der neben deutschen Privatbankiers vor allem die Österreichische Creditanstalt, die Böhmisches Escompte-bank, die Zivnostenska Banca (Prag) und die Amstelbank (Amsterdam) beteiligt sind, legt in ihrem Geschäftsbericht dar, daß sie infolge der Unsicherheit der allgemeinen Lage im Jahre

1930 ihren Geschäftsumfang planmäßig eingeschränkt habe. Sie blieb infolgedessen zwar einerseits von größeren Verlusten verschont, aber andererseits ergab sich ein Umsatzrückgang von 8 auf 6,7 Milliarden und eine Verringerung des Bruttogewinns auf 3,40 (3,69) Mill. Dabei nahmen hauptsächlich die Provisionen ab. Der Rein-gewinn sinkt nach wenig verringerten Unkosten auf

0,96 (1,20) Mill. und die *Dividende* auf die 10 Mill. Stammaktien auf 7 %, nachdem seit 1926 jeweils 9 % verteilt worden waren. Die Vorzugsaktien Lit. A erhalten wieder 6 %, die der Lit. B 10 %. Der Vortrag wird auf 0,15 (0,17) Mill. verringert. Die Bilanzsumme ist auf 110 (119) Mill. zurückgegangen, obwohl die *Kundschafskredite bei Dritten* mit 39,93 Mill. erneut um rund 15 Mill. zunahmen. Sie haben sich in den beiden letzten Jahren fast verdreifacht, was wohl damit zusammenhängt, daß die Bank infolge ihrer engen Auslandsverbindungen ihrer Kundenschaft besonders günstige Remboursmöglichkeiten eröffnen kann. Sofort fällige Kreditoren sind mit 10,96 Mill. fast halbiert, die binnen 30 Tagen fälligen haben um 5 und die noch länger befristeten Gelder um 10 Mill. abgenommen. Andererseits sind *Warenvorschüsse* von 29,31 auf 36,63 Mill. gestiegen, während die übrigen Anlageposten durchweg stärkere Rückgänge aufweisen. Auch die *Debitoren* konnten von 56,95 auf 47,55 Mill. gesenkt werden. Zwischen ihrem Rückgang und der Erhöhung der Warenvorschüsse mag zum Teil ein gewisser Zusammenhang bestehen (Umlagerung vom Kontokorrent- auf den Rembourskredit).

Die Girozentrale Großaktionär der Landesbankenzentrale

Die Deutsche Girozentrale hat zu ihrem bisherigen Besitz an Aktien der Deutschen Landesbankenzentrale AG in Höhe von 20 % weitere 20 % hinzuerworben. Damit verfügt sie insgesamt über 2 Mill. des 5 Mill. RM betragenden Aktienkapitals, das freilich nur zu zwei Fünfteln eingezahlt ist. Die Girozentrale ist durch diesen Erwerb der beherrschende Großaktionär des Instituts geworden, denn der übrige Aktienbesitz verteilt sich auf eine große Anzahl öffentlich-rechtlicher Realkreditinstitute. Bereits vor Jahren war zwischen der Girozentrale und der Landesbankenzentrale eine Arbeitsteilung vorgenommen worden, nach der das letztgenannte Institut auf den Verkehr mit den Sparkassen und Kommunen, die Girozentrale auf das Realkreditgeschäft verzichtete. Der Verkäufer des Aktienpakets ist die Preußenkasse, in deren Geschäftsbereich diese Beteiligung wohl nicht recht passte.

Dividendenrückgang bei den Elektrowerken

Verträge über größere Stromlieferungen an alte und neue Abnehmer, die von der reichseigenen *Elektrowerke AG* in den Jahren 1929 und 1930 abgeschlossen wurden, ließen seinerzeit eine Besserung des Ertrages im Jahre 1930 erhoffen (vgl. MdW Jahrg. 1930, Nr. 7, S. 346); der Konjunkturrückgang hat die erhoffte Steigerung des Stromabsatzes verhindert. Das Unternehmen erwies sich als recht konjekturempfindlich, einmal weil die großen chemischen Werke, die wichtige Abnehmer sind, unter der Krise litten, sodann weil die beliebten Versorgungsunternehmungen vor allem ihre eigenen Anlagen ausnutzen wollten und deshalb den Strombezug auf ein Mindestmaß zu beschränken suchten. Unter diesen Umständen mußte die *Dividende von 8 auf 7 % gesenkt* werden. Die Kraftproduktion nahm um rund 100 Mill. kWh (etwa 4,5 %) ab. Die 1929 stark vergrößerten Anlagen wurden dementsprechend ungenügend ausgenutzt. Die Verwaltung weist einen gegenüber dem Vorjahr um rund 3,4 Mill. RM höheren Betriebsüberschuß aus; dies wird damit begründet, daß im Vorjahr zu Lasten der Betriebsrechnung Sonderabschreibungen vorgenommen worden seien. Die Abschreibungen sind jedoch im abgelaufenen Geschäftsjahr verhältnismäßig wenig erhöht worden. Bei Anlagewerten von mehr als 200 Mill. RM wurden 10,4 Mill. RM der Erneuerungsrücklage zugewiesen; gleichzeitig wurde aber der Abraumvorrat, der bis 1928 stets abgeschrieben worden war, um 2,1 Mill. RM höher aktiviert als im Vorjahr und die Rücklage für die Selbstversicherung um 0,2 Millionen RM verringert. Nur so konnte ein Überschuß errechnet werden, der bei unverändertem Gewinnvortrag und etwas verringelter Aufsichtsratsvergütung die Verteilung der genannten *Dividende* auf das Aktienkapital von 90 Mill. RM gestattet. Angesichts des geringen In-

vestitionsbedarfs der nächsten Jahre und der zum Teil erst 1931 rentablen Festlegung von Mitteln in neuen Beteiligungen ist diese Politik knapper Rücklagen immerhin vertretbar.

Konkurs der Industriebau AG

Die Industriebau Held & Francke AG, deren Aktie früher zu den bekanntesten der an der Börse gehandelten Bauwerte gehörte, mußte die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragen. Als der Zusammenbruch unvermeidlich wurde — Ende Februar —, glaubte man auf Grund eingehender Revisionsberichte noch das Vergleichsverfahren durchführen zu können (vgl. Nr. 9, S. 439). Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Ein neuer Status ergibt für die ungedeckten Gläubiger einschl. der Ausfallsforderungen und Eventualverpflichtungen nur eine Quote von 11 1/4 %. Die Debitoren haben sich — wie es im Verlauf von Insolvenzen üblich ist — als weit überbewertet erwiesen. An Aktiven werden jetzt nur 1,82 Mill. RM eingesetzt, von denen nach Abzug der Vorrechtsforderungen nur etwa 950 000 RM übrigbleiben. Die Passiven haben sich — auch dies ist für den Verlauf von Insolvenzen typisch — gegenüber dem Stand von Ende Februar (rund 9 Mill.) insgesamt auf 11,2 Mill. RM erhöht (einschl. Eventualverpflichtungen usw.). Die AG für Verkehrswesen soll für ihre Forderungen voll gedeckt sein. Dagegen haben die Banken offenbar mit erheblichen Ausfällen aus ihren gesicherten Forderungen zu rechnen. Ein Teil der Bauten, die von der Industriebau AG nicht weitergeführt werden können, ist von der Allgemeinen Baugesellschaft Lenz & Co. übernommen worden, die — wie die Industriebau — zum Konzern der AG für Verkehrswesen gehört.

Personalia

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Dr. h. c. Arthur von Grinner, vollendet am 6. April sein 75. Lebensjahr.

Am 26. März verstarb im Alter von 79 Jahren Geheimer Kommerzienrat Dr. h. c. Wilhelm Zuckschwerdt, Ehrenpräsident der Magdeburger Industrie- und Handelskammer und Seniorchef des Bankhauses Zuckschwerdt & Beuchel in Magdeburg.

Das Vorstandsmitglied der Hypothekenbank in Hamburg, Justizrat Dr. Friedrich Henneberg, ist im 70. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene war u. a. stellvertretender Vorsitzender im Sonderausschuß für das Hypothekenbankwesen beim Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes.

Bei der Niederrheinischen Bergwerks-AG in Neukirchen wurden die Direktoren Fritz Becker und Emil Schweitzer zu Vorstandsmitgliedern bestellt.

Der Verwaltungsrat der Österreichischen Alpine Montangesellschaft hat den Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG, Dr. Albert Vögler, zum Präsidenten gewählt.

Bergrat Karl Hollender, der Generaldirektor der Gewerkschaft König Ludwig, hat an Stelle des verstorbenen Generaldirektors Ruschen bis auf weiteres die Leitung der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Ewald übernommen.

Am 28. März wurde der erste Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin, Julius Cohn, 60 Jahre alt.

Das Vorstandsmitglied des Gesamt-Verbandes der Christlichen Gewerkschaften, Karl Jansen, ist im Alter von 49 Jahren gestorben.

Dem Pressreferenten im preußischen Handelsministerium, Regierungsrat Dr. Stegemann, ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamts Osterholz (Regierungsbezirk Stade) übertragen worden.

Der ehemalige Gouverneur der Bank von Frankreich, Emile Moreau, ist zum Präsidenten der Banque de Paris et des Pays Bas gewählt worden; er tritt somit an die Stelle von Jules Cambon, der zum Ehrenpräsidenten des Instituts ernannt wurde.

Dem preußischen Wohlfahrtsminister Dr. med. h. c. Dr.-Ing. e. h. H. Hirtsiefer wurde von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Grazer Universität in Anbetracht seiner Verdienste um den Jugendaustausch zwischen Steiermark, Kärnten und dem Deutschen Reich der Titel eines Ehrendoktors verliehen.

Der ehemalige Reichsfinanzminister Professor Dr. Paul Moldenhauer ist zum Honorarprofessor in der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften an der Technischen Hochschule Berlin ernannt worden.

Geheimrat Professor D. Dr. Ludwig Elster, Jena, der früher in Königsberg, Breslau, Halle und Aachen Lehrer der Staatswissenschaften war, vollendete am 26. März sein

75. Lebensjahr. Im Jahre 1897 wurde Elster ins preußische Kultusministerium berufen, in dem er fast 20 Jahre lang das Personalreferat für die preußischen Hochschulen innehatte. Im Jahre 1916 trat Elster von seinem Amt zurück, um sich ausschließlich wissenschaftlichen Arbeiten zu widmen. Er gehört zu den Herausgebern des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften und des Wörterbuchs der Volkswirtschaft. Ferner hat Geheimrat Elster die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik gegründet.

Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen hat den Professor der Rechte, Staatsrat Dr. jur. Max von Rümelin, anlässlich seines 70. Geburtstages zum Doktor der Staatswissenschaften ernannt.

Literatur

Spanns Universalistisches System

Von Prof. Robert Liefmann

Spanns sogenannter *Universalismus* ist ein merkwürdiges Gemisch von Erkenntnistheorie („Kategorienlehre“), Sozialphilosophie, Gesellschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Staatslehre mit einem starken Zuschuß politischer Tendenzen und... religiösem Mystizismus: als Zeitscheinung gewiß interessant, aber als wissenschaftliche Leistung?? Diese Lehren auch nur darzustellen, ist wegen ihrer Uferlosigkeit und der vielen unklaren Begriffe für einen wissenschaftlichen Anfänger eine sehr schwierige Aufgabe, eine nach allen Richtungen gehende *Kritik* aber fast aussichtslos und jedenfalls kein Gegenstand einer Doktorarbeit. Man wird zugeben müssen, daß der Verfasser sich in überraschend geschickter Weise mit ihr abgefunden hat.

Baron Wrangel¹⁾) beginnt den „I. darstellenden Teil“ mit den „Grundzügen der universalistischen Gesellschaftslehre“. Erst im „II. prüfenden Teil“ wird die Spannsche Kategorienlehre behandelt (Seite 54 ff.). Dieses Vorgehen rechtfertigt sich einmal durch die zeitliche Entwicklung der Spannschen Lehre, ferner aber dadurch, daß die Kategorienlehre, obwohl Spann sie als nachträglichen philosophischen Unterbau seiner Gesellschaftslehre gegeben hat, doch keine notwendige Voraussetzung derselben ist. Im ersten Abschnitt wird der tragende Begriff der *Ganzheit* dargestellt, die Ablehnung der Kausalbetrachtung als Kernpunkt, dann — zunächst ohne Kritik — die Spannsche Karikatur des Begriffs Individualismus und dem gegenüber der *Universalismus* mit seinem Begriff der „Gemeinschaft“ und seinem aus der aristotelisch-scholastischen Begriffswelt stammenden Gedanken der „distributiven Gerechtigkeit“.

Der zweite Abschnitt ist den „Grundzügen der universalistischen Volkswirtschaftslehre“ gewidmet (S. 21—54). Nach einer kurzen Übersicht über die Vorläufer wird die Auffassung der Wirtschaft als „nackte Mittelhaftigkeit“, „die ihr jede ursprüngliche Rolle in der Geschichte und Gesellschaft versagt“, geschildert. Dann kommt der Kernpunkt der universalistischen Theorie, die „Leistungslehre“. Doch wird man auch aus des Verfassers Darstellung der verschiedenen Spannschen Leistungsbegriffe und der verschiedenen „Teilganzen“, in die nach Spann die Wirtschaft zerfällt, kein klares Bild von diesem komplizierten Begriffssapparat gewinnen. Es folgt die Darstellung der Wert- und Preislehre (S. 41 ff.). Bekanntlich hat sich Spann neuerdings von der Grenznutzenlehre abgewendet und an deren Stelle den Begriff der „Gleichwertigkeit“ gesetzt. Im Sinne seiner Ablehnung einer subjektiv-psychischen Erklärung — obwohl er das Wirtschaften mit den Begriffen Zwecke und Mittel definiert — ist das konsequent, trägt aber nicht im mindesten zur Erklärung wirtschaftlicher Erscheinungen bei, muß vielmehr, konsequent weitergeführt, zu den ältesten Irrtümern der Wirtschaftswissen-

schaft, Lehre vom Äquivalenttausch, objektive Wertlehre, Ertragszurechnungslehre zurückführen. Wie wenig die Spannsche Preislehre wirklich etwas erklärt, ergibt sich daraus, daß sie nicht im mindesten die Einkommen erklärt, die doch nur durch die Preisbildung zustande kommen. An ihre Stelle treten bei Spann auf Grund seiner kollektivistischen Auffassung die Phrasen von der „Ausgliederungsordnung der Wirtschaft“.

Dann folgt bei Wrangel der II. prüfende Teil, zunächst „Bemerkungen zu Spanns Kategorienlehre“ (S. 54—74). Dem Fehlen einer erkenntnistheoretischen Grundlegung bei Spann möchte ich noch nicht einmal so große Bedeutung beimessen, denn in der Tat werden wesentliche neue wissenschaftliche Gedanken wohl in der Hauptsache intuitiv gewonnen, wie Spann meint, und andererseits ist jede Erkenntnistheorie wohl noch sehr unvollkommen, zumindest in ihrer Anwendung auf eine Spezialwissenschaft. Wrangel stützt sich erkenntnistheoretisch auf Külpe. Unzweifelhaft ist, daß die Ganzheitsbegriffe Spanns keine „realen Kategorien“, die meisten vielmehr Axiome und Fiktionen sind, und daß bei ihm, was die Begriffe Ganzheit und Teil, Ausgliederung usw. anbelangt, ein unerhörtes Spiel mit Worten getrieben wird.

Wrangel wendet sich dann der Anwendung des Ganzheitsbegriffs in der Spannschen *Gesellschaftslehre* zu und zeigt (S. 77 ff.), daß Spann eine ganz unklare Vorstellung von Empirie hat — diese Tatsache ist psychologisch sehr bezeichnend für den geistigen Zustand, aus dem heraus solche Sozialphilosophen an die Dinge herantreten. Ferner wird die unmögliche Stellung zum Kausalitätsbegriff kritisiert und mit Recht auf Rickerts entscheidende Ausführungen über die „Kausalität als Grundkategorie jeglichen Geschehens in der Natur und in der Geschichte“ hingewiesen. Dann folgt (S. 87 ff.) die Kritik der Spannschen Antithese von Universalismus und Individualismus. Es wird gezeigt, daß Spanns Begriff des Individualismus keine reale Kategorie, sondern nur „ganz schematisch als kontraktorischer Begriff“ zu seinem Axiom Universalismus aufgestellt ist.

Bei den folgenden „Bemerkungen über die Möglichkeit einer *Gesellschaftslehre*“ (S. 96 ff.) vermisste ich eine klare Stellungnahme des Verfassers zu der Frage: *allgemeine Sozialwissenschaft oder Gesellschaftslehre als Spezialwissenschaft*. M. E. gibt es keine Wissenschaft des allgemeinen sozialen Geschehens, sondern die Erörterungen über Individuum und Gesellschaft gehören in die Sozialphilosophie und kommen meist über philosophische Allgemeinheiten nicht hinaus. Die *Gesellschaftslehre* aber hat ein klar abgegrenztes Gebiet, sie untersucht nämlich diejenigen Erscheinungen, in denen die Menschen das Bewußtsein haben, eine Einheit zu bilden, bei denen sie also gemeinsame Interessen haben. Sie ist von der Volkswirtschaftslehre durchaus verschieden, denn diese behandelt eine ganz andere Art sozialer Beziehungen, den Tauschverkehr, der

¹⁾ Wrangel, Dr. Georg Baron: Das Universalistische System von Oskar Spann. Jena 1929, Verlag von Gustav Fischer. 168 S. — Preis 8 RM.

²⁾ Über die Kausalvorstellung in der Wirtschaftswissenschaft vgl. auch meine kleine Schrift: *Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsbeobachtung*, in der Sammlung „Recht und Staat“, Heft 61, Tübingen 1929.

auf entgegengesetzte Interessen der Individuen beruht (siehe dazu meine „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ und die oben zitierte Schrift). Ich betone das, weil in dem folgenden Hauptabschnitt (S. 104—163) „Kritische Bemerkungen zur universalistischen Volkswirtschaftslehre“ der Verfasser eine klare Stellung zu der Frage, ob das Wirtschaftsleben von den Individuen oder von der Gesamtheit aus erklärt werden soll, vermissen läßt. Es gibt keine „Fundamentierung der theoretischen Volkswirtschaftslehre durch die sogenannte Soziologie, wobei wir an der Ablehnung einer soziologischen Sonderdisziplin festhalten“ (S. 104) — hier stimmt also Wrangel mit Spann überein —, weil die Probleme der Einzelwissenschaft überhaupt nicht durch die Philosophie und auch nicht durch die Sozialphilosophie zu lösen sind. Man braucht nicht „zu willkürlichen psychologischen Konstruktionen zu greifen“ (S. 106), kann aber doch die Notwendigkeit nicht übersehen, auch das Verhalten der Menschen den Gütern und dem Gelde gegenüber zu analysieren. Ohne das Zurückgehen auf die Nutzen- und Kostenvorstellungen der Menschen ist keine Wirtschaftstheorie möglich, die über die Fehler einer naturwissenschaftlichen „Güterlehre“, einer angeblich exakten Erfassung der Verhältnisse von Güterquantitäten hinauskommen will. Freilich darf sie nicht „zu einer Quantifizierung sämtlicher Gefühle und Bedürfnisse unter dem Gesichtspunkt eines imaginären Grenznutzens“ führen (S. 105), aber das gilt auch nur für die österreichische Wertlehre, nicht aber für meine „Grenzertragslehre“, die der Verfasser nicht zu kennen scheint. Tatsächlich kann auch der Verfasser nie von den wirtschaftlichen Erwägungen abstrahieren, so z. B. S. 118 ff., wo sehr gut betont ist, daß die ganze Ein- und Ausgliederungslehre Spanns „eigentlich nur den Zweck hat, das Problem der individuellen Zwecksetzung des Unternehmers in der modernen Verkehrswirtschaft als ein ausschließlich funktionales zu fassen und die individuell-kausale Seite dieser Zwecksetzung... geflissentlich zu übersehen.“

Sehr gut wird ferner im folgenden (S. 123 ff.) die Leistungslehre Spanns kritisiert, in ähnlicher Weise, wie ich es in meinem Aufsatz „Universalismus und Wirtschaftstheorie“ im Weltwirtschaftlichen Archiv 1926 getan habe. Treffend ist im Rahmen dieser Erörterung auch der Nachweis, daß Spann, bei seiner kollektivistischen Einstellung selbstverständlich, über Wesen und Ziele der Einzelwirtschaft durchaus im unklaren bleibt. Aber sind daran nicht die anderen, heute noch herrschenden kollektivistischen Richtungen mit schuld? Ganz dasselbe gilt übrigens auch für die „funktionale Betrachtungsweise“, über die Wrangel auch manches Zutreffende sagt.

Weil die herrschenden Richtungen, die auf das Zurückgehen auf individuelle Zwecke verzichten, keine wirkliche Preistheorie haben, die eben zu erklären hat, wie es von den Bedürfnissen zum Preise kommt, ist in dem folgenden Abschnitt „Zur Wert- und Preislehre“ (S. 139 ff.) die Kritik des Verfassers vielleicht am wenigsten gegückt. Der Hauptmangel seiner Ausführungen ist der bekannte, der darin besteht, daß von „der Menge der zur Verfügung stehenden Waren“ als Bestimmungsgrund des Preises ausgegangen wird, während doch vor allem gerade das *Angebot* zu erklären ist. Später (S. 148) wird dann auch eine „bestimmte Nachfrage“ vorausgesetzt. Trotz solcher Mängel ist die Widerlegung der Spannschen Vorstellung der „Gleichwichtigkeit“ beachtenswert, besonders der Hinweis (S. 154), „daß sie ja nur für die Einzelwirtschaft gilt und nicht auf die ganze Volkswirtschaft angewandt werden kann“. Dagegen wird die Polemik Spanns gegen die „Meßbarkeit der wirtschaftlichen Leistungen“, die freilich schon vorher in meiner Lehre als unnötig für die Erklärung der Preisbildung erwiesen wurde, zu Unrecht bekämpft.

Wie wenig Spanns Preistheorie wirklich leistet, ergibt sich auch daraus, daß eine „universalistische Zurechnungslehre“ sie ersetzen soll. Bei den folgenden Ausführungen Wrangels (S. 158 ff.) wird ganz besonders deutlich, daß eine wirkliche Preistheorie eben doch nicht von gegebenen Angebots- oder Nachfragemengen ausgehen kann, sondern auf

die wirtschaftlichen Zwecke der Menschen und ihr Verhalten dem Gelde gegenüber zurückgehen muß. Nur so, d. h. mit der Vorstellung eines Grenzertrages, kommt man auch dazu, die Frage zu lösen, wieweit „die Verteilung die Preise bestimme“. So ganz sinnwidrig, wie Wrangel meint, ist diese Anschauung Spanns nicht. Was daran richtig ist, wird aber erst klar durch die Grenzertragslehre, wonach tatsächlich ein gewisses *Ertragsminimum*, ein tauschwirtschaftlicher Grenzertrag, der wieder mit den subjektiven Schätzungen der Konsumwirtschaften dem Gelde gegenüber zusammenhängt, die Kostenaufwendungen begrenzt und damit das Angebot und die Preisbildung erklärt. Aber auch hier wieder bleibt trotz dieser Mängel beachtenswert, wie Wrangel am Schluß zeigt, daß die Ganzheits- und Leistungslehre Spanns schließlich zu dem Hineinragen von Werturteilen, zu einer Lehre vom „gerechten Preise“ führen muß, daß sie aber für eine wirkliche Erklärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge nichts leistet. Alles in allem ist die Schrift von Baron Wrangel eine sehr tüchtige Arbeit, wohl die beste Gesamtdarstellung und Kritik der, wenigstens was die Volkswirtschaftslehre anbelangt, viel zu viel beachteten Lehre Spanns.

Groth, Otto: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde* (Journalistik), 4 Bände, Mannheim 1928 bis 1930, Verlag J. Bensheimer. 1029, 620, 485 und 582 Seiten. — Preis 40 RM, 28 RM, 25 RM und 27 RM. Diesem außerordentlichen Werk, der ersten universellen Darstellung auf dem Gebiete der deutschen Zeitungswissenschaft, läßt sich unschwer ein eigenartiges Schicksal prophezeien: Niemand wird es loben, ohne seine Schwächen und Mängel zu erwähnen, wenige werden es tadeln, ohne doch den unerhörten Fleiß und die außerordentliche Arbeitsleistung zu rühmen, die in den 2716 Seiten stecken, sehr wenige werden es lesen, — aber alle, die mit Zeitung und Zeitungswissenschaft zu tun haben, werden es verwenden, zahllosen Dissertationen, Abhandlungen und Aufsätzen wird es zumindest als Material dienen. Und dieses Schicksal des Grothschen Werkes ist zwar ungerecht, aber nicht unverdient. Groth gab zu viel, — er gab alles: Alles Material, das er in Jahrzehntelanger Arbeit gesammelt, alle Erfahrungen, die er gemacht, alle Stimmen, die er gehört, alles Wissen, das er gehäuft hatte. Nichts verbarg er, nichts schied er aus. Auch nicht die Wahrheit, die verletzen, und die Kritik, die erzürnen muß. Im letzten, vierten Band behandelt er „die Persönlichkeiten im Zeitungsunternehmen“, die Verleger und die Journalisten. Und da er alles sagen will, sagt er auch Unangenehmes. Den Verlegern, daß sie den Zeitungen schaden, wenn sie das privatwirtschaftliche über das publizistische Interesse stellen, den Redakteuren, daß ihre Berufsbewegung nicht gerade vollkommen sei. Mit dem Ergebnis, daß er es mit beiden Teilen gründlich verdorben hat: Der „Zeitung-Verlag“, das Organ der Zeitungsverleger, schreibt: „Es zeigt sich hier in geradezu erschreckender Weise, daß ein Mann der Feder sich in vielfähriger, emsiger Arbeit so tief in den von ihm zusammengetragenen Berg von Papiernotizen hineingewühlt hat, daß er außer seinen Papierzetteln nichts mehr zu sehen vermag und keinerlei Ausblick mehr hat auf die ihn umgebende Wirklichkeit, auch nicht auf die ihm persönlich nächstliegenden tatsächlichen Verhältnisse. Daher wirkt das Kapitel über den Verleger so, als habe jemand ein Beschwerdebuch aufgelegt, in das nun jede abfällige Bemerkung, die irgendwo und irgendwann einmal gefallen ist, fein säuberlich eingetragen wurde.“ Und die „Deutsche Presse“, das Organ der Redakteure, sagt mit fast denselben Worten, Groth flicke der Berufsbewegung der Redakteure am Zeuge, wo er es irgend könne. „Aus der erdrückenden Schwere gesammelten geistigen Kraftaufwandes ist es zu verstehen, daß Groth hier der praktischen Wirklichkeit ein wenig entfremdet ist.“

Der Zorn der Berufsverbände droht Groth auch den Achtungserfolg zu nehmen, den sein Lebenswerk zumindest verdient. Man vergift: Hätte Groth dieses Werk nicht geschrie-

ben, dann hätte es keiner geschrieben. Daß er es so und nicht anders schrieb, mag bedauerlich sein; daß er es schrieb, ist ein Gewinn für die deutsche Zeitungswissenschaft, der nicht hoch genug gewertet werden kann. Der Inhalt des Werkes ist mit der Feststellung umrisSEN, daß es alles enthält, was die Zeitung betrifft. In einem kurzen ersten Buch wird die Theorie der Journalistik entwickelt, also Begriff und Bedeutung der Zeitung, öffentliche Meinung, Verhältnis zwischen Presse und Publikum, journalistische Mittel. Dann folgt als „spezielle Zeitungskunde“ die Geschichte des deutschen Zeitungswesens, die äußere Erscheinung — Kopf und Bild — der deutschen Zeitung, die Beschaffung und Herstellung des redaktionellen Inhalts, mit einer besonders gelungenen Darstellung des Korrespondenzwesens, der Zeitungsinhalt vom Leitartikel bis zum Zeitungsbild. Der zweite Band ist den äußeren Faktoren der Stoffbeeinflussung gewidmet: Regierung und Presse, Parteien und Presse, Interessenten und Presse; der dritte den technischen Einrichtungen und wirtschaftlichen Grundlagen des Zeitungsbetriebes, also vor allem Inseratenwesen und Vertrieb; der vierte den Zeitungsmenschen, Verlegern und Journalisten. Die letzten 200 Seiten füllt ein Literaturverzeichnis, das nicht weniger als 6000 Titel umfaßt.

Universell wie die Zeitung selbst ist Groths Werk über die Zeitung. Man wird es wenig loben und viel tadeln, aber — man wird es verwenden. Und das ist vielleicht besser, als nur gelobt und nicht gebraucht zu werden.

Berlin

Wolfgang Bretholz

Hesse, Dr. phil. Paul: Die Veroertung der Hauptbodenerzeugnisse und die Bodenbenutzung in den deutschen Wirtschaftsgebieten. Berlin 1930. Verlag von Paul Parey, VIII, 200 Seiten. — Preis 18 RM.

Die Arbeit versucht, die einzelnen deutschen Wirtschaftsgebiete daraufhin zu untersuchen, wo die von ihnen produzierten wichtigsten Bodenfrüchte schließlich Absatz finden. Dabei spürt Hesse besonders dem Wettbewerb des Auslandes innerhalb der einzelnen deutschen Wirtschaftsgebiete nach. Er kommt zu dem Schluß, daß eine Drosselung der Einfuhr nur dann möglich sein würde, wenn sich die deutsche Landwirtschaft bemüht, weitgehend gleichwertige Produkte als Ersatz auf den Markt zu bringen und wenn es ihr dabei gelingt, dem deutschen Bauern im Westen Deutschlands und in Nordeuropa wiederum feste Absatzgebiete zurückzuerobern.

Berlin

Hans Hirschstein

Jahrbuch der Filmindustrie, 4. Jahrgang; herausgegeben von Karl Wolffsohn. Berlin 1930. Verlag der „Lichtbild-Bühne“. 1026 Seiten. — Preis 30 RM.

Das neue, gegenüber den früheren Ausgaben erweiterte Jahrbuch gewährt wie seine Vorgänger einen guten Einblick in die Struktur der in- und ausländischen Filmindustrie. Neben ausführlichen Angaben über sämtliche Firmen und Verbände sind vor allem die Abschnitte über Filmproduktion und Filmkonsum, über den Filmauslandshandel sowie die Statistiken aus dem Lichtspiel-Gewerbe beachtenswert. Professor Dr. Hans von Eckardt, wissenschaftlicher Leiter des Heidelberger Instituts für Zeitungswesen, behandelt in einem Vorwort die Bedeutung des Films in kultureller Beziehung.

Kleis, Bürgermeister Friedrich: Das Tarifvertrags- und Schlichtungsvesen. Ratgeber über die Festlegung kollektiver Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Leipzig 1930. Friedrich A. Wordel-Verlag. 40 Seiten. Preis 0,70 RM.

Von der geschichtlichen Entwicklung der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen ausgehend, erläutert der Verfasser zunächst das Wesen des Tarifvertrags. Behandelt werden ferner die Zwangswirkung der Tarifverträge, das An- und Abmelden der Tarifverträge, vereinbarte Schlichtungsstellen, die behördlichen Schlichtungsausschüsse, die Tätigkeit der Schlichter sowie die Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen.

Jahrbuch der Frauenarbeit. Im Auftrage des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten E. V. herausgegeben von Dr. I. Silbermann. Berlin 1930. Verlag: Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten E. V. 136 Seiten. Preis 4,— RM.

Die Frauenarbeit in den Niederlanden (Dr. S. Gargas) — Alter und Familienstand der berufstätigen weiblichen Bevölkerung in Deutschland — Die Wirkung der Arbeitsschutzgesetze auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen (Helene Hennings) — Die berufstätige Frau in der Gesetzgebung (Margarete Schuckert) — Die Bedeutung kaufmännischer Ausbildung und Tätigkeit für den Hausfrauen- und Mutterberuf (Emmy Frein von Rössing) — Der Beruf der Stenotypistin (Oberregierungsrat Dr. Bode) — Die Verkäuferin (Katharina Müller).

Steuerstrafrecht und Steuerstrafverfahren nach der AO. Vorträge der 7. Reichssteuerwoche der Verwaltungss-Akademie Berlin. Mannheim — Berlin — Leipzig 1931. J. Bensheimer. 136 Seiten. — Preis 6 RM.

Die Tatbestände des Steuerstrafrechts (Rechtsanwalt Dr. R. Rosendorff). — Steuerumgehung und Strafbarkeit (Professor Dr. A. Hensel). — Buchführung und Steuerzuwiderhandlungen (Ministerialrat A. Kennerknecht). — Die Steuerberatung, ihre Bedeutung, ihre Aufgabe und ihr Strafrecht (Rechtsanwalt Dr. M. Lion). — Allgemeines Strafrecht und Steuerstrafrecht (Privatdozent Rechtsanwalt Dr. K. Ball). — Strafprozeß und Steuerstrafverfahren (Oberregierungsrat Groth) — Vorläufige Festnahme. Durchsuchung und Beschlagnahme (Reichsfinanzrat Bender) — Das Strafmaß im Steuerstrafrecht (Regierungsrat Dr. H. Lantke).

Zeitschriften - Literatur

Kempner, Paul: Finanzfragen der Osthilfe, insbesondere der Umschuldung. Bank - Archiv XXX. Jahrg. Nr. 12, 18. März 1931, S. 252.

Die Untersuchung bezieht sich, unter Ausschluß allgemeiner agrarpolitischer Gesichtspunkte, im wesentlichen auf die finanzielle Seite des Ostproblems. Innerhalb dieses Rahmens erfolgt eine sehr eingehende, alle Teilfragen würdigende Behandlung des Themas. Im Anschluß an den historischen Ablauf der Maßnahmen auf diesem Gebiet (Osthilfe von 1928/29, Notverordnung von 1930, Wandlungen des regionalen Geltungsbereichs der Subventionen) wird das Umschuldungsverfahren diskutiert und in seiner Grundidee gegen die von zwei Seiten kommenden Einwände verteidigt: gegen die Forderung, statt Subventionen an einzelne eine Lastensenkung und generelle Agrar rationalisierung durchzuführen, weil diesen Bedenken die dringende Not des Augenblicks gegenübergestellt werden muß; und gegen das Hugenberg-Projekt, das einen zu großen und nicht im voraus abschätzbaren Emissionsbetrag erfordert und für den Agrarkredit und den Reichskredit „indiskutabel“ ist, im Gegensatz zu dem „finanziell durchaus solide“ aufgebauten Entwurf. Im weiteren Verlauf wird die Neuorganisation der Bank für Industrie-Obligationen dargestellt und auf ihre Tauglichkeit geprüft. Eine Konkurrenz für die Banken befürchtet Kempner nicht, weil das Institut kein Depositengeschäft betreiben darf. Hinzu kommt die erwünschte Entlastung des Reichskredits durch Zwischen schaltung eines besonderen Instituts für diesen Sonderzweck. Nach vier Seiten hin werden die Geschäftsbeziehungen der Bank bei der Umschuldung verfolgt: gegenüber dem Landwirt (unter Berücksichtigung der Komplikationen, die durch etwaigen Widerspruch der Landstellen und die Einrichtung der Haftungsverbände entstehen), gegenüber den Gläubigern (unter Einschluß der Frage der „inneren Umschuldung“ mit Ablösungsscheinen und fallweiser Stillhaltung, gegen Reichs- und Landesbürgschaften), gegen das Reich, das zusammen mit dem Land einigermaßen theoretische Ausfallbürgschaften übernimmt und das der Bank die nicht durch Eingänge aus den Annuitäten der Schuldner gedeckten Aufwendungen ersetzt; schließlich gegen die

Stillhalter. Im Mittelpunkt stehen Berechnungen über den voraussichtlichen Gang der Entwicklung, die der Umschuldungsprozeß nehmen wird. In einer tabellarischen Übersicht werden den vorgesehenen Hypothekenausleihungen (unter Berücksichtigung der Tilgung der Anuitäten) die jeweils in den einzelnen Jahren in wechselnder Höhe zur Verfügung stehenden Mittel gegenübergestellt: aus der Industrieabfuhrung, den Darlehen der Rentenbank und der Preußenskasse, der auf drei Jahre verteilten inneren Umschuldung, den Reichszuschüssen. Mit eingerechnet ist die in den Anfangsjahren geplante größere Vorsanierung der künftig fälligen Aufbringungsbeträge in Höhe von 75 bzw. 135 Mill. RM. Daneben werden zur Ermittlung der Höhe der Reichszuschüsse die vermutlichen Einnahmen und Ausgaben der Entschuldungsabteilung der Bank während der Aufbauperiode einander gegenübergestellt. Für die folgende Zeit wird die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bank und der Hypothekeninvestition gleichfalls tabellenmäßig aufgezeigt.

E. D.

Altschul, Eugen: *Die Mathematik in der Wirtschaftsdynamik. Grundsätzliche Bemerkungen.* Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 63. Band, Heft 3, Juni 1930, S. 523.

Die ökonomische Theorie kann sich auf zwei verschiedene Arten der Mathematik bedienen. Einmal ist sie ihr ein Forschungsinstrument bei der *statischen* Untersuchung, d. h. bei der Betrachtung ökonomischer Datenänderungen unter der Voraussetzung ihrer Tendenz zum Gleichgewicht, zweitens aber bei der *dynamischen* Untersuchung, d. h. bei der Betrachtung wirtschaftlicher Vorgänge unter der Annahme, daß die Datenänderungen zu einer Sprengung der statischen Gleichgewichtstendenz führen. Im ersten Falle, der statischen Betrachtungsweise, sind die Beziehungen der Daten untereinander *eindeutig*; das adäquate mathematische Verfahren ist die *Differentialrechnung*. In der Dyna-

mik hingegen sind die Beziehungen der Daten untereinander *mehrdeutig*. Das spezifische Mittel, das angewendet werden muß, wenn es gilt, mehrdeutige Beziehungen zufälliger Variabler zu untersuchen, ist die *mathematische Statistik*. Freilich führt die Anwendung mathematischer Statistik, die Korrelationsrechnung, bei dynamischen Problemen zunächst nur zu einer Beschreibung der mehrdeutigen Beziehung zwischen den Variablen. Zum Übergang von der bloßen Beschreibung zur Erkenntnis gesetzmäßiger Zusammenhänge, auf die es auch der dynamischen Beobachtung ankommt, bedarf es einer qualitativen Analyse der zu untersuchenden Beziehungen, d. h. der Einsicht in die kausalnotwendige Verknüpfung von Datenänderungen. Aber diese Einsicht darf sich nicht auf die *Tatsache* des notwendigen Kausalzusammenhangs beschränken; ihr zur Seite muß eine Kenntnis von der *Art der Abhängigkeit* zwischen den Reihen treten. Sie ist dann gegeben, wenn die Beziehung zweier Reihen einem wahrscheinlichkeitstheoretischen Schema zugeordnet werden kann, d. h. einem der systematisierten Fälle des Zufallsspiels, die sich beim Ziehen von Kugeln aus einer Urne ergeben und je nach der Anordnung des Spieles verschieden geartet sind. In der *Auffindung des jeweiligen wahrscheinlichkeitstheoretischen Schemas* besteht also das eigentliche Problem der Anwendung mathematischer Methoden auf wirtschaftsdynamische Forschung. Ob bei der Untersuchung einer Reihe das richtige Schema angewendet wurde, dafür gibt es *kein formales Kriterium*. Selbst zur Klärung des wahrscheinlichkeitstheoretischen Charakters einer statistischen Reihe bedarf es deshalb wirtschaftstheoretischer Voraussetzungen. Wie sie gewonnen werden können, zeigt Altschul an einem sehr instruktiven Beispiel: der Beziehung von Produktionskosten zu den Preisen im Konjunkturverlauf. Aus der Analyse des Beispiels ergibt sich im einzelnen, wie wirtschaftstheoretische und mathematische Untersuchung kombiniert und damit eine sukzessive Annäherung an die Größenbeziehungen der Realität erreicht werden kann, die auf anderem Wege nicht möglich wäre.

J. S.

Briefe an den Herausgeber

Die Gemeindefinanzen in der Krise

Berlin NW 40, Alsenstraße 7.

In dem unter diesem Titel veröffentlichten Aufsatz in Nr. 12 des MdW sind Zahlen und Schlußfolgerungen enthalten, die der Berichtigung bedürfen, weil sie ein falsches Bild von der Lage der Gemeindefinanzwirtschaft aufzeichnen. In der nachfolgenden Aufstellung sind die Zahlen des Verfassers den Ermittlungen des Deutschen Städtebundes gegenübergestellt. Zu den einzelnen Posten der Rechnung wird folgendes bemerkt:

	Magazin der Wirtschaft	Deutscher Städtebund
I. Minusposten 1931/32	gegen 1928/29	
Rückgang der Überweisungssteuern ..	260 Mill. RM	260 Mill. RM
Rückgang der Gemeindesteuer ..	160 ..	160 ..
Mehraufwand f. Wohlfahrtsverbilos	650 ..	830 ..
Sonstiger Mehraufwand in der Fürsorge ..		75 ..
	1 070 Mill. RM	1 325 Mill. RM
II. Plusposten 1931/32	gegen 1928/29	
Bürgersteuer einschl. Verdoppelung ..	262 Mill. RM	262 Mill. RM
Biersteuer einschl. Verdoppelung	345 ..	275 ..
Getränkesteuern	60 ..	60 ..
Gehaltsabbau	125 ..	125 ..
	792 Mill. RM	722 Mill. RM
Nettomehrbelastung		
(Gegenrechnung I und II)	270 Mill. RM	600 Mill. RM
Zusätzlicher Rückgang an Überweisungssteuer 1931/32	90 ..	90 ..
	360 Mill. RM	690 Mill. RM
Ausgabendrosselung	150 Mill. RM	170-190 Mill. RM
Fehlbetrag 1931/32	210 Mill. RM	500-520 Mill. RM

Der Verfasser zeichnet zunächst eine Reihe von „Minusposten im Kommunaletat“ auf, indem er die Voranschläge

für 1931/32 denen des Jahres 1928/29 als dem letzten Jahre gegenüberstellt, in dem die Gemeinden in ihrer Gesamtheit ihre Haushaltspläne ungefähr ausgeglichen konnten. Er beginnt mit dem Rückgang des Ertrages der Reichsüberweisungssteuern, deren Richtigkeit einmal unterstellt werden soll. Anders steht es mit dem zweiten auch von dem Verfasser als entscheidend bezeichneten Belastungsposten der *Wohlfahrtsverbilos*. Hier kommt der Verfasser zu einer Mehrbelastung von 650 Mill. RM. Er geht aus von 1,6 Mill. Krisenunterstützten und Wohlfahrtsverbilos für 1931/32, die einen Aufwand von 1200 Mill. verursachen sollen. Auf Grund sorgfältiger Schätzungen rechnet dagegen der Städtebund mit 2 Mill. Unterstützungsbedürftigen in der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge und entsprechend mit einem Aufwand von 1400 Mill. Es ist nämlich mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Kreis der Erwerbslosen in der Wohlfahrtspflege und Krisenfürsorge auch im kommenden Haushaltsjahr über die Gegenwartszahlen hinaus noch ansteigt, auch wenn in der Arbeitslosenversicherung durch eine konjunkturelle Belebung ein Stillstand oder Absinken der Zahl der Unterstützungsmpfänger eintritt. Ähnlich wie der Verfasser setzt der Städtebund 420 (nicht 400) Mill. RM als Reichsanteil ab, ein Betrag, der schon gegenwärtig im Haushalt des Reichs für die Krisenfürsorge vorgesehen ist. Für die Gemeinden wird also der Aufwand 1931/32 nicht 800, sondern 980 Mill. betragen. Übereinstimmend mit dem Verfasser ist von diesem Betrage der Aufwand im Jahre 1928/29 in Höhe von 150 Mill. RM zur Berechnung des Mehraufwands im Jahre 1931/32 abzusetzen. Der Minusposten beträgt dann nicht, wie der Verfasser ansetzt, 650, sondern

850 Mill. RM. Übersehen hat der Verfasser bei den Minusposten eine Mehrausgabe von mindestens 75 Mill. RM, die über die Betreuung der Erwerbslosen hinaus in der sonstigen Fürsorge für Hilfsbedürftige angesichts der Wirtschaftsnot entstanden ist. Bei den Minusposten ergibt sich also nach den Ermittlungen des Städtetags insgesamt ein Mehr von 255 Mill. gegenüber den Berechnungen im MdW.

Der Verfasser errechnet dann eine Reihe von „Plusposten im Gemeindehaushalt“. Auch hier soll die Richtigkeit des Normalertrags der Bürgersteuer mit 150 Mill. RM unterstellt werden, wenn sie auch noch keineswegs erwiesen ist. Die Berechnung der Biersteuer beruht auf Zahlen, die von den Ermittlungen des Städtetags erheblich abweichen. Man wird der Aufkommensschätzung der Gemeindebiersteuer für 1931/32 nicht 50 Mill., sondern nur 40 Mill. hl zugrunde legen können. Für eine solche Annahme geben die Ergebnisse der Bierverbrauchsstatistik sichere Anhaltspunkte. Der Normalertrag der Biersteuer ist deshalb nicht mit 240, sondern mit 200 Mill. RM zu veranschlagen. Folgt man der Auffassung des Verfassers, daß die Biersteuer in Höhe des einfachen Satzes der Notverordnung wirklich in der Gesamtheit, also auch auf dem Lande, erhoben wird und in etwa drei Viertel des Reichsgebiets die doppelte Biersteuer Platz greift und auch eingeht, so ergibt sich unter Absetzung des Ertrags von 75 Mill. im Jahre 1928/29 ein Mehr an Gemeindebiersteueraufkommen von 275 und nicht, wie der Verfasser annimmt, von 345 Millionen RM. Die Höhe der übrigen Posten (Ertrag der Gemeindegetränkesteuer und die Minderausgaben bei den Beamtengehältern) wird in gleicher Weise wie seitens des Verfassers angenommen. Die Differenz in der Höhe der Plusposten beträgt danach 70 Mill. zu Ungunsten der Gemeinden. Im Gesamtergebnis der Gegenüberstellung der Minus- und Plusposten weisen die Gemeindefinanzen eine Verschlechterung von 600 Mill. und nicht, wie der Verfasser annimmt, von 270 Mill. RM auf. In Übereinstimmung mit dem Verfasser ist anzunehmen, daß die Verschlechterung der Gemeindefinanzen wahrscheinlich 1931/32 durch unvorhergesehnen Rückgang der Überweisungssteuern eine weitere Verschärfung um 90 Mill. erfährt, so daß die Gesamtverschlechterung der Finanzen im Haushaltsplan nach der Darstellung im „Magazin der Wirtschaft“ 360 Mill., nach der Berechnung des Städtetags jedoch 690 Mill. RM beträgt. Der Verfasser glaubt, die endgültige Höhe des gemeindlichen Fehlbetrages 1931-1932 mit 250 Mill. RM bemessen zu können, indem er Ersparnismöglichkeiten im Haushalt in Höhe von 150 Mill. für möglich hält. Der Städtetag kommt, indem er die Ausgabedrosselung sogar mit etwa 170 bis 190 Mill. annimmt, zu einem Gesamtdefizit von 500 bis 520 Mill. RM, ein Fehlbetrag, der nicht, wie der Verfasser anführt, nur 5%, sondern mehr als 10% des gemeindlichen Zuschußbedarfs darstellt.

Deutscher Städtetag

Nachwort der Redaktion

Vom Standpunkt der allgemeinen Finanzlage gesehen, besteht zwischen den Berechnungen der Zuschrift und unseren Schätzungen kein so wesentlicher Unterschied, wie es zunächst scheinen könnte. Die Zuschrift bestreitet nämlich nicht unsere Schätzungen des *Gesamtstandes* der im

nächsten Etatsjahr zu unterstützenden Erwerbslosen mit $3\frac{1}{2}$ Millionen, für die in der Tat gute Gründe sprechen, sondern nimmt nur eine andere Verteilung auf die Versicherungsanstalt einerseits, auf die Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge andererseits an, eine Anschauung, die letzten Endes die allgemeine Finanzlage in einem *besseren* und nicht in einem *schlechteren* Licht erscheinen läßt. Dean die Reichsanstalt würde bei Herabsetzung der Durchschnittszahl der von ihr zu Versorgenden um 400 000 statt eines Defizits von 250 Mill. einen Überschuß von 150 Millionen RM aufweisen — mit dem die Kommunen in der Tat rechnen —, während die Mehrbelastung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge durch diese 400 000 Erwerbslosen infolge des niedrigeren Unterstützungssatzes im ganzen nur 280—300 Mill. RM betragen würde. Es ist auch nicht richtig, daß wir die zusätzlichen Wohlfahrtslasten der sonstigen Fürsorge mit 75 Mill. überschreiten haben, vielmehr kommen diese in unserer Rechnung dadurch zum Ausdruck, daß wir zum Unterschied von den Kommunen bei 1,6 Millionen Krisen- und Wohlfahrtsunterstützten mit einem Durchschnittsunterstützungssatz von 750 RM statt nur von 700 RM gerechnet haben.

Ebenso ist die Differenz bei der Schätzung des *Biersteuerertrages* nicht erheblich. In dem Halbjahr Juni-Dezember 1930 betrug der Bierverbrauch 24,8 Mill. hl, worauf sich unsere Schätzung des Gesamtverbrauchs im nächsten Jahr gründet. Dabei gingen wir von der — an anderer Stelle näher begründeten — Annahme aus, daß sich die bei Steuererhöhungen im ersten Augenblick zu bemerkende Einschränkung des Verbrauchs mit der Zeit zum Teil wieder ausgleiche; jedenfalls ist es fraglich, ob man, wie die Zuschrift es will, den Verbrauch der drei letzten Monate des Jahres 1930 — Herbst- und Wintermonate — als Durchschnitt für das ganze Jahr ansehen darf. Es kann aber natürlich sein, daß das Ergebnis der Gemeindebiersteuer um 20—30 Mill. geringer ausfällt, als wir angenommen haben — diese Differenz liegt überhaupt im Rahmen der Fehlergrenze, mit der solche Schätzungen notwendig behaftet sind —, wie sich ja auch gegenüber den Annahmen unserer Aufstellung eine Verschlechterung unterdessen dadurch gezeigt hat, daß die vom Reichstag beschlossenen Sondersteuern für den Panzerkreuzer, die den Gemeinden größtenteils zuzuleiten waren, vom Reichsrat abgelehnt worden sind.

Die Gesamtdifferenz von 50—60 Mill. RM, die sich bei Annahme eines geringeren Biersteuer-Aufkommens und unter Berücksichtigung der eben erwähnten nachträglichen Änderung ergibt, wird aber, wie die Zuschrift selbst bemerkt, allein dadurch kompensiert, daß man mit dem Städtetag höhere Ersparnismöglichkeiten der Gemeinden annimmt. Im ganzen röhrt das in der Zuschrift errechnete Mehr an Kommunaldefizit also ausschließlich von der anderweitigen Verteilung der Erwerbslosen auf die beiden größten Sparten her, was im Endeffekt eine Erleichterung und keine Erschwerung der allgemeinen Finanzlage bedeutet; denn wie wir stets hervorgehoben haben, macht es die gegenwärtige Situation notwendig, alle etwaigen Überschüsse der Erwerbslosenversicherung — an die wir nur leider nicht glauben können — zur Sanierung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge zu verwenden.

Bilanzen

Commerz- und Privat-Bank

7% Dividende (i. V. 11%) — Effektenverluste

Der Abschluß der Commerz-Bank unterscheidet sich nicht sehr viel von dem der übrigen Großbanken. Die Dividende wird von 11 auf 7% herabgesetzt; darauf ist die Gewinnrechnung offensichtlich zugeschnitten. Bereits der Bruttogewinn wird um 2,74 Mill. niedriger ausgewiesen, wobei Zinsen um 2,42 und Provisionen um 0,28 Mill.

vermindert erscheinen. Der Rückgang der Zinseinnahmen beruht nach den Erklärungen der Bank, die hierin mit dem Bericht der DD-Bank übereinstimmt, auf einer *Verkleinerung der Zinsspanne*. Den verschiedenen Diskontsenkungen der Reichsbank in der ersten Hälfte des Jahres folgten bekanntlich die Habenzinsen für täglich fällige Einlagen nicht in vollem Umfang, was bei der Commerzbank infolge des hohen Anteils dieser Gelder besonders ins Gewicht fiel. Daß sich die Einnahmen aus *Provisionen*

ziemlich gut gehalten haben, überrascht einigermaßen, da der *Umsatz*, der von Doppelbuchungen bereinigt sein soll, von 139 auf 132 Milliarden sank. Dabei hat sich die Kontenzahl von 316 500 auf 358 400 erhöht. Sie ist vergleichsweise höher als bei der DD-Bank, was wohl mit dem stark ausgeprägten *Kleingeschäft* der Commerz-Bank und ihrem besonders dichten Filialnetz zusammenhängt. Der Rückgang des Bruttogewinns wird auch hier, ebenso wie bei der DD-Bank und der Dresdner Bank, mehr als ausgeglichen durch die Senkung der *Unkosten* (um 2,08 Mill.) und der Steuern (um 1,80 Mill.). In der Unkostensenkung drückt sich neben der Reduktion der sachlichen Ausgaben vor allem der Erfolg der im Jahre 1929 durchgeföhrten Fusion mit der Mitteldeutschen Creditbank aus. Die *Beamtenzahl*, die nach der Fusion vorübergehend 9400 betrug, war Ende 1929 auf 8525 zurückgegangen. 1930 wurde sie weiter auf 7600 vermindert; damit ist sie wesentlich niedriger als vor der Fusion. Im laufenden Jahr wird eine weitere Unkostenreduktion erwartet, durch den Abbau der Tarifgehälter und den Wegfall von Absindungen. Nach dem Muster der übrigen Großbanken nimmt auch die Commerz-Bank 4,62 Mill. Abschreibungen auf Effekten und Konsortien vor, die hier offen als „*Verluste*“ bezeichnet werden. Außerdem wurden die laufenden Gewinne auf Effekten- und Konsortialkonto, die immerhin noch einige Millionen erreichten, vorweg zu Abschreibungen verwandt. Wohl hauptsächlich hierdurch weist der *Wertpapierbestand* einen Rückgang von 30,08 auf 24,75 Mill. auf, wobei nicht bei der Reichsbank beleihbare Papiere (Aktien) nunmehr mit 22,52 (27,84) Mill. zu Buch stehen. Konsortialbeteiligungen sind dagegen mit 20,47 (20,20) Mill. noch etwas gestiegen. Von dem Reingewinn erfordert die Dividende 5,25 Mill., d. h. 3 Mill. weniger als im Vorjahr. Die Aufsichtsratstantieme sinkt um 0,45 Mill., der Vortrag bleibt unverändert.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31. 12. 29	31. 12. 30
<i>Einnahmen</i>		
Gewinnvortrag	1,832	1,842
Zinsen, Wechsel, Sorten und Kupons ..	34,809	32,378
Provisionen	40,313	40,032
<i>Ausgaben</i>		
Handlungs-Unkosten	55,934	53,851
Steuern	10,160	8,356
Verlust auf Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	—	4,621
Reingewinn	10,860	7,424
Dividende in %	11	7

Die *stillen Reserven* dürften auch bei der Commerz-Bank weiter zurückgegangen sein, da neben den Effektenverlusten auch erhebliche Debitorenabschreibungen zu berücksichtigen waren. Beides zusammen dürfte mindestens das Doppelte des ausgewiesenen Reingewinns erreichen. Die *Debitorenverluste* betrafen, entsprechend dem Geschäftsscharakter des Instituts, zahlreiche kleine Posten, während große Insolvenzen nur in wenigen Fällen zu verzeichnen waren. Dem Gesamtbetrag nach waren die Ausfälle natürlich größer als in den vorangegangenen Jahren. Die Gesamtsumme der Debitoren hat sich mit 808 (773) Millionen nochmals erhöht, fast ausschließlich durch die Gewährung von gedeckten Krediten. Unter den effektengedeckten Krediten von 144 (153) Mill. sind auch die in unbekannter Höhe laufenden Beleihungen an ein Konsortium befriedeter Aktionäre verbucht, das die Kursstützungen der Commerz-Aktien vornahm. Für eigene Rechnung hat die Bank in ihren Aktien nicht interveniert, infolgedessen entfällt auch der aus diesem Grund bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft entstandene Abschreibungsbedarf.

Auch bei der Commerz-Bank trat ein recht erheblicher *Kreditorenrückgang* ein, der durch die Ausdehnung der *Akzepte* nur teilweise ausgeglichen werden konnte. Zwar sind die Kundschaftskredite bei Dritten um 17 auf 255 und die Einlagen deutscher Banken um 12 auf 153 Mill.

gewachsen, aber die „sonstigen Kreditoren“ haben um 126 auf 1080 Mill. abgenommen, wobei der Rückgang fast ausschließlich auf die längerfristigen Kreditoren entfiel. Der Anteil des *Auslands* an den Gesamtkreditoren ist, ohne Berücksichtigung der 84 Mill. Dollar-Notes, auf 43 (45) % gesunken, wobei der Anteil der ausländischen Markeinlagen nur noch 4 (6) % beträgt. Die „*Devisenliquidität*“ hat sich mit 74 (70) % leicht gebessert.

(Mill. RM)	31. 12. 29	31. 12. 30
<i>Aktiva</i>		
Kasse, Sorten, Kupons	21,025	20,022
Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken	28,035	20,486
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	390,410	361,933
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis 3 Monaten	181,322	148,848
Reports und Lombards	124,763	89,875
Rembourskredite dinglich sichergestellt	113,122	151,951
Rembourskredite ohne dingliche Sicherstellung	105,455	82,985
Sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung marktgängiger Waren	34,260	30,256
Eigene Wertpapiere	30,077	24,750
dav. Anleihen u. Schatzanweisungen	0,884	0,435
sonstige bei Notenbanken lombardfähige Wertpapiere	1,343	1,789
sonstige börsengängige Wertpapiere	27,040	21,644
sonstige Wertpapiere	0,910	0,881
Konsortialbeteiligungen	20,205	20,473
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	10,877	10,962
Debitoren gedeckt	627,251	648,675
Debitoren ungedeckt	156,428	160,016
Avale	73,998	73,163
Bankgebäude	27,900	27,900
Sonstige Immobilien	5,400	5,400
<i>Passiva</i>		
Aktienkapital	75,000	75,000
Reserven	40,500	40,500
Kredite der Kundschaft bei Dritten	238,214	255,280
Guthaben v. Banken, Sparkassen usw.	141,299	152,654
Sonstige Kreditoren	1206,135	1080,569
Von den Guthaben und sonstigen Kreditoren sind:	590,708	581,430
innerhalb 7 Tagen fällig	701,401	609,717
bis zu 3 Monaten fällig	55,325	42,055
nach mehr als 3 Monaten fällig	80,476	109,070
Akzepte	84,000	84,000
Langfristige Anleihen bzw. Darlehen	73,998	73,163
Avale	0,046	0,056
Rückständige Dividende	10,860	7,424

Der Kreditorenabzug wurde hier wie überall, hauptsächlich durch eine Verringerung der *greifbaren Anlagen* bestritten. Die Barguthaben haben sich um 8,55 vermindert, die Wechsel um 28, Nostroguthaben um 32 und Reports und Lombards um 35 Mill. RM. *Warenvorschüsse* sind dagegen mit 265 um 12 Mill. gewachsen. Die Entwicklung der Debitoren, Effekten und Konsortien wurde schon erwähnt. Die *Liquidität* berechnet sich auf 56,7 (59,9) %, wenn man den Verbindlichkeiten die ersten sechs Aktivposten (einschl. der Warenvorschüsse) gegenüberstellt. Sie ist damit aber immer noch höher als bei anderen Großbanken.

Im neuen Jahr hat sich nach dem Bericht das Geschäft etwas gebessert, aber die Umsätze seien immer noch niedrig (vgl. die letzte Bilanzbesprechung Jahrg. 1930, Nr. 12).

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Senkung der Dividende von 8 auf 5 % — Mäßiger Rückgang der Kreditoren — Abnahme der liquiden Mittel

Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (Adca) hatte als einzige Großbank bereits für 1929 ihre Dividende von 10 auf 8 % ermäßigt. Für 1930 geht sie nunmehr auf 5 % herab, womit sie die *niedrigste Dividende aller Großbanken* ausschüttet. Die andere große Provinzialbank, der Barmer Bank-Verein — die „gemischten“ Bankinstitute Bayerns befinden sich durch ihr Hypothekargeschäft ohnedies in einer besonderen Lage — scheint besser gearbeitet zu haben als die Adca; er bringt bekanntlich 8 % Dividende zur Verteilung. Freilich ist die Geschäftssstruktur

der beiden Banken ganz verschiedenartig. Bei etwa gleichem Kapital und gleicher Bilanzsumme erzielte der *Barmer Bank-Verein* mit fast 50 Milliarden Umsatz an Zinsen und Provisionen nur 13 Mill. RM, wovon Unkosten 7,2 und Steuern 2,8 Mill. RM verschlangen. Die Adca weist dagegen trotz eines nur 22 (im Vorjahr 24) Milliarden erreichenden Umsatzes einen Bruttogewinn von etwa 19% Mill. RM aus, von dem die Unkosten 14,02 und Steuern 2,06 Mill. RM beanspruchen. Der Geschäftskreis der Adca dürfte sich also in weit größerem Umfang als bei dem rheinischen Institut auf *Kleinkundschaft* erstrecken, die einerseits höhere Einnahmen bringt, andererseits aber höhere Unkosten macht.

Ebenso wie schon für 1929 glaubt die Adca bemerken zu können, daß die Verhältnisse in Sachsen noch schwieriger lagen als im übrigen Reich, wovon die Bank natürlich stark betroffen wurde. Bildeten im vorigen Jahr die Effektenbestände die Hauptursache der Verluste, so waren es diesmal offenbar die *Debitorenausfälle*. Zahlenmäßige Anhaltspunkte gibt zwar der Bericht für keinen dieser beiden Posten; der Rückgang der „sonstigen Wertpapiere“ von 8,59 auf 5,58 Mill. RM und der Konsortialbeteiligungen von 6,76 auf 5,02 Mill. RM läßt jedoch einen erheblichen *Abschreibungsbedarf* vermuten, da nur ein kleiner Teil des Rückgangs mit Verkäufen (u. a. von Thüringer Gas Aktien) zusammenhängen dürfte. Zinsen werden mit 10,19 um 1,22 Mill. RM niedriger ausgewiesen, wobei die Bank von unbefriedigender Zinsspanne spricht, obwohl das Zinsenkonto bei ihr im Vergleich mit anderen Banken recht viel erbracht hat. Provisionen treten mit 8,96 um 1,31 Mill. RM niedriger in Erscheinung, während *Beteiligungen* mit 0,55 Mill. RM eine Kleinigkeit mehr erbracht. Wieviel von diesen Posten vorweg zur Deckung der Verluste auf Effekten und Debitoren abgeschrieben wurde, entzieht sich der Kenntnis.

Auf der anderen Seite ergab sich bei den *Unkosten* eine Ersparnis um 0,84 und bei *Steuern* ein Rückgang um 0,26 Mill. RM, während *Soziallasten* mit 1,38 (1,21) Millionen RM wiederum mehr erforderlich waren. Die Zahl der Angestellten konnte von 2765 auf 2591 ermäßigt werden. Der *Reingewinn* ist (ohne Berücksichtigung des Vortrags) mit 1,78 Mill. RM gegenüber dem Jahre 1929 halbiert; gegenüber 1928 macht er nur noch etwa 40 % aus. Durch die Dividendensenkung werden 1,20 Mill. RM eingespart, an Aufsichtsrats-Tantieme weitere 50 000 RM. Der Vortrag ist auf 200 000 RM gesunken.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31. 12. 26	31. 12. 27	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
<i>Einnahmen</i>					
Gewinnvortrag	0,039	0,049	0,054	0,060	0,265
Zinsen, Wechsel und Devisen ..	9,753	10,644	11,005	11,414	10,192
Provisionen	7,977	9,035	10,025	10,277	8,960
Dauernde Beteiligungen	0,307	0,402	0,404	0,267	0,349
Effekten- u. Konsortialgeschäfte	1,978	1,048	0,750	—	—
<i>Ausgaben</i>					
Steuern und sonstige Abgaben	1,566	1,829	2,125	2,319	2,058
Wohlfahrteinrichtg., Beamtenabfindg. und sonstige Lasten	1,247	1,122	1,189	1,210	1,380
Gehälter u. Handlungskosten	13,772	13,656	14,595	14,865	14,020
Reingewinn	3,469	4,572	4,328	3,625	2,307
Dividende in %	10	10	10	8	5

Der *Kreditorenrückgang* um 23 Mill. RM war bei der Adca kleiner als bei anderen Banken. Das hängt z. T. damit zusammen, daß die Bank von jeher weniger mit Auslandsgeld arbeitet als andere große Institute. Der Anteil des *Auslands* an den Gesamtkreditoren ging weiter auf 28% (Vorjahr 31%, 1928 noch 32%) % zurück, obwohl die *Kundschaftskredite* bei Dritten (und dementsprechend die Warenvorschüsse auf der Aktivseite) wieder um einige Millionen wuchsen. Der Rückgang betraf namentlich die „sonstigen Kreditoren“ und hier vor allem die 7 bis 90 Tage laufenden, die um fast 20 Mill. RM abnahmen. Die Erhöhung der *Akzepte* war im Gegensatz zu anderen Banken nur mäßig; diese erreichen knapp 60 % der Eigenmittel, während sie bei manchen anderen Banken schon auf mehr als 100 % angewachsen sind.

(Mill. RM)	31. 12. 26	31. 12. 27	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
<i>Aktiva</i>					
Kasse, Sorten, Kupons	6,645	13,021	6,822	6,305	7,650
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	64,866	74,854	10,763	12,426	6,468
Schecks, Wechsel- u. unverzinsliche Schatzanweisungen	20,244	25,621	40,411	39,934	41,655
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten	—	—	39,465	38,902	39,276
davon innerhalb 7 Tagen fällig	12,624	11,569	7,506	6,415	3,769
Reports und Lombards	—	—	2,147	1,587	0,608
Rembourskredite, dinglich sichergestellt	11,278	29,607	27,497	27,702	38,101
Rembourskredite, dinglich nicht sichergestellt	10,264	21,429	35,743	34,046	30,113
Sonstige Kredite gegen Verpfändung marktgängiger Waren	—	—	4,534	4,955	2,279
Eigene Wertpapiere	9,121	16,683	15,362	10,882	8,243
davon Anleihen und Schatzanweisungen	0,367	0,890	0,427	0,399	0,016
sonstige bei Notenbanken lombardfähige Wertpapiere	0,989	0,388	0,135	0,137	0,693
sonstige börsengängige Wertpapiere	5,621	13,110	13,027	8,588	5,575
sonstige Wertpapiere	2,144	2,295	1,722	1,758	1,958
Kontofertalbeteiligungen	4,525	5,600	6,677	6,761	5,018
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	4,755	4,870	5,275	5,343	5,333
Debitoren, gedeckt	85,283	108,660	138,851	150,089	153,008
Debitoren, ungedeckt	23,506	49,043	46,012	55,471	49,182
Avale	8,128	11,511	16,720	17,180	9,650
Bankgebäude	15,400	15,600	15,653	15,677	16,266
Sonstige Immobilien	0,519	0,472	0,494	0,508	0,723
Mobilien	0,001	0,001	0,001	0,001	0,001
<i>Passiva</i>					
Aktienkapital	26,000	40,000	40,000	40,000	40,000
Reserven	6,000	11,000	11,000	11,000	11,000
Seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	20,265	49,201	68,852	65,017	69,318
Guthaben von Banken und Sparkassen	23,204	18,383	23,963	19,967	21,235
Sonstige Kreditoren	178,380	226,826	271,055	286,280	258,209
Von den Kreditoren und Guthaben sind fällig :					
innerhalb 7 Tagen	100,528	102,843	124,522	115,995	114,255
bis zu 3 Monaten	63,572	100,201	140,655	150,100	130,853
nach mehr als 3 Monaten	14,280	23,783	29,842	40,152	34,336
Akzepte	11,666	26,010	22,784	26,450	28,790
Avale	8,128	11,511	16,770	17,180	9,650
Nicht erhobene Dividende	0,044	0,037	0,031	0,034	0,031
Reingewinn	3,469	4,572	4,328	3,625	2,307

Die Aktivseite der Bilanz hat sich ähnlich entwickelt wie bei den übrigen Banken. Die sogenannten *liquiden Anlagen* haben von 208 auf 191 Mill. RM abgenommen, wobei im einzelnen die Barguthaben um 5, die Wechsel um 15 und Reports und Lombards um 3 Mill. sanken, Warenvorschüsse aber um 4 und Nostroguthaben um 2 Mill. RM höher erscheinen. Dagegen konnten die *Debitoren* nur ganz wenig reduziert werden, wobei — wie überall — die gedeckten Kredite auf Kosten der ungedeckten stiegen. Das *Effektenkonto* hat sich in den beiden letzten Jahren fast halbiert. Beteiligungen sind unverändert. Die Anhalt-Dessauische Landesbank erbrachte wieder 8 % und die Amsterdamsche Crediet Mij 4 (0) %. Bankgebäude stehen leicht erhöht zu Buch infolge der Übernahme der Zeitzer Firma Kühne & Ernesti sowie eines Umbaus in Naumburg. Bürgschaften sind mit 9,65 (17,18) Mill. RM ziemlich stark verringert. (Vergleiche die letzte Bilanzbesprechung Jahrg. 1930, Nr. 11.)

Wintershall AG

Undurchsichtiger Abschluß — 8 % Dividende

Der Jahresabschluß der Wintershall AG für 1930 zeichnet sich noch durch größere Undurchsichtigkeit aus, als sonst bei dem Rechnungswerk dieses Konzerns üblich ist (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 26, S. 1233). Die Dividendenherabsetzung von 12 auf 8 % wird mit Abschreibungen auf Wertpapiere begründet, hinter denen man die von der Kalibank AG übernommenen Wintershall-Kuxe oder auch die Minderheitsbeteiligung an der Hannoversche Industrie AG vermutet. Während eine Abschreibung auf Wintershall-Kuxe materiell einer Abschreibung auf eigene Aktien gleichzusetzen wäre, also eine Reservenbildung darstellen würde, müßte man in einer Abschreibung auf die ziemlich abseits

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
<i>Einnahmen</i>					
Gewinnvortrag	0.017	0.050	0.116	0.355	0.109
Roh-Uberschuss	38,475	51,229	68,849	68,170	59,476
<i>Ausgaben</i>					
Geschäftskosten u. Abgaben ..	10,414	8,979	13,046	13,733	14,060
Stillegungsschädigungen	—	0,360	—	—	—
Anleihedienst und Zinsen	5,366	9,001	8,870	9,590	9,675
Wohlfahrtsauswendungen	0,188	0,271	0,351	0,320	0,340
Abschreibungen	8,718	18,152	21,006	20,773	19,288
Gewinn	13,807	14,516	25,692	24,109	16,023
Dividende in %	12	12	12	12	8

liegende Beteiligung an der hannoverschen Elektro-Holding das Eingeständnis erblicken, daß dieses wesensfremde Geschäft mit erheblichen Einbußen verbunden war. In der Generalversammlung sollte hierüber nähere Auskunft geben werden.

Die Höhe des Abschreibungsbetrags ist gelegentlich mit rund 10 Mill. RM angegeben worden; das Rechnungswerk selbst gibt hierüber keinen Aufschluß, denn die Abschreibung wurde offenbar zu Lasten des in einem Posten ausgewiesenen Betriebsüberschusses vorgenommen. Um aus diesem verringerten Betriebsüberschuß 8 % Dividende zahlen zu können, mußten die Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um rund 1,5 Mill. RM reduziert werden. Gleichwohl zeigen die Anlagewerte eine erneute Steige-

Bilanz

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
<i>Aktiva</i>					
Bergwerksgerechtsame	27,292	32,488	29,802	26,023	24,135
Grundbesitz	4,850	4,580	5,042	5,646	6,169
Bergwerksanlagen	51,006	50,470	46,705	46,450	57,434
Fabrikantlagen	39,967	32,329	28,058	37,090	37,737
Hilfsanlagen	30,846	30,285	25,362	24,699	29,187
Wohnhäuser	7,844	7,972	7,537	7,581	7,477
Patente und Lizizenzen	0,018	1 RM	1 RM	1 RM	1 RM
Vorräte für Betrieb u. Anlagen	4,069	4,957	6,034	7,275	4,960
Rohsalz- u. Fabrikatebestände	11,400	10,330	11,575	16,518	20,089
Kasse	0,043	0,034	0,051	0,031	0,043
Beteiligungen	19,858	23,034	20,391	26,572	16,370
Recht auf Übernahme v. Aktien	1,000	0,262	—	—	—
Wertpapiere	0,015	0,832	0,830	0,018	0,379
Schuldscheine	0,812	—	—	—	—
Stammmeinlagen bei Verkaufsvereinigungen	0,546	0,585	0,599	0,598	0,702
Bankguthaben	—	32,598	78,536	82,093	71,454
Hypotheken	0,569	0,810	1,325	1,597	1,645
Sonstige Schuldner	82,362	55,689	125,216	130,916	113,313
Disagio für die 7 % £-Anleihe des Deutschen Kalisindikats	11,586	—	—	—	—
Bürgschaften	135,724	150,610	146,134	171,065	173,391
<i>Passiva</i>					
Aktionäerkapital	120,000	120,000	200,000	200,000	200,000
Reservefonds	17,109	17,109	18,663	20,000	20,000
Aufgewertete Teilschuldverschreibungen	0,405	0,469	0,466	0,463	0,559
Hypotheken	0,078	0,085	0,084	0,084	0,037
Valutaverbindlichkeiten aus d. Jahr 1918	6,595	6,605	6,605	—	—
4½ % Schweizer Franken Anleihe	1,432	1,432	1,432	1,432	1,432
Kapitallanzuhälften für getauschte Schuldscheine	0,558	0,503	0,448	0,393	0,337
7 % £ - Anleihe des Deutschen Kalisindikats	97,429	96,510	94,678	92,767	97,437
6½ % Guldenanleihe	—	—	—	18,192	13,518
Beamten-Pensionsfonds des Werkes Glückauf	0,135	0,135	0,135	0,135	0,135
Gläubiger	36,540	29,896	39,460	55,534	41,815
Reingewinn	13,807	14,516	25,092	24,109	16,023
Bürgschaften	135,724	150,610	146,134	171,065	173,391

rung um rund 14,7 Mill. RM. Da sich am 31. Dezember 1929 die Buchwerte des von der Wintershall AG übernommenen Sauer-Konzerns auf rund 9 Mill. RM beliefen, ergibt sich ein Bruttozugang neuer Anlagewerte von rund 25 Mill. (vor den Abschreibungen von 19,3 Mill.), ein Zugang, über den im Geschäftsbericht jede Aufklärung fehlt.

Die Übernahme der Sauer-Beteiligungen durch die Wintershall AG erfolgte bekanntlich insofern programmwidrig, als eigentlich die früheren elsässischen Gewerkschaften des Konzerns nach ihrer Umwandlung in Gewerkschaften preußischen Rechts die Sauer-Gewerkschaften hatten übernehmen sollen. Ohne irgendwelche Erklärung des jetzt eingeschlagenen Weges, die Sauer-Gewerkschaften auf die Wintershall AG selbst zu übernehmen, bemerkt der Bericht lakonisch, daß die früheren elsässischen Gewerkschaften auch jetzt noch kein neues Betätigungsgebiet gefunden hätten.

Die zur Mobilisierung der Reichsentschädigung dieser Gewerkschaften aufgenommene Gulden-Anleihe erscheint zum ersten Mal in der neuen Bilanz der Aktiengesellschaft. Ein Gewinn aus der Entschädigungsleistung des Reichs, die früher kaum aktiviert gewesen sein dürfte und eigentlich jetzt einen Niederschlag in der Wintershall-Bilanz gefunden haben müßte, wird jedoch nicht ausgewiesen. Dagegen weist das Anleihe-Konto eine überraschende Verschiebung auf. Die im Jahre 1929 aufgenommene letzte Tranche der Kali-Syndikatsanleihe ist aus der Bilanz verschwunden und von der Gewerkschaft Wintershall übernommen worden, ohne daß ersichtlich würde, welche Aktivwerte gleichzeitig auf die Gewerkschaft übertragen wurden. Man ist versucht, anzunehmen, daß gegen diese Schuld der größte Teil der (ursprünglich treuhänderischen) Verpflichtung der Gewerkschaft aus der Übernahme von Vorratsaktien der Aktiengesellschaft Wintershall aufgerechnet wurde. Dadurch, daß gleichzeitig jetzt auch der Anteil der Sauer-Gewerkschaften an der Syndikatsanleihe in der Wintershall-Bilanz erscheint, bleibt jedoch die Anleiheschuld des Unternehmens unverändert. Ungeklärt ist, ob die Gewerkschaft Wintershall bei der Übernahme der Anleihe auch einen entsprechenden Teil des Disagios vergütet erhielt, das die Aktiengesellschaft bereits 1929 abgeschrieben hatte.

Offenbar im Zusammenhang mit den Transaktionen auf den Anleihekonten und den Wertpapierabschreibungen zeigen Bankguthaben (zu einem erheblichen Teil wohl bei der Konzernbank) und sonstige Schuldner (offenbar darunter die Gewerkschaft Wintershall) einen Rückgang um rund 28 Mill. RM, während — dem Zufluß neuer Mittel aus der Holland-Anleihe entsprechend — die Kreditoren einen Rückgang um 13,7 Mill. RM aufweisen.

Die Angaben über die Betriebsverhältnisse sind im neuen Bericht bis auf eine knappe Mitteilung über den Anteil des Konzerns am Kaliabsatz und einen Hinweis auf die bereits bekannten Stillegungs- und Arbeitsstreckungsmaßnahmen des Unternehmens verschwunden. Insbesondere über die Betätigung auf dem Gebiet der chemischen Industrie und über die Expansion in der Erdölgewinnung werden keine Mitteilungen gemacht.

Marktberichte**Die Konjunktur**

Generalversammlungen und Tagungen wirtschaftlicher Verbände gaben in den letzten Wochen den deutschen Wirtschaftsführern mehrfach Gelegenheit, ihre Meinung über die gegenwärtige Wirtschaftslage zu äußern. Der optimistischen Rede von Hermann Bücher auf der Generalversammlung der AEG und der weit pessimistischeren Ansprache von Dr. Vögler an die Aktionäre der Vereinigte Stahlwerke AG folgten in der vergangenen Woche u. a. eine Rede von Carl Duisberg vor bayerischen Industriellen

in München und ein Vortrag von Dr. von der Porten vor dem Gesamtausschuß zur Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft. Duisberg hat nur mit großer Vorsicht eine konjunkturelle Diagnose der gegenwärtigen Lage gestellt; in den schwachen Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung erblickte er mit Recht großenteils Saison-einflüsse. Immerhin sei es „bei jedem Konjunkturaufschwung ein relativ sehr kleiner Anstoß, der die Unternehmungslust wieder wachruft, dem Kapital Anlagereiz bietet und so die Räder wieder dreht und die Schornsteine zum Rauchen bringt“. Weit präziser, deshalb aber auch weit

kühner äußerte sich Dr. von der Porten, der die Lage durch das Schlagwort kennzeichnete: „Die Krise ist vorüber, die Depression hat begonnen.“ Wie seine näheren Ausführungen zu diesem sonst recht mißverständlichen Satz zeigen, glaubt er, daß sich die wirtschaftliche Lage nicht weiter verschlechtern, aber auch nicht plötzlich verbessern wird — eine Ansicht, die gegenwärtig fast überall vertreten wird und wohl auch mit der Diagnose des Instituts für Konjunkturforschung übereinstimmt. Außerungen dieser Art sind nicht nur deshalb interessant, weil sie ein sachliches Urteil der im Wirtschaftsleben stehenden Männer wiedergeben, sondern auch deshalb, weil sie einen Einblick in die Stimmung der Industriellen gewähren und selbst auf die Stimmung breiter Kreise einen Einfluß ausüben. Da zahllose wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht nur auf Grund der Einsicht in objektive Tatbestände, sondern auch unter subjektiver Bewertung der Zukunftsaussichten gefällt werden müssen, kommt diesen Stimmungsfaktoren eine große Bedeutung zu. Will man mit Prof. Ernst Wagemann („Deutsche Wirtschafts-Zeitung“, Heft 13/14) annehmen, daß die Industrieführer im Vertrauen auf die unbegrenzte Macht des technischen Fortschritts meist zu einem unentwegten Optimismus neigen, während die Landwirte aus Resignation gegenüber den Launen der Natur Pessimisten zu sein pflegen, so müssen allerdings die neuesten Äußerungen der Industriellen eher als ein Symptom für eine ungünstige als für eine günstige Lage angesehen werden.

Ausgesprochen gute Meldungen liegen gegenwärtig aus dem Textilgewerbe vor. Begünstigt durch das Anziehen der Rohstoffpreise, hat die saisonmäßige Belebung der Produktion stark zugenommen. Die Aufträge sollen zwar durchweg klein und mit äußerst kurzen Lieferfristen verknüpft sein; außerdem scheinen sie sich hauptsächlich auf billige und mittlere Qualitäten zu erstrecken; dennoch erblickt man in dieser Kauflust ein Symptom für eine baldige Besserung der Gesamtlage, zumal die Belebung bei sämtlichen Zweigen der Textilindustrie — Wolle und Baumwolle, Leinen und Seide — festzustellen ist.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Der Quartalsultimo

Der März-Ultimo äußerte sich diesmal lediglich in einer Steigerung der Sätze für tägliches Geld, das am 31. März auf 5½—6½ % anstieg, nachdem schon am 30. März Geld über Ultimo mit 6—8 % bezahlt worden war. Im übrigen hinterließ der Ultimo auf dem Geldmarkt keinerlei Spuren. Weder hat der Satz für Monatsgeld (5½—6 %) nachgelassen, noch hat auf der anderen Seite der Privatdiskontsatz, obwohl das Angebot Ende voriger Woche etwas reichlicher war, über 4½ % angezogen. Am letzten Märztag konnten sogar wieder Schatzwechsel mit Fälligkeit Anfang Juli platziert werden.

Die Verkehrs-Kredit-Bank, die schon im Januar und Februar 80 Mill. RM gekündigt hatte, hat jetzt nochmals 30—40 Mill. RM vom Markt zurückgezogen, großenteils von öffentlichen Instituten, die dafür den Markt um so stärker mit ihren Geldansprüchen belasten. Es handelt sich bei den Kündigungen der Verkehrs-Kredit-Bank weniger um eine Vorsorge für die Reichsbahn als um eine Geldbeschaffung zwecks Vorauszahlung der Dividende auf die in Reichshand befindlichen Reichsbahn-Vorzugsaktien, während im übrigen die Reichskasse zur Überwindung des Quartalsultimos keiner Hilfmaßnahmen bedurfte.

1931	Berlin			Frankfurt a. M.			
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliche Geld	Monats- geld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
28.3.	4½	4½	3 — 4½	6½ — 7	5½	8	5
29.3.	4½	4½	4 — 4½	5½ — 7	5½	3	5½
30.3.	4½	4½	4½ — 5	5½ — 7	5½	3½	5½
31.3.	4½	4½	5 — 6	7½ — 8	5½	4½	5½
			5 — 6½	5½ — 7	5½	5	5½
			6 — 7	6½ — 7	5½	5	5½

Ein Rückschlag auf dem Devisenmarkt

Die Zuflüsse von *Auslandsgeld*, die namentlich auch aus kleineren Ländern (Belgien und Schweiz) zu verzeichnen waren und den Satz für Leihdollars auf 3½—4½ % gedrückt haben, ließen unter dem Eindruck der deutsch-österreichischen Zollunion in den letzten Märztagen etwas nach; namentlich von französischer Seite soll wieder etwas Zurückhaltung spürbar geworden sein. Abziehungen sind jedoch nicht erfolgt, und deshalb muß man die *Wiederabschwächung der Mark*, die den Dollarkurs am 31. März auf 4,20 steigen ließ, die Erhöhung des Pfundkurses auf 20,40 und des französischen Franc auf 16,43 mit anderen Ursachen erklären. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Devisenabschwächung in der letzten Zeit hauptsächlich auf den Eingang des Überbrückungskredits für die Stadt Berlin zurückzuführen war. Das Devisenangebot aus dieser Quelle hat inzwischen aufgehört; außerdem waren bei dem niedrigen Stand des französischen Franc (16,41 am 28. März) verschiedene *Goldimporte* möglich. Der Goldimportpunkt lag zwar noch etwas tiefer (etwa bei 16,39%); aber infolge einer günstigen Kursrelation zum Pfund haben trotzdem zwei Goldtransaktionen zwischen Paris und Köln stattgefunden. Die eine wurde am 30. März von der Darmstädter und Nationalbank und ihrer Pariser Bankverbindung im Umfang von 2 Mill. RM durchgeführt, die zweite im Umfang von 2 Mill. RM durch Lazard Frères. Auch dadurch wurde der Devisenmarkt verknapppt, der obendrein im April eine Nachfrage für etwa 100 Mill. RM Reparationsdevisen zu gewähren hat. Ob sich unter diesen Umständen trotz der Verbesserung in der Deckungsposition der Reichsbank die Hoffnungen auf eine — wenn auch nur geringfügige — Diskontermäßigung der Reichsbank im April verwirklichen werden, ist zunächst noch ungewiß. Die eingetretene außenpolitische Spannung wird jedenfalls die Neigung der Reichsbank, einen solchen Schritt zu unternehmen, nicht erhöhen.

Berlin	Mittelkurs:	25.3.	26.3.	27.3.	28.3.	29.3.	30.3.	31.3.
New York		4,19½	4,19½	4,19½	4,19½	4,19½	4,19½	4,20
London		20,9	20,88	20,9	20,88	20,88	20,89	20,40

Die Emissionen im April

Gleich zahlreichen anderen Städten hatte Heidelberg am 1. April 5 Mill. RM 5%ige Schatzanweisungen, die im Jahre 1928 zu 99½ % begeben waren, zu 108 % zurückzuzahlen. Die Beratungsstelle hat der Stadt, die eine Barrückzahlung nicht vornehmen kann, die Ausgabe eines gleichen Betrages zweijähriger 7%iger, zu pari rückzahlbarer Schatzanweisungen genehmigt, die freilich jetzt nur zum Kurse von 95½ % angeboten werden können. Auch ihnen steht das Recht des Umtauschs in eine 7%ige langfristige Heidelberger Stadtanleihe zu 91 % zu. Damit die Stadt nicht in Verlegenheit kommt, hat das Konsortium, das den freihändigen Verkauf der neuen Schatzanweisungen betreibt, bis zum Oktober einen *Zwischenkredit* von 4,7 Mill. RM eingeräumt, dafür aber einen Zinssatz von 1 % über Lombardsatz zuzüglich ½ % Quartalsprovision berechnet. Auch im übrigen beschränkte sich die Emissionsaktivität im März fast ausschließlich auf *Konversionsangebote*. Neu emittiert wurden nur die 20 Mill. RM 5%ige Schatzanweisungen der Provinz Sachsen und die 6 Mill. RM 7%ige Anleihe des Ruhrverbandes.

Die Warenmärkte

Der größte Teil der Märkte ist in der Berichtszeit wieder ziemlich scharf abgeflaut, und wenn während der letzten Wochen einer der

Kolonialwarenmärkte

festere Haltung zeigte — es handelt sich um den Zuckermarkt —, so ist das lediglich die Folge davon, daß die Hoffnungen auf ein Ingangsetzen des Chadbourne-Plans weiter gewachsen sind. In Deutschland ist das Zwangskartell verfügt, auch der javanische Volksrat hat den Vorschlägen der Regierung zugestimmt und es macht den

Eindruck, als ob sich auch die übrigen in Frage kommenden Länder zunächst mit den im Kartellplan vorgesehenen Einschränkungen abfinden würden. Allerdings hat in Java z. B. der Widerstand zugenommen, aber das ist der gesetzlichen Lage gegenüber zunächst bedeutungslos. Über die tatsächlichen Anbauflächen wird wohl die in diesen Tagen herauskommende Lichtsche Statistik ein etwas klareres Bild geben. — Alte, vor einigen Jahren in Deutschland zuerst angeregte Pläne — Vergällung von Zucker, die ihn nur zu Futterzwecken brauchbar macht — scheinen jetzt in Kuba aufgenommen zu werden, um Teile des Futter-Überschusses auf den Futtermittelmarkt in der Union bringen zu können.

Die Haltung des *Kautschukmarktes* stand in ausgesprochenem Gegensatz zu der eben geschilderten. Hier zeigen sich innerhalb der holländischen Pflanzungsgesellschaften ebenfalls scharfe Widerstände, da aber keine gesetzlichen Bindungen vorliegen, so bedeuten die Austritte vorerst ein ausgesprochenes Scheitern der Einschränkungsverhandlungen. Daß das der Markt mit scharfen neuen Preisrückgängen beantwortete, kann nicht verwundern.

Auch der *Kaffeemarkt* lag flau und streifte wieder die bisher niedrigsten Notierungen. Von neuen Gründen für die Rückgänge kann kaum gesprochen werden, in der Hauptsache handelt es sich immer wieder um die riesigen Bestände, insbesondere in Brasilien, und um das Unvermögen der brasilianischen Regierung, die Lage zu meistern. Überdies deuten die Wettermeldungen eher auf eine recht gute kommende Ernte als auf die erhoffte Mißernte.

Auch die

Getreidemarkte

lagen bei stilem Geschäft meist gedrückt. Die Verflauung zeigte sich diesmal auch bei Manitobaweizen ziemlich deutlich. Zu einem Teil handelt es sich noch immer um Nachwirkungen des im vorigen Bericht besprochenen Beschlusses des Bundesfarmamts, seine Stützungstätigkeit mit der kommenden Ernte einzustellen. Das Amt hat den Beschuß mit dem neuen dringenden Rat begleitet, die *Anbaufläche* einzuschränken. Aber in der Union wird Sommerweizen auf einem runden Viertel der gesamten Anbaufläche gezogen, und die Winterweizensaat steht sehr gut, so daß die Aussichten für eine kleinere Ernte in der Union vorläufig nicht besonders groß sind. Weder in Kanada — wie jüngst berichtet — noch in Europa sprechen die Anzeichen für einen schärferen Rückgang der Anbauflächen; daß z. B. Rumänien von Staats wegen in großem Umfang Saatgut zur Verfügung stellt, ist eher ein Anzeichen für das Gegenteil. Die sichtbaren Bestände in der Union betragen mehr als 200 Mill. Bushels. Insgesamt wird der Übertrag ins neue Erntejahr nahezu das Doppelte, rund 10 Mill. t., erreichen; diese Menge würde den europäischen Einfuhrbedarf in mittleren Jahren, insbesondere bei der gegenwärtigen Zollage, weit übersteigen.

Die Nachrichten aus den Ländern der nördlichen Erdhälfte über den Saatenstand lauten jetzt durchweg ziemlich günstig, auch in Frankreich haben sich die Verhältnisse etwas gebessert. — Die Schätzung der indischen Ernte ist ebenfalls erhöht worden, so daß der erwartete Überschuß wohl noch größer ausfallen wird, als oben geschildert.

Das „gute“ deutsche Beispiel der Beizwänge wird von immer weiteren Staaten übernommen; jetzt verlautet, daß auch Belgien die Absicht habe, einen Beimischungzwang von zunächst 5 % zu verfügen. — In Deutschland selbst ist vorläufig der Ausmahlungssatz von Roggen von 60 auf 70 % erhöht worden, mit Wirkung zum 17. April. Dagegen ist der Vermahlungszwang für Weizen gelockert worden. Die Vermahlungsquote ist für April und Mai mit Rücksicht auf die verringerten Inlandsweizenbestände von 65 auf 50 % herabgesetzt worden. Der Roggenmarkt wird mit wechselnden Erfolgen weiter bearbeitet; da die Stützungsstellen nur sehr bescheidene Mengen abgeben, bleibt der Druck, insbesondere beim Weizen, stets nur vorübergehend.

Die Schwäche der Baumwollmärkte

hat sich weiter erhalten. Zu einem Teil mag sich das damit erklären, daß die Lage in den englischen Spinnereibezirken nicht die von dem indischen Friedensschluß erwartete Anregung erfahren hat. Der „friedliche“ Widerstand gegen europäische Ware, damit auch die Abneigung des indischen Handels gegen neue Käufe von Baumwollstoffen, dauert an. Aber auch in den anderen Verarbeitungsbezirken sieht es nicht wesentlich besser aus, und schließlich wirkte sich auch hier die Erklärung des Farmamts aus, daß es seine Stützungstätigkeit einstellen werde, — obgleich in den amtlichen Meldungen von Baumwolle zunächst nicht die Rede war. — Im weiteren Fortgang der

Londoner Wollversteigerung

hat sich die feste Stimmung fast einschränkungslos behaupten können; allerdings sind in den letzten Tagen die Zurückziehungen etwas häufiger geworden. Immerhin wird man darauf hinweisen müssen, daß auf den Kammzugmärkten ein gewisser Rückschlag gegenüber der scharfen Aufwärtsbewegung der letzten Monate eingetreten ist; ob er auch auf den Rohstoffmärkten bemerkbar wird, läßt sich noch nicht sagen. — Auf den

Metallmärkten

hat die gedrückte Stimmung angehalten, ohne daß neue Gründe bekannt geworden wären. Vor allem scheint der im vorigen Bericht bereits kurz erwähnte Zusammenbruch der Bleipreise allgemein verstimmt zu haben, obgleich der Pool kurz darauf den Markt wieder zu stützen begann und zunächst auch eine ziemlich scharfe Erholung durchsetzen konnte. Aber sie hielt eben nicht vor, besonders wohl auch deshalb, weil das australische Angebot durch die Wechselkurs-Schwierigkeiten begünstigt und in den Goldpreisen gedrückt wird. — Das wirkt vor allem auch auf den Zinkmarkt ein, der im übrigen besonderer Anregungen entbehrt.

Beim *Kupfer* möchte man fast die Berichte aus den letzten Wochen wiederholen, denn die Entwicklung der Lage, die Direktionslosigkeit des Kartells, die gleichzeitige Geltung zweier Preise usw. waren die gleiche. Die gesamte Entwicklung drängte auf einen weiteren Rückgang der Kartellpreise, der jedoch bis Mitte der Woche noch nicht eingetreten war.

Auch beim *Zinn* wirkte sich die allgemeine Verstimmung aus, obgleich die Lage Veränderungen von Bedeutung nicht erfahren hat. Es scheint aber, als ob die praktische Durchführung des Einschränkungsplans doch nicht so ganz reibungslos vor sich gehen würde, wie mancherseits erwartet worden sein mag. — Der *Silberpreis* hat wieder nachgegeben.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Leichte Kurserhöhungen

Die Börse blieb weiter recht still. Die Kursbewegungen waren nicht groß, jedoch überwogen die Befestigungen. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als die Auslandsbörsen meist nach unten tendierten, so daß sich die deutschen Börsen bis zu einem gewissen Grade von der Welttendenz an den Effektenmärkten unabhängig gemacht haben. Man führt dies darauf zurück, daß in Verfolg der innerpolitischen Beruhigung, die auch in den letzten Tagen sichtbare Fortschritte gemacht hat, weiteres Fluchtkapital nach Deutschland zurückgestromt ist. Dagegen hat die Beunruhigung der Außenpolitik wegen der deutsch-österreichischen Zollabmachungen die Börse weiterhin gestört, zumal man befürchtet, daß die Hoffnungen auf Zustrom französischen Kapitals nach Deutschland infolge dieser politischen Störung herabgeschräbt werden müssen. Der Ultimo hat die Entwicklung wenig beeinflußt, da die spekulativen Engagements zur Zeit keineswegs

Wollen Sie - nach den Anstrengungen des Alltags - innerlich zur Ruhe kommen, um die gemütlichen Stunden des Kartenspiels im Freundeskreis richtig genießen zu können!

Dann rauchen Sie einige

CIGARETTEN
**GELBE
SORTE**
REEMTSMA



Überall fabrikfrisch!



hoch sind. Es scheint sogar, als seien zum Ultimo alte Baisseengagements eingedeckt worden, so daß also bei einzelnen Papieren der Ultimo die feste Tendenz förderte.

Recht fest lagen zeitweise *Montanwerke* wegen einer angeblichen leichten Besserung im Eisenexport. Ferner waren *Farbenindustrie* befestigt, weil man nunmehr an eine Aufrechterhaltung der Dividende glaubt. Vorübergehend kamen sogar Gerüchte von einem Sonderbonus auf; sie stießen jedoch auf Zweifel. Immerhin ist eine bessere Beurteilung des Ergebnisses unverkennbar; sie wird mit den amerikanischen Lizenzentnahmen aus der Kohlenverflüssigung motiviert, die angeblich die Mindererträge im Stickstoffgeschäft weitgehend ausgleichen. Eine Äußerung der Konzernleitung liegt aber bisher nicht vor. Stark befestigt waren in den letzten Tagen *Ilse Bergbau*, da man im Anschluß an die neuen Generalversammlungskämpfe (vgl. S. 625) mit einem Wiederbeginn der rivalisierenden Aktienkäufe rechnet. Recht fest lagen auch *Braubank*; die Dividende wird wieder auf 11 % geschätzt. Gedrückt waren dagegen *Warenhauswerte*: Bei *Tietz* wird eine Dividendenreduktion von 10 auf 8 % befürchtet, da infolge der Preissenkungen Abschreibungen auf die hohen Vorratsbestände im Warenhaus für nötig gehalten werden. Bei *Karstadt* setzt sich darüber hinaus die Ansicht durch, daß infolge der hohen Verschuldung eine Dividendenzahlung überhaupt nicht zu erwarten sei.

Frankfurter Börse

Schwächere New-Yorker Kurse und die Zuspitzung, welche die internationale Situation durch die unerwartet scharfe Rede Briands zur Frage der deutsch-österreichischen Zollunion erfahren hat, brachten in das Börsengeschäft nach anfänglicher Befestigung zunächst eine deutliche Abschwächung; die Kulisse stellte glatt und gab ab, das Publikum hielt sich auf dem Terminmarkt sehr zurück. Maßgebend waren Besorgnisse, daß erneut französisches Kapital abgezogen werden könnte. Immerhin zeigte der Effektenmarkt auch in dieser letzten Periode der Börsenwoche bemerkenswerte *Widerstandskraft*, da zum Kaserverkehr mäßige Orders des Publikums auszuführen waren. Sehr bald befestigte sich die Haltung von neuem, als Tendenzen innerhalb der I.G.-Leitung bekannt wurden, die wieder eine Dividendenzahlung von 12 %, unter Übernahme der Kapitalertragssteuer auf die Gesellschaft, verfolgten. Im Zusammenhang damit stieg die I.G.-Aktie auf 150 %; die endgültige Dividenden-Entscheidung ist aber wohl erst in der Aufsichtsratssitzung (Ende April) zu erwarten. Jedenfalls regte diese Dividendenangelegenheit stark an. Der Ultimo ist hier ganz glatt verlaufen. Die Erledigung des Reichshaushalts wurde als Symptom voranschreitender Konsolidierung beurteilt; auch die feste Haltung der Rentenmärkte trug wesentlich zur Erhöhung des Vertrauens bei.

Der *Elektromarkt* lag bis zu dem zeitweiligen Rückschlag gegen Ende der Berichtszeit fest. Von den *Schiffahrtswerten* waren Lloyd im Hinblick auf das gegenüber der Hapag bessere Betriebsergebnis etwas bevorzugt. Für *Kunstseide* erhielt sich das Interesse stark (AKU bis 85 %, Bemberg bis 93 %); es scheint, daß früher oder später ein positives Ergebnis der internationalen Konventionsverhandlungen unter Mitwirkung der I.G. Farbenindustrie erwartet wird. *Linoleum* stürzten zunächst scharf bis auf 92 % herab, da man einen Dividendenausfall befürchtete; doch konnte sich der Kurs später bis 97 % erhöhen. *Mia g* zogen wieder leicht an bei Deckungen. In *Braubank*-Aktien erhöhte sich der Kurs von 123 auf 128 % in der Annahme der Aufrechterhaltung der Dividende von 11 %. *Cement Heidelberg* zogen auf die 7 %ige Dividendenklärung bis 80 % an. Im ganzen ist das Geschäft auf den Termin- und Schwankungsmärkten wesentlich stiller und ruhiger geworden.

Auf dem *Einheitsmarkt* waren ohne Material gesucht und gestrichen: *Cementfabrik Karlstadt* (Taxe 90 %), *Armaturenfabrik Hilpert* (74 nach 70 % in Erwartung einer Dividende von 7 %), *Mainkraftwerke* (später 75 nach 71,

dann wieder 73). Nur teilweise zugeteilt wurden Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft (24 nach 23 %). Anscheinend auf Käufe der Opposition setzte sich die Kurssteigerung in Schneider & Hanau bis 29 % fort. *Ohne Aufnahme* blieben Voigt & Haefner, Ettlinger Spinnerei, Vereinigte Kunstwerkstätten sowie Andreae-Noris-Zahn; nur teilweise abgenommen wurden zeitweilig Kammgarnspinnerei Kaiserslautern (55 nach 58 %). Memeler Zellstoff fielen von 74 auf 70, also auf 11 % unter den Kurs ihrer Mutterfirma Aschaffenburger Zellstoff.

Auf dem *Versicherungsmarkt* zogen Mannheimer Versicherung von 25 auf 26 RM an; die Dividendenfrage ist vorläufig noch ganz offen gegenüber der Bonuszahlung aus dem Amerikaguthaben für 1929. Die Aktien des Allianz-Konzerns stiegen weiter: Allianz & Stuttgarter Verein von 203 auf 210, Allianz Lebensversicherungsbank von 190 auf 200 RM, beide in Erwartung eines günstigen Abschlusses bei unveränderter Dividende.

	25. 3.	26. 3.	27. 3.	28. 3.	30. 3.	31. 3.
Dt. Effecten- u. Wechselbank ..	94 1/2	94 1/2	94 1/2	94 1/2	94 1/2	94 1/2
Frankfurter Bank ..	92 1/2	92 1/2	92 1/2	92 1/2	92 1/2	92 1/2
Frankfurter Hypotheken-Bank ..	104 1/2	105 3/4	105 2/3	105 1/2	105	105 1/2
Cementwerk Heidelberg ..	77 1/2	77	77	77 1/2	77 1/2	79 1/2
Scheideanstalt ..	181 1/2	182 1/2	183 1/4	184 1/4	184 1/4	183
Frankfurter Hof ..	40	40	40	40	40	40
Hanfwerke, Füssen - Immenstadt ..	—	64	64	64 1/4	—	54 1/4
Hanninger Brauerei ..	—	125	—	—	—	124
Hochfett ..	78 1/2	78	—	78	77	78
Hochzmann ..	98	92	98	98	—	—
Main-Kraftwerke ..	70	71	71	— G	75	73
Metallgesellschaft ..	76	—	74 1/2	75	76	—
Maschinenfabrik Moenus ..	26 3/4	—	26 1/4	—	23 5/8	25 1/2
Ludwigshafener Walzmühle ..	57 1/2	57 1/2	57 1/2	58 1/2	54 1/2	55 1/2
Tellus, Bergbau u. Hüttengl. ..	40	40	40	—	40	—
Verein f. chem. Industrie ..	68	66	66	—	65 3/4	—

Hamburger Börse

Nach der Abschwächung der Vorwoche war die Stimmung während des Berichtsabschnittes wieder recht *fest*. Von großen Käufen ist zwar kaum etwas zu merken, die Kurse sind jedoch außerordentlich widerstandsfähig. Auf dem *Schiffahrtsmarkt* waren die Umsätze in Hapag und Lloyd wieder etwas lebhafter. Die Veröffentlichung der Bilanzen, besonders die Tatsache, daß der echte Überschuß der beiden Union-Reedereien zusammen nur die Hälfte des vorjährigen Betrags ausmacht, hat die Börse zunächst etwas stutzig gemacht; dennoch überwog die optimistischere Beurteilung, zumal gleichzeitig die Cunard Line, Englands größte Passage-Reederei, die Dividende ganz ausfallen lassen mußte, obwohl sie von der Depression auf dem Frachtenmarkt erheblich weniger in Mitleidenschaft gezogen ist. Sowohl in Hapag- wie in Lloyd-Aktien wurden Meinungskäufe beobachtet; die Schluskurse lagen mit 72 1/2 und 75 um 2 1/2 bzw. 2 % über dem vorwochentlichen Schluß. — Auch für Hamburg-Süd bestand einiges Interesse; die Aktien wurden verschiedentlich mit 125, also 5 % höher bezahlt und waren am Schluß mit 123 gesucht. Die Aussicht auf eine baldige Bereinigung der deutschen Südamerika-Dienste stimmte zuversichtlich. Hansa-Aktien lagen sehr ruhig; kleinere Beträge wurden für Bremer Rechnung aufgenommen. Der Schluskurs war mit 98 G um 1 % höher. Afrika-Reedereien blieben unverändert mit 40 gesucht. Für die Aktien der Schultdt-Reedereien, die nach dem Schiffstausch mit dem Norddeutschen Lloyd und der Umstellung auf wilde Fahrt ihr Kapital im Verhältnis von 3 zu 2 zusammenlegen wollen, wurde im freien Verkehr ein Geldkurs von 26 genannt.

Von den sonstigen *Verkehrswerten* waren Hochbahn mit 73 um 1 % höher gesucht. Lübeck-Büchener lagen hingegen erheblich niedriger. Der schon im letzten Bericht angekündigte Ausfall der Dividende und die Mitteilung von der Verschlechterung des Geschäftsgangs haben neue Abgaben hervorgerufen. Die bisherigen Käufer ermäßigten daraufhin ihr Gebot um 6 auf 42 %. Zu diesem Kurs kam jedoch ebensowenig Angebot heraus wie bei dem Schlussgebot von 43 %. Für Bergedorf-Geesthachter besteht laufend Nachfrage bei 28 für die Stamm- und 37 für die Vorzugsaktien.

Karstadt-Aktien waren bei zum Teil wieder lebhafteren Umsätzen recht uneinheitlich. Aus der Berliner Arbitrage

kam vorübergehend größeres Angebot auf den Markt, das sofort die verschiedenartigsten Kombinationen auslöste. Die Kulisse, zu deren bevorzugtesten Werten früher Karstadt gehörte, zieht sich immer mehr aus diesem Markt zurück, weil die Unstetigkeit der Kursentwicklung die Engagements mit besonderem Risiko verknüpft. Die Verwaltung könnte zu einer gewissen Beruhigung des Marktes beitragen, wenn sie sich entschließen würde, ihre Dividendenpläne, die ja bereits feststehen dürften, bekanntzugeben. Selbst ein negativer Bescheid würde klarere Verhältnisse schaffen, als sie jetzt bestehen. Der Kurs schloß mit 59 um 1% niedriger. — Brauereiwerke lagen ruhig und etwas schwächer: Holsten 123½ (— 2½ %), Billbräu 196 (— 1 %) und Bavaria 143 (— 1%). Zementwerke waren zum Teil ebenfalls ermäßigt. Breitenburger, die ihre Dividende auf 6% halbieren, gingen um 2% auf 80 zurück; Alsen lagen 8% niedriger, mit 114 gesucht, Hemmoor waren dauernd bei 126 angeboten. Die Nachfrage für Nordsee-Aktien setzte sich weiter fort. Der Kurs zog um 4% auf 155 an. Im übrigen waren fester: Hammonia Stearin 30 (+ 3), HEW 119 (+ 2) und Markt- und Kühlhallen 134 (+ 1); niedriger dagegen notierten Ruberoid mit 33 (— 3), Triton 52 (— 4%), Wiemann-Leder 101 (— 1), Malzfabrik Hamburg 93 (— 2) und Kühltransit 129 (— 1).

Auf dem Kolonialmarkt stiegen Neu Guinea von 195 auf 305. Die Steigerung, die erst in den letzten Tagen einsetzte, ist auf größere unlimitierte Käufe zurückzuführen, für die die Börse zunächst noch keine Erklärung findet. Jaluit Genusscheine waren mit 38 3% fester, dagegen Deutsche Togo mit 95 5% schwächer. — Von den sonstigen unnotierten Werten waren fester: Hochseefischerei Nordstern 58 (+ 6), Stettiner Ölwerke 48 (+ 2), Deutsche Petroleum 63 (+ 1), niedriger dagegen Oldenburg Portugiesische 76 (— 4%).

	26. 3.	26. 3.	27. 3.	28. 3.	30. 3.	31. 3.
Deutsch-Ostafrika-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Woermann-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Braunschweiger Dampfercomp.	143G	148G	143,50	143G	143G	143,50 B
Bill-Brauerei	196G	196,50	197B	197B	199B	
R. Delberg						
Eisenwerk Nagel & Kaempf	74G	74G	74G	74G	74G	
Fleensburger Schiffbau G.						
Lederwerke Wiemann	102B	102B	100G	101,50B	101,50B	101,50 B
Chem. Hell & Thamer						
Chem. Fabr. Harburg-Stadtwerk Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	34,50G	34,50G	34,50G	34,50G	34,50G	34,50G
Malzfabrik Hamburg	95B	95B	95B	94B	94B	
Schwartauer Werke	24G	24G	24G	24G	24bz	
Jaluit-Gesellschaft	50G	50G	50G	50G	50G	
dio. Genusscheine	30G	30G	30G	30G	38bz	
Deutsche Hand. u. Plant. Ges.	60G	60G	60G	60G	60G	
dio. Genusscheine	40G	40G	40G	40G	40bz	

Pariser Börse

In der abgelaufenen Berichtswoche hat sich das Bild der Pariser Börse nur sehr wenig verändert. Das Geschäft blieb gering, die Tendenz lustlos und unentschieden. Wenn nicht zwei Haussentage (Freitag und Sonnabend) zu verzeichnen gewesen wären, hätte der Saldo der Wochenbewegung wohl mit einer Kurseinbuße abschließen müssen. So aber konnten die meisten Werte ihren Kursstand um einige Bruchteile verbessern oder doch zum mindesten behaupten.

Dabei fehlte es auch in dieser Woche nicht an ermutigenden Motiven. Die Aufregung über den Abschluß des deutsch-österreichischen Zollvertrages hat sich gelegt; die Angelegenheit ist praktisch bis zur Maisitzung des Völkerbundsrates vertagt. Der Generalstreik in der französischen Kohlenindustrie ist im letzten Augenblick durch die Vermittlungsaktion des Ministerpräsidenten Laval vermieden worden; Die Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, eine Lohnsenkung von durchschnittlich 8% hinzunehmen, die spätestens bis zum 1. Mai durchgeführt werden soll. Die Kommunisten haben vergeblich versucht, einen Proteststreik zu inszenieren; kaum einige hundert Arbeiter folgten ihrer Parole. Auf innenpolitischem Gebiet ist der Erfolg zu verzeichnen, daß das Budget rechtzeitig unter Dach und Fach kommt und daß dank der energischen Sparpolitik des Senats das Gleichgewicht gewahrt worden ist. Sogar die von der Kammer in einem Anfall schlechter

Laune verfügte Verdoppelung der Börsensteuern ist wieder aufgehoben worden.

Unter diesen günstigen Umständen versuchte die Börse am Freitag, eine kleine Hause zu inszenieren. Aber es blieb bei einem einzigen gutgemeinten Versuch. Das Publikum wurde kaum aufmerksam, und die Spekulation fiel wieder in ihre alte Lustlosigkeit zurück. Hätte die Hausepartei etwas mehr Energie an den Tag gelegt, so wäre es ihr sicher gelungen, die außergewöhnlich starken Baisse-spekulationen am Ultimo zu Glattstellungen zu zwingen. So aber wird man sich wohl in den meisten Fällen begnügen müssen, al pari zu reportieren.

Wiederum ist von den einzelnen Marktgebieten nichts Bemerkenswertes zu berichten. Daß die im Oustric-Skandal schwer in Mitleidenschaft gezogene Automobilgesellschaft Peugeot nach Veröffentlichung einer recht günstigen Bilanz jetzt doch zur Auflegung einer neuen Obligationssanleihe von 20 Mill. Fr zu 5% schreitet, hat nicht weiter überrascht. Man wußte, daß die Gesellschaft durch den Zusammenbruch der Oustric-Bank knapp an liquiden Mitteln geworden war und hatte ihre Emission bereits im voraus eiskompliert. Daneben dauert der Kampf gegen die Suez-Kanalgesellschaft weiter an. Die Aktien sind seit Anfang des Jahres bereits um weit über 2000 Punkte gefallen (15 075 gegen 17 450). Abgaben aus London haben die Baisse gerade in den letzten Tagen sehr verstärkt. Die Ursache dazu ist in dem Tarifkrieg zu suchen, den die Anglo-Persian-Oil gegen die Transitgebühren der Gesellschaft führt. Die Anglo-Persian ist durch den Standort ihrer Ölfelder um Mossul einer der größten Transitkunden der Kanalgesellschaft geworden. Die Kanalgebühren wurden im September vorigen Jahres von 6,90 auf 6,65 Fr je Ladetonne ermäßigt. Die Petroleumgesellschaft wünscht aber eine weitere Verbilligung auf 5 Fr durchzusetzen, was die Suez-Gesellschaft bisher verweigert hat.

	24. 3.	25. 3.	26. 3.	27. 3.	28. 3.	30. 3.
3% Staatrente 1)	88,40	88,37	88,35	88,45	88,23	88,10
6% (1927) 2)	105,67	108,27	105,47	105,37	105,70	106,00
Banque de France 3)	18300	18210	18300	18575	18310	18200
Credit Lyonnais 3)	2605	2585	2560	2600	2540	2550
Banque de Paris et des Pays-Bas 3)	2245	2275	2305	2345	2345	2300
Paris-Lyon-Méditerranée 3)	1651	1645	1645	1583	1650	1645
Acieries de Longwy 3)	1275	1285	1250	1250	1200	1175
Schneider & Cie (Creusot) 4)	1774	1799	1750	1760	1750	1740
Mines de Lens 1)	749	792	800	817	820	813
Cie. Paris. de District d'Électricité 1)	2250	2245	2215	2320	2320	2285
Thomson-Houston 3)	600	602	601	619	617	605
Établissements Kuhlmann 3)	615	622	620	626	625	622
l'Air Liquide 1)	1035	1035	1035	1079	1070	1048
Péchiney 3)	2020	2025	2060	2100	2080	2060
Citroën 3)	724	715	725	735	728	665

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100. 2) Fr 1000. 3) Fr 500. 4) Fr 400. 5) Fr 250

Londoner Börse

Der herannahende Ultimo hat zu der erwarteten Anspannung auf den Geldmärkten geführt. Die Steuerzahlungen erforderten erhöhte Mittel; außerdem werden in dieser Woche wegen der Feiertage keine Schatzwechsel fällig. Unter Berücksichtigung dieser zusätzlichen Belastungen ist die Versteifung eher noch unter dem Umfang geblieben, mit dem zu rechnen war. Nachdem die Bank von England bisher aus Währungsgründen mit aller Gewalt ein Sinken der Sätze zu verhindern bestrebt war, was ihren Wechselbestand stark reduziert hatte, konnte sie

Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

diesmal mit Leichtigkeit helfend eingreifen und den Banken Wechselmaterial abnehmen. Sie braucht überhaupt nicht mehr die Sorge um ihren Goldbestand aufzuwenden, die bisher notwendig war. Aus dem vorigen Ausweis ging ein Goldzuwachs von 1 657 000 £ hervor (dem als Vorrersorgung für die kommende Woche allerdings auch ein nahezu um den gleichen Betrag gesteigerter Notenumlauf gegenübersteht), und inzwischen sind von neuem Goldankäufe erfolgt. Zur Cunliffe-Grenze fehlen immerhin noch über 5 Mill. £. Aber die Goldabflußgefahr scheint für den Augenblick behoben — ein interessanter Erfolg der open market policy. Es geht das Gerücht, daß die Reise Montagu Normans gleichfalls dem Ziel dient, eine Vereinbarung mit Paris und New York zum Schutz der englischen Goldreserven zu schaffen. Ob dies richtig ist, ist schwer zu sagen; mit der gleichen Hartnäckigkeit halten sich die beiden anderen Versionen, daß Kreditpläne zur Stabilisierung der argentinischen und brasilianischen Währung bei diesem New Yorker Besuch zur Debatte ständen, und daß die Reise die Gründung eines neuen internationalen Bankinstituts vorbereiten soll, das neue Märkte, und vor allen Dingen Russland, mit Kredit versorgen soll.

Die kommende Feiertagspause hat das Börsengeschäft noch mehr zusammenschrumpfen lassen, als die an sich schon ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Nachrichten es gerechtfertigt hätten. Die Stabilität der Regierung, die vor kurzem noch gesichert schien, ist nach Lloyd Georges letzter Rede, in der nur der Wille, Obstruktionspolitik zu vermeiden, zum Ausdruck gebracht war, wieder gestört. Vorläufig hängt die Existenz der Regierung an der Tatsache, daß die Mehrheit der Liberalen den Schutzzoll, den die Tories sofort einführen würden, als das größere Übel gegenüber der herrschenden Politik ansieht. Aber der Plan eines engen Zusammengehens von McDonald und Lloyd George für die nächsten anderthalb Jahre ist gescheitert. Wenn sich trotzdem die heimischen Anleihen relativ gut halten könnten, so ist dies dem günstigen Eindruck zuzuschreiben, den die letzten Goldzugänge gemacht haben. Dagegen hat natürlich die Weigerung Neusüdwales, seine Zinszahlungen pünktlich nach London abzuführen, stark verstimmt, und erst nachdem die Bundesregierung ihren Willen bekundet hatte, dafür aufzukommen, konnten australische Anleihen wieder anziehen. Einiges Interesse fanden heimische Bahnwerte, da der Lohnkonflikt vor seiner Beendigung steht. Deutsche Anleihen gewannen anfangs im Kurse, lagen aber am Schluss infolge der ungünstigen Aufnahme der Zollunionspläne schwächer. Auf dem Markt der Industriewerte war am bedeutsamsten ein scharfer Kurssturz der Cunard Line, der später einer Stabilisierung auf dem niedrigen Stand von rund 14 Platz machte. Der völlige Dividendenausfall — das erste Mal seit 1910 — kommt sehr überraschend; aber der Gewinn reicht noch nicht zur Verzinsung der Vorzugsaktien aus, und überdies mußten Reserven zu Abschreibungszwecken herangezogen werden. Im Zusammenhang damit stehen die Kursrückgänge bei den übrigen Schiffahrtswerten. Gedrückt waren auch Grammophon-Anteile, die nach vollendet Fusion uninteressant geworden sind und die Spekulation zu Abgaben veranlaßten: His Masters Voice 2½ statt 2½ und Columbia 2½ statt 2½.

	24. 3.	25. 3.	26. 3.	27. 3.	30. 3.	31. 3.
4% Funding Loan	93 1/2	98	91 1/2*	91	91 1/2	91 1/2
London Midl & Scot. Ord.	22 4	26	23 1/4	26	25 1/2	25 1/2
Central Argentine Ord.	62 1/2	61 1/2	61 1/2	61	60 1/2	60 1/2
De Beers Cons. Mines Def.	55 1/2	51 1/2	51 1/2	52 1/2	52 1/2	52 1/2
Burmah Oil Co.	39 1/2	38 1/2	38 1/2	38 1/2	38 1/2	38 1/2
Anglo Dutch Plantation	19 0	17 8	17 6	17 4	17 3	17 3
Courtaulds	32 2/6	32 2/6	31 10 1/2	31 1/2	31 1/2	31 1/2
Imperial Chemical Industr.	16 3	16 6	16 3	16 3	16 1/2	16 3
Vickers	8 0 1	8 0	8 0	8 0	8 0	7 10 1/2
Rio Tinto Ord.	27 5/4	28	28	27 1/4	27 3/8	27 5/8
Aktienindex 1928=100	67 9	68 1	68 0	67 8	67 1	—
Abschlüsse total	50 1/2	47 1	49 54	46 36	50 60	—
Staats- u. Kommunalanl.	116 3	119 0	130 7	126 0	168 5	—
Verkehr u. Public Utilities	9 2 8	8 8 7	8 8 7	10 17	—	—
Handel u. Industrie	15 5 3	18 4 7	16 0 1	14 5 2	17 8 1	—
Bank, Versicherung	5 5 3	5 1 9	4 6 3	4 4 7	5 9 7	—
Minenwerte	6 1 7	5 4 7	5 1 7	5 8 6	4 9 0	—
Oelwerte	9 7	8 8	8 6	9 8	13 3	—
Gummi, Tee, Kaffee	10 1	16 4	10 8	11 0	10 7	—

* ex div.

New Yorker Börse

Im Augenblick, in der Periode der Dividendenerklärungen, jagt förmlich ein Mißerfolg den anderen. Nach Westinghouse kommen Baltimore and Ohio, ein paar andere Bahnen (Lackawanna & Western Ry, Delaware) und die völlige Dividendenlosigkeit von Cash Register, und — am stärksten verstimmend — Anaconda Copper, die 1½ \$ statt 2½ \$ verteilen. Die Reihe scheint noch längst nicht abgeschlossen zu sein, und dieser Umstand wirkt sehr ernüchternd auf die Haussiers. Die Mitteilungen aus der Wirtschaft sind uneinheitlich wie bisher: während die Berichte aus dem Detailgeschäft über günstigen Geschäftsgang, die Meldung im Iron Age über die Preiserhöhung in Stabeisen und Formeisen aus Anlaß der in Gang kommenden Bautätigkeit und die Nachricht über größere Aufträge in der Textilindustrie an sich eine gute Börsenlage gerechtfertigt hätten, bleibt andererseits die Tatsache bestehen, daß die Ansichten über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten keineswegs sehr optimistisch sind. Die Frage, was nach Aufhören der Stabilisierungskäufe des Farm Board auf dem Weizen- und Baumwollmarkt geschehen wird, bleibt dunkel wie bisher. Unter diesen Umständen war die Börse lustlos; es überwiegt die Ansicht, daß die große Hause in nächster Zeit doch nicht in Aussicht stände; auch die Investment Trusts sind zu Abgaben geschritten, wobei Bilanzverschönerungszwecke zu den Quartalsberichten eine gewisse Rolle zu spielen scheinen.

Die Maklerdarlehen haben ihr vorläufiges neues Maximum von 1913 Mill. \$, das sie in der vergangenen Woche aufwiesen, wieder einmal leicht unterschritten; diesmal sind 5 Mill. \$ weniger ausgeliehen worden, weil die auswärtigen Mitgliedsbanken und die Nichtbanken ihre Börsenkredite eingeschränkt haben. In New York sind sogar 40 Mill. \$ mehr gegeben worden. Der Goldbestand der Federal Reserve-Banken ist wieder angewachsen und hat den hohen Betrag von 3126 Mill. \$ erreicht. Auf dem Tagesgeldmarkt hat sich, seit längerer Zeit zum ersten Male, eine Verknappung geltend gemacht. Der Satz stieg bis auf 2 %.

Tag	30 Industrie- aktien	20 Eisen- bahnanlagen	Tag	30 Industrie- aktien	20 Eisen- bahnanlagen
23. 3. 31	184,32	101,03	27. 3. 31	177,87	99,00
25. 3. 31	184,27	100,81	28. 3. 31	178,79	94,00
26. 3. 31	182,04	99,86	30. 3. 31	172,34	97,99

Die Börse war an jedem Tage der Woche schlecht; die Kursrückgänge erfaßten nahezu alle Kategorien und Werte in gleicher Weise. Im Vordergrund standen die Papiere mit den mehr oder weniger unerwarteten Dividendenausfällen und die Werte ähnlichen Charakters: Anacondas fielen von 37% auf 32%, entsprechend Chile Copper von 50% auf 25. Radio Corp. notierten nach Vollendung der Grammophontrustpläne 22 statt 26. Bei den Eisenbahnanlagen betragen die Kursverluste im Durchschnitt 3 bis 5 \$. Besonders stark verloren Allied Chemical: 143½ statt 158. Schlecht gehalten waren auch Public Utilities (American and Foreign Power 40% statt 46%, American Tel & Tel 188½ statt 196%). Nur ein paar Außenseiterpapiere konnten sich gegen die allgemeine Tendenz halten: Worthington Pump & Machinery Corp. und vor allen Dingen Auburn, die vorübergehend bis auf 250 anzogen und damit einen noch nie erreichten Stand innehaben.

	24. 3.	25. 3.	26. 3.	27. 3.	28. 3.	30. 3.
U. S. Steel Corporat.	147 1/4	146	145 1/4	143	141 1/2	140
American Can Co.	127 1/2	127 3/4	124 1/4	122 1/4	122 1/2	122 1/2
Anaconda Copper	8 3 1/2	87	84	83 3/8	82 1/2	82 1/2
General Motors	47	46 1/2	45 3/8	44 3/8	42 1/2	41 1/2
Chrysler	24 2/6	24 1/4	23 1/4	22 1/2	21 5/8	21
General Electric	53	54 1/2	51 8 1/2	50 5/8	49 8 1/2	48 7/8
Am. Tel. & Telegr.	196 1/2	195 1/2	195 1/2	193	190 1/2	188 1/2
Radio Corporation	26	26 1/2	26 1/2	24 1/4	22 5/8	22
Allied Chemical	158 1/4	151 1/4	155	152 1/2	150	143 1/2
Standard Oil N. J.	46 1/8	45 1/4	44 5/8	44	43 1/2	42 5/8
Woolworth	64 1/2	64 1/2	64 1/2	62 1/2	61 3/4	62
Pennsylv. Rair. Co.	58 3/8	59	58 1/4	57	56 1/4	55 1/4

Aktienumsatz (1000) 1900 2100 2600 2000 2100 3200

Statistik

Berliner Börsenkurse vom 25. bis 31. März 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

	Div. %	25. 3.	26. 3.	27. 3.	28. 3.	30. 3.	31. 3.		Div. %	25. 3.	26. 3.	27. 3.	28. 3.	30. 3.	31. 3.
Heimische Anleihen															
Anleihe-Ablösungsschuld Nr. 1—9.000.—	fr. Z.	57,20	57,40	57,70	57,80	57,50	58,13								
dto. ohne Auslösung..		6,20	6,25	6,25	6,40	6,25	6,20								
Ausländische Anleihen															
5% Bosn. Eb.-Anl. 1914	5	22,50	—	21,75	—	—	—								
5% dto. Invest.-Anl.	2	21,75	—	21,00	—	—	—								
5% Mex. Anl. 1899	fr. Z.	—	—	12,75	—	13,38	13,38								
4% Mex. Anl. 1904	fr. Z.	8,05	—	—	—	—	8,95								
41/2% Ost. St.-Sch. 14	m.n.Bg d.C.C.	41/2	39,75	40,75	40,88	40,50	39,25	39,50							
41/2% dto. am. Eb. Anl.	41/2	—	—	2,25	—	2,25	2,25								
4% dto. Goldrente	m.n.Bg d.C.C.	4	24,25	24,20	24,10	24,10	23,75	—							
4% dto. Kronen-Rente	4	1,40	1,40	—	1,40	1,38	1,38								
4% dto. kv. Rente J.J.	4	1,88	1,25	1,25	—	1,30	1,25								
4% dto. M.N.	4	1,30	—	1,25	—	—	—								
41/2% dto. Silber-Rente	41/2	2,65	2,60	2,55	2,50	2,50	—								
5% Rum. vereinah. Anl. 03	5	9,70	9,63	9,60	9,75	9,50	9,60								
41/2% Rum. vereinah. Anl. 18	41/2	16,00	15,90	15,80	15,75	15,75	15,75								
4% Rum. Anl.	4	7,93	7,90	7,83	7,80	7,75	7,75								
4% Türk. Admin.-Anl. '03	4	8,25	8,20	8,21	8,25	8,10	8,20								
4% dto. Bayd. Bb.-Anl. 1	4	4,38	—	4,25	4,30	4,30	4,13								
4% dto. Eh.-Anl. 2.	4	4,85	4,30	—	4,35	4,30	4,13								
4% dto. unif. Anl. 03, 06	4	—	—	—	—	—	7,85								
4% dto. Anl. v. 05	4	—	4,20	—	—	—	—								
4% dto. Anl. v. 05	4	—	—	—	—	4,63	4,50								
4% Turk. Zollolig.	4	4,38	4,30	4,35	4,30	4,30	4,20								
Türk. 400 fr. Lose	fr. Z.	10,25	10,40	10,00	10,00	10,00	10,00								
41/2% Ung. St.-Rente i3	m.n.Bg d.C.C.	41/2	17,00	—	16,88	16,88	—	16,50							
41/2% dto. St.-Rente 14	41/2	19,80	19,30	19,60	—	—	19,00								
4% Ung. Goldrente	m.n.Bg d.C.C.	4	19,83	19,60	—	19,40	19,40	19,40							
4% dto. Staatsrente 10	m.n.Bg d.C.C.	4	18,99	—	16,75	—	18,50	18,50							
4% Ung. Kronenrente	4	1,35	1,35	1,25	1,25	1,25	1,20								
40% Lissab. St.-Lnl. I., II	4	20,88	22,25	22,63	23,10	21,25	20,50								
41/2% Mex. Bsw.-Anl.	41/2	8,50	—	8,50	8,60	8,75	8,75								
41/2% Anat. Eisb. Serie 1	41/2	15,83	15,50	15,25	15,38	15,13	15,00								
41/2% dto. Serie 2	41/2	15,83	15,50	15,25	15,38	15,18	15,00								
30% Macedon. Gold	fr. Z.	—	—	—	6,91	7,25	8,95								
50% Tehuant. Eb.-Anl.	fr. Z.	—	—	—	8,50	—	—								
41/2% dto. abgest.	—	—	—	7,88	—	8,00	—								
Bank-Werte															
Allg. Dt. Credit-Anstalt	5V	95,00	95,25	95,18	95,13	96,00	95,50								
Bank elektr. Werte	10	108,00	107,25	110,00	112,00	111,00	110,00								
Farmen-Brau-Industrie	11	122,00	120,25	121,75	124,0	126,50	127,00								
Bayer. Bankverein	8V	105,00	105,00	104,88	105,25	106,75	—								
Bayer. Hypo-Bank	10	129,00	128,00	127,00	127,50	127,50	128,00								
Bayer. Vereinsbank	10	131,00	131,00	132,00	132,00	132,00	133,00								
Berliner Handels-Ges.	8	125,25	121,25	124,75	126,00	126,75	128,25								
Commerz- u. Privat-Bk.	8V	113,50	113,00	113,00	114,50	114,50	114,75								
Darmst. u. Nationalbank	8V	144,50	146,00	145,00	147,00	147,50	148,00								
Dtsch. Bank u. Disc.-Ges.	6V	111,00	110,88	111,00	111,50	111,13	111,38								
Dresdner Bank	6V	110,25	113,13	110,25	111,00	111,00	111,00								
Oesterr. Credit.	81/2	—	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00								
Reichsbank	12	259,00	260,75	261,75	264,13	260,00	260,00								
Wiener Bankverein	5	9,75	9,75	9,88	9,50	9,50	—								
Bahnen-Werte															
Allg. Lokalbahn	12	128,75	128,00	127,00	130,00	129,50	130,50								
A.-G. G. Verkehrswesen	5	63,00	81,50	62,75	62,50	62,50	65,13								
Hamb.-Reichsb.-Vorz.	9	92,75	92,75	93,13	93,25	93,50	93,50								
Hochbahn	6	72,00	72,00	72,13	73,00	73,00	74,00								
Schienung 1—60.000....	6V	81,50	77,25	75,00	75,25	75,25	76,00								
Canada Ablief.-Scheine	—	22,98	22,50	22,63	22,50	22,75	—								
Baltimore	—	—	7,50	—	—	—	—								
Schiffahrts-Werte															
Hamb.-Amerik. Paketf.	8V	70,75	77,13	71,50	73,13	72,88	72,83								
Hamb.-Süd.-Dampfsch.	8	—	121,00	122,75	—	121,00	—								
Norddt. Lloyd	10	95,50	98,50	98,50	95,50	95,50	—								
—	6V	71,13	72,25	73,03	75,00	74,88	74,88								
Automobil-Werte															
Daimler-Benz	0	88,00	82,75	82,50	83,75	84,00	83,18								
Chemische Werte															
Byk. Guldenwerke	6	45,00	45,25	44,25	44,25	44,50	44,75								
Chem. Fabr. v. Heyden.	5	53,00	53,98	55,00	56,00	55,75	55,50								
Fahlberg List.	7	35,13	34,38	34,00	32,00	32,13	34,18								
I.G. Farbenindustrie	12	145,60	144,63	146,75	147,00	146,00	149,50								
Th. Goldschmidt	0V	47,75	48,00	48,00	48,00	48,75	47,88								
Montecatini	15	44,00	44,00	44,50	44,25	44,00	44,25								
Oberschl. Kokswarke	2	77,88	77,83	79,63	82,00	79,80	80,25								
Rhein.-Westf. Sprengstoff	1,8	58,50	58,50	—	64,00	55,50	57,50								
Rütgerswerke	5	56,00	55,00	55,18	57,00	56,50	56,50								
Elektrizitäts-Werte															
Allg. Elektr.-Ges.	8V	130,00	129,00	129,00	130,00	130,50	130,00								
Bergmann Elektr.	9	108,00	107,00	108,83	110,00	108,75	108,38								
Brown, Boveri & Co.	10	104,00	103,50	103,50	101,00	101,00	100,00								
Comb. Hispan.-Am. de Elektr.	9	80,25	80,25	80,25	80,25	80,25	80,25								
Dt. Kabelwerke	7	301,00	297,00	299,50	301,00	304,00	303,00								
Teilefon- u. Kabel	0V	49,13	51,76	53,13	50,00	49,00	49,25								
Elektr. Lief.-Ges.	0	78,60	78,50	79,50	80,00	80,00	78,00								
—	10V	130,00	132,75	135,00	135,28	135,28	135,28								
Elektrizitäts-Werte															
Elektr. Schlesien	8	74,50	—	75,25	—	75,00	75,75								
Elektr. Licht u. Kraft	10	123,50	123,75	125,13	125,13	126,88	125,13								
Felten & Guilleaume	7 1/2	92,75	91,38	91,38	92,25	92,25	92,25								
Ges. f. elektr. Untern.	10	127,75	126,75	128,88	130,0										

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslands aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

	Einheit	1930				1931					1932				
		März		April	Januar	Februar			März		1933				
		11. 10.-15.	12. 17.-22.	31. 3.-5. 4.	5. 26.-31.	6. 2.-7.	7. 9.-14.	8. 16.-21.	9. 23.-28.	10. 2.-7.	11. 9.-14.	12. 16.-21.	13. 23.-28.	April 14. 30. 3. 4.-4.	
		10.-15.	17.-22.	24.-29.	-5.-4.	10.-15.	17.-22.	24.-29.	10.-15.	17.-22.	24.-29.	10.-15.	17.-22.	18.-28.	
Produktion															
Kohle															
Deutschland ¹⁾	1000 t	874.2	371.6	369.2	387.1	805.3	295.6	800.6	294.8	290.5	284.2	297.6	301.0	—	
Ruhrev. Steinkohle ¹⁾		83.6	81.8	81.8	80.5	80.1	58.1	68.7	57.8	58.1	54.5	56.6	56.3	—	
Koks ¹⁾		55.8	53.6	53.6	55.0	61.6	58.1	58.7	60.2	56.5	55.3	61.3	58.1	—	
Oberschlesien Steinkohle ¹⁾		55.8	53.6	53.6	55.0	61.6	58.1	58.7	60.2	56.5	55.3	61.3	58.1	—	
Großbritannien															
Steinkohle.....		5 428	5 408	5 443	5 171	4 998	5 002	4 851	4 878	4 790	4 671	4 616	—	—	
Ver. Staaten von Amerika															
Bituminöse Kohle.....		7 327	7 111	8 078	7 482	7 291	7 106	7 458	7 171	6 749	—	—	—	—	
Pennsylvania Anthrazit.....		846	888	1 089	8.2	1 280	1 319	1 447	1 097	1 028	—	—	—	—	
Petroleum (Rohöl)															
Ver. Staaten von Amerika ²⁾	1000 bbls ²⁾	2 583	2 536	2 614	2 590	2 085	2 116	2 128	2 185	2 100	2 156	2 190	2 268	—	
Arbeitslosigkeit															
Deutschland ⁴⁾	1000	8 819	.	.	8 091	4 958	.	5 062	.	5 043	.	5 054	.	—	
Verfügbare Arbeitsuchende ⁵⁾ ..		2 258	.	.	2 058	2 554	.	2 802	.	2 589	.	2 526	.	—	
Hauptunterstützungsempfänger i.d. Arbeitslosenversicherung ⁶⁾ ..		286	.	.	294	811	.	881	.	908	.	949	.	—	
i.d. Krisenunterstützung ..															
Großbritannien ⁷⁾															
Registrierte Arbeitslose ⁷⁾		1 584	1 622	1 639	1 877	2 593	2 624	2 637	2 631	2 618	2 635	2 692	2 640	—	
Umsätze und Geschäftsgang															
Güterwagenstellung															
Deutschland gesamt	1000	798.2	792.1	797.2	810.0	618.8	614.3	623.8	623.9	645.7	659.1	657.9	—	—	
Deutschland arbeitstätig		133.0	132.0	132.0	136.0	108.1	102.4	103.9	104.0	107.6	109.8	108.7	—	—	
Ver. Staaten von Amerika		892	876	888	908	719	719	721	714	682	724	734	—	—	
Einnahmen aus dem Güterverkehr Großbritannien⁸⁾															
1000 £	2 086	2 004	1 986	1 968	1 816	1 700	1 762	1 780	1 822	1 713	1 746	1 811	—	—	
Postscheckverkehr Deutschland (Lastschriften)⁹⁾															
Milli. RM	1 262	1 198	1 587	1 394	1 399	1 161	1 148	1 119	1 426	1 168	1 112	—	—	—	
Abrechnungsverkehr Großbritannien¹⁰⁾															
Mill. £	883	916	1 061	1 018	795	839	854	779	726	834	756	742	—	—	
\$	10 777	12 378	11 771	13 262	7 792	8 534	6 588	9 571	7 042	9 883	8 497	—	—	—	
Wechselproteste Deutschland¹¹⁾															
Anzahl	867	371	316	276	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Vergleichsverfahren Deutschland Konkurse															
1000 RM	491.7	494.2	414.8	394.0	28	30	22	21	23	21	26	23	27	25	
Anzahl	23	28	28	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Preise															
Großhandelsindex															
Deutschland ¹²⁾	1913 = 100	126.3	126.0	128.1	126.6	113.9	118.7	114.5	114.0	114.2	113.9	114.3	114.3	113.4	
I. Gesamtdex		109.9	108.8	109.1	111.1	104.5	104.8	106.8	106.9	106.3	106.1	107.5	107.6	105.4	
II. Agrarstoffe		117.5	118.7	119.0	118.5	101.6	99.9	100.2	99.5	99.8	99.8	100.0	98.4	98.4	
III. Kolonialwaren															
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren		125.2	125.7	125.7	125.6	106.8	106.3	106.6	106.4	106.7	106.4	106.2	106.3	106.3	
V. Industrielle Fertigwaren		153.9	152.7	152.4	152.1	140.5	140.1	140.0	139.7	139.3	139.0	138.8	138.8	138.3	
Produktionsmittel		139.3	199.0	188.9	188.9	133.3	132.1	133.0	132.9	132.5	132.4	132.4	132.0	131.9	
Konsumgüter		168.3	163.1	162.5	162.5	146.0	145.4	145.2	144.8	144.4	143.9	143.7	143.5	143.1	
Großbritannien ¹³⁾	1913 = 10	117.4	117.3	117.1	117.3	96.4	95.1	95.7	95.4	95.1	95.0	95.1	95.1	95.4	
Frankreich ¹⁴⁾	Juli 1914 = 100	565	563	565	564	494	494	494	492	491	491	491	491	491	
Ver. Staaten von Amerika ¹⁵⁾	1926 = 100	90.9	90.7	90.4	90.8	77.2	76.4	77.7	77.2	77.2	77.4	77.4	77.0	77.0	
Großhandelspreise¹⁶⁾															
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts le bu ¹⁸⁾	106 ^{1/2}	104.0	105.00	111 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	79 ^{1/2}	
märk., Berlin, nächst. T erm.	RM je 1000 kg	238.50	238.50	247.50	264.00	264.50	268.00	268.00	270.00	285.00	292.00	292.00	290.00	284.00	
Rozen, märk.		243.00		277.00	280.50	281.50	281.00	282.88	294.75	304.00	305.00	301.00	295.00	303.50	
Weizenmehl		141.50	147.00	143.50	165.00	160.00	156.00	157.75	165.00	163.00	167.00	170.00	184.00	184.00	
Weizenmehl, Rosgenmehl		167.50	159.00	157.00	185.00	178.00	175.50	176.25	174.50	180.00	185.50	195.75	200.00	195.00	
Mais, New York		30.38	30.28	31.13	32.88	38.75	38.88	38.88	38.75	38.75	37.63	37.63	37.63	37.63	
Mais, Chicago, nächst. Termin		21.75	21.75	22.28	24.50	25.23	25.10	25.00	25.48	24.80	26.00	26.00	26.00	26.00	
Futtergerste, Berlin		145.00	145.00	148.00	169.50	194.50	197.00	197.00	198.00	201.00	205.00	212.50	214.00	218.50	
Hafer		123.00	133.00	165.00	143.50	141.50	140.50	147.50	150.50	155.50	162.00	160.00	164.00	164.00	
Zucker, New York, nächst. Term.	cts le Ib ²⁰⁾	1.73	1.72	1.71	1.76	1.28	1.23	1.20	1.18	1.22	1.20	1.24	1.28	1.31	
London		6.9	6.9	7.2	7.0	5.8 ^{1/2}	5.8 ^{1/2}	5.8 ^{1/2}	5.8 ^{1/2}	6.0 ^{1/2}	5.10 ^{1/2}	5.11 ^{1/2}	5.11 ^{1/2}	6.5	
Magdeburg		28.00	26.00	26.00	26.65	26.85	26.85	26.80	26.80	26.80	26.40	26.40	26.40	26.40	
Kaffee, Rio, N. Y., nächst. Term.	cts le Ib ²⁰⁾	10 ^{1/2}	10 ^{1/2}	10 ^{1/2}	10 ^{1/2}	6 ^{1/2}	6 ^{1/2}	6 ^{1/2}	6 ^{1/2}	6 ^{1/2}	5 ^{1/2}	5 ^{1/2}	5 ^{1/2}	5 ^{1/2}	
Hamburg ²²⁾		8.77	8.95	9.00	8.50	5.78	5.60	5.44	5.11	5.00	5.13	5.15	5.00	4.92	
Kakao, Accra ²⁴⁾ , London	RPf je 1/2 kg	46.00	44.50	44.25	42.00	30.13	29.88	29.75	29.00	26.88	26.88	26.88	25.38	26.50	
nächst. Termin	sh je cw ²¹⁾	36.6	36.6	38.0	37.0	28.6	21.0	19.9	20.0	19.9	20.8	20.8	20.0	20.6	
25), Hamburg		39.6	39.3	39.0	39.8	27.6	26.0	24.8	24.8	23.3	24.0	22.3	22.8	22.8	
Leinsaaten ²⁵⁾ , nächst. Term. London		13.6	13.6	18.6	13.3	11.9	11.9	11.9	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	
Kopras ²⁶⁾		17.50	18.2	18.12	8	18.12	11.50	8.75	8.00	8.10	9.2	9.7	11.10	10.17	
Schmalz, Chicago, nächst. Term.		20.17	22.0	20.21	2.6	21.10	15.8	15.0	15.0	15.26	14.17	15.5	15.11	15.10	
Baumwollöl, roh, N. Y.		10.70	10.35	10.25	10.30	8.40	8.20	8.40	8.40	8.07 ^{1/2}	8.12 ^{1/2}	9.02 ^{1/2}	9.25		

Einheit	1930						1931						April	
	März			April			Januar			Februar				
	11.	12.	13.	14.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	
	10.-15.	17.-22.	24.-29.	31.-8.	26.-31.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	
Großhandelspreise¹⁷⁾														
Kupfer, elektrolyt., New York ..	cts je lb ¹¹⁾	18,00	18,00	18,00	18,00	10,05	10,05	10,35	10,55	10,80	10,80	10,55	10,55	10,30
" standard, London	£ je kg ¹²⁰⁾	69,17,68	7,6	70,10,0	70,7,5	44,50	43,89	45,89	45,18,9	46,15,0	46,13,9	45,8,9	44,16,3	44,2,6
Zinn, standard, London	"	67,12,6,67	0,0	68,0,0	68,16,3	44,20	43,30	45,30	45,14,4	46,16,3	46,18,9	46,0,0	45,6,5	44,13,9
Zinn, standard, London	"	184,0,0,182,2	2,6170	5,0	168,10,0	115,0,0	112,2,0	116,3,0	118,12,0	122,7,6	122,7,6	123,0,0	121,5,0	119,10,0
Zink, New York	cts je lb ¹¹⁾	5,00	4,95	4,85	4,85	4,00	4,10	4,05	3,95	4,05	4,05	4,00	4,00	3,95
" London, greifb.	£ je ton	17,18,9	18,5,0	19,1,3	18,2,6	12,7,6	11,15,0	12,5,0	12,6,3	12,15,0	12,12,6	12,12,6	12,3,9	11,10,0
Blei, New York	cts je lb ¹²⁰⁾	5,50	5,50	5,66	5,75	4,75	4,80	4,50	4,60	4,60	4,60	4,50	4,50	4,50
" London	£ je ton	18,8,9	18,15,0	19,0,0	18,6,8	18,6,8	12,18,9	18,10,0	18,18,9	14,2,6	13,7,6	13,1,3	11,13,8	12,3,9
Silber, New York	cts je oz fine ³⁴⁾	41,25	41,75	42,25	42,12	29,25	27,13	27,00	28,38	27,13	27,00	29,75	30,87	30,00
" Barren ³⁵⁾ London	d " "	195/8	195/16	191/2	197/16	187/8	121/16	128/16	121/16	128/16	128/16	130/4	141/4	28,75
" 2 Monate	d " "	185/8	19	197/16	198/8	195/8	128/16	128/16	128/16	128/16	131/2	138/16	138/16	131/4
Einzelhandelspreise (Berlin)²⁰⁾														
Roggengröt, ortsbüchlich	RM le kg	0,39	0,38	0,38	0,38	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36
Schweinefleisch (Bauchfleisch)	"	2,40	2,30	2,30	2,30	1,79	1,75	1,67	1,64	1,62	1,61	1,60	1,57	—
Butter (Molkerei)	"	3,80	3,70	3,70	3,60	3,23	3,29	3,36	3,48	3,48	3,44	3,41	3,71	3,86
Eier	RM je Stck	0,12	0,12	0,12	0,11	0,14	0,14	0,131/2	0,131/2	0,131/2	0,121/2	0,121/2	0,111/2	—
Vollmilch, ab Läden	RM je l	0,27	0,26	0,26	0,26	0,29	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
Briketts, frei Keller	RM je Ztr	1,85	1,85	1,85	1,85	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78
Steinkohle, frei Keller	"	2,50	2,50	2,50	2,50	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38
Geld- und Kapitalmarkt														
Tägliches Geld²¹⁾														
Berlin	% D. a	4,98	4,79	5,13	5,86	5,08	6,40	4,71	5,19	5,65	6,09	4,46	4,79	4,00
London	"	8,49	2,71	2,54	2,73	2,07	2,13	2,38	1,98	2,20	1,70	2,18	2,03	2,23
Amsterdam	"	1,59	1,04	1,38	2,90	0,78	0,88	0,50	0,50	0,61	1,11	0,56	0,61	0,63
New York	"	3,70	3,25	3,75	4,00	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,45	1,60	1,50
Langfristiges Geld²²⁾														
Berlin, Monatsgeld		6,50	6,19	6,02	5,96	6,50	6,38	6,32	6,25	6,30	6,38	5,88	5,94	6,19
London, 2 Man. Bankakzepte		3,49	2,68	2,29	2,24	2,34	2,41	2,50	2,66	2,51	2,67	2,65	2,55	2,75
Amsterdam, Prolongationsatz ²³⁾		2,83	2,46	2,19	2,73	1,23	1,17	1,00	1,00	1,00	1,11	1,00	1,06	1,00
New York, 3 Mon. Warenwechsel		4,58	4,13	4,13	4,13	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,88
Private Diskont²⁴⁾														
Berlin ²⁵⁾		5,10	5,02	4,88	4,71	4,69	4,87	4,87	4,88	4,82	4,75	4,75	4,75	4,75
London		8,05	2,54	2,19	2,43	2,48	2,46	2,51	2,63	2,70	2,58	2,65	2,60	2,57
Amsterdam		2,59	2,36	2,24	2,24	1,22	1,15	1,08	1,01	1,00	1,00	1,00	1,00	1,11
Zürich		2,63	2,56	2,56	2,56	1,00	1,00	1,00	1,05	1,05	0,98	1,00	1,18	1,25
Paris		2,61	2,53	2,50	2,50	1,86	1,75	1,75	1,75	1,75	1,63	1,59	1,47	1,47
New York		3,87	2,78	2,75	2,94	1,48	1,46	1,31	1,48	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57
Rendite														
Frankreich, 3% Staatsrenten ²⁶⁾		3,46	3,43	3,39	3,34	3,45	3,41	3,38	3,40	3,40	3,39	3,38	3,40	3,40
Deutschland ²⁷⁾		6,61	6,51	6,45	6,42	6,38	6,41	6,39	6,38	6,38	6,37	6,35	6,32	—
50%		7,69	7,66	7,65	7,51	7,60	7,60	7,54	7,53	7,51	7,48	7,41	7,36	—
60%		8,44	8,39	8,22	8,16	8,24	8,23	8,16	8,14	8,12	8,06	7,95	7,90	—
70%		8,83	8,80	8,68	8,64	8,69	8,61	8,60	8,58	8,53	8,47	8,44	8,40	—
80%		9,64	9,82	9,38	9,85	9,87	9,87	9,86	9,86	9,84	9,82	9,81	9,81	—
100%		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Devisenkurse²⁸⁾														
\$ in:	RM	4,194	4,192	4,188	4,189	4,208	4,205	4,206	4,208	4,207	4,207	4,201	4,198	4,195
Berlin	£ in \$	4,882	4,868	4,887	4,855	4,856	4,860	4,857	4,858	4,857	4,858	4,856	4,864	4,858
London	Ft	2,495	2,494	2,491	2,491	2,487	2,489	2,491	2,495	2,495	2,495	2,495	2,494	2,494
Amsterdam	Fr	5,167	5,167	5,164	5,165	5,170	5,175	5,184	5,191	5,195	5,196	5,196	5,197	5,197
Zürich	Fr	25,565	25,566	25,532	25,550	25,519	25,507	25,506	25,516	25,518	25,518	25,550	25,568	25,568
Paris	L	19,09	19,10	19,09	19,08	19,10	19,10	19,10	19,10	19,09	19,08	19,09	19,09	19,09
2 in:	RM	20,893	20,883	20,380	20,371	20,452	20,431	20,445	20,438	20,438	20,435	20,407	20,382	20,385
Berlin	Ft	124,26	124,30	124,33	123,30	123,91	123,93	123,92	123,95	123,95	124,02	121,12	124,17	124,20
Paris	\$	4,862	4,864	4,867	4,865	4,856	4,860	4,857	4,858	4,858	4,858	4,858	4,860	4,856
New York	RM für 100 Fr	16,41	16,40	16,40	16,39	16,49	16,49	16,49	16,49	16,48	16,44	16,42	16,42	16,42
Franz. Fr. in Berlin														
Goldbewegung⁴⁹⁾														
Deutschland	1000 Fr	+18309	+11331	+4142	-	-130	-118	+10179	+11337	+19482	+285	+701	-	6,1
Großbritannien	"	+676	+33147	+35776	+23063	+55583	+18366	+4229	+817	+7886	+3453	+674	+22431	+34566
Niederlande	"	-17	-8462	+2	-19	+18684	-27	+16854	-17	-17	-29	-26	-22	-
Schweden	"	62	46	53	-10	-173	-174	-100	-54	-50	-46	-66	-71	-
Schweiz	"	+9	+19	+6	+6	-16	-85	-700	-843	-127	-24	-1	-	-
Frankreich	"	-26,2	-6,8	-0,8	-32,8	-76,7	+20,1	+17,4	+19,7	+10,8	+26,2	+2,0	-1,8	+105,4
Ver. Staaten von Amerika ⁴¹⁾	"	-183,2	-13,1	+62,8	-122,5	+73,7	-64,2	+4,5	+29,1	+54,5	+8,7	+81,9	+44,1	-
Maklerdarlehen														
Ver. Staaten v. Amerika ⁴⁴⁾	1000 \$	8,720	8,841	8,820	8,967	1,784	1,718	1,749	1,772	1,798	1,790	1,819	1,913	1,908

¹⁾ Arbeitstüchtig.²⁾ Tägliche Durchschnittsproduktion.³⁾ 1 barrel (42 gallons) = 1,3898 hl.⁴⁾ Stichtagnotierungen vom 15. u. 30. des Monats.⁵⁾ Verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsmärkten einschl. der noch in Stellung oder in Notstandarbeit befindlichen Arbeitsuchenden.⁶⁾ Einstieg, der Pflichtarbeiter, aber ohne Notstandarbeiter, ohne unterstützte Kursarbeiter und ohne arbeitsunfähige Kranke.⁷⁾ Ohne Nordirland. Wochenanfang.⁸⁾ Angaben aus den 4 größten Eisenbahngesellschaften.⁹⁾ Angaben aus den Konjunkturberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.¹⁰⁾ London town, metropolitan, country, Woche endend Mittwoch.¹¹⁾ London clearings: Woche endend Donnerstag.¹²⁾ Stichtag Mittwoch.¹³⁾ Financial Times.¹⁴⁾ Bulletin de la statistique générale de la France. Stichtag Sonnabend.¹⁵⁾ MAGAZIN DER WIRTSCHAFT¹⁶⁾ Irving Fisher.¹⁷⁾ Notierungen vom Dienstag der jeweiligen Woche. Falls kein Termin angegeben, greiftbar.¹⁸⁾ 1 bushel Weizen = 27,22 kg.¹⁹⁾ 1 bushel Mais = 25,40 kg.²⁰⁾ 1 lb = 0,4536 kg.²¹⁾ Einschließlich 5,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.²²⁾ Superior Santos, Terminnotierung von 14 Uhr.²³⁾ Fair fermented mid-crop.²⁴⁾ Good ferm.²⁵⁾ Calcutta.²⁶⁾ 1 long ton = 1016, 048 kg.²⁷⁾ Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.²⁸⁾ Only good fair Kassellardis.²⁹⁾ Maschine-ginned; Broach = wichtigste ost-indische Sorte.³⁰⁾ Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Wollhandels.³¹⁾ A/AA volwähig: deutsche Wolle, fabrik-gewaschen.^{32)</}

Monatsbilanzen der Berliner Großbanken vom 28. Februar 1931

(Mill. RM)	Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft		Dresdner Bank		Darmstädter und Nationalbank		Commerz- u. Privat-Bank		Reichskredit-Gesellschaft		Berliner Handelsgesellschaft		Deutsche Gold- und Girobank	
	28. 2. 1931	29. 11. 1930	28. 2. 1931	29. 11. 1930	28. 2. 1931	29. 11. 1930	28. 2. 1931	29. 11. 1930	28. 2. 1931	29. 11. 1930	23. 2. 1931	29. 11. 1930	28. 2. 1931	30. 11. 1930
Aktiva														
Kasse, Sorten, Kupons	51,5	42,2	17,9	17,7	18,9	19,2	10,9	11,7	1,5	2,7	4,0	4,0	0,0	—
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	37,4	61,7	12,2	13,2	18,4	23,4	7,9	8,4	4,3	4,0	1,1	1,3	0,9	—
davon deutsche Notenbank allein	28,8	51,6	9,5	10,8	17,3	22,1	4,1	4,2	4,1	3,8	1,1	1,2	64,7	—
Schecks, Wechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	964,8	920,4	430,4	519,6	492,8	504,1	354,4	334,9	140,7	116,3	61,1	57,2	207,1	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten	305,4	354,4	168,9	191,7	179,6	184,7	134,6	124,0	95,5	108,5	61,6	53,5	0,1	—
davon innerhalb 7 Tagen fällig	201,7	254,1	109,6	117,1	172,7	174,0	92,7	86,5	76,7	85,0	36,6	34,6	0,1	—
Reports u. Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	81,2	98,4	51,9	46,6	74,4	101,4	75,6	89,4	21,1	26,6	19,1	17,1	20,0	—
Reports allein	29,3	46,1	10,7	16,3	30,6	49,4	53,6	61,2	4,0	5,9	5,6	7,0	—	—
Vorschüsse auf Waren	659,3	679,4	447,9	440,5	420,0	405,7	248,4	244,9	120,6	118,9	109,7	116,0	—	—
a) Rembourskredite	631,4	647,3	399,3	374,0	401,3	386,4	218,9	217,2	119,8	119,9	99,7	109,1	—	—
1. sichergestellt durch Fracht- oder Lagerscheine	56,8	52,2	71,8	63,7	15,1	18,1	20,4	13,9	4,3	2,5	13,4	12,2	—	—
2. sonstige Sicherheiten	263,8	282,0	147,3	135,4	224,2	196,2	123,1	111,0	51,0	59,7	58,0	62,6	—	—
3. ohne dingliche Sicherheit	310,8	313,1	180,2	174,9	162,0	171,1	75,4	92,3	64,6	54,7	28,2	34,3	—	—
b) sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung marktgängiger Waren	27,9	32,1	48,5	68,5	18,8	20,4	29,5	27,7	0,7	0,0	10,0	7,0	—	—
Eigene Wertpapiere	90,3	57,1	37,1	41,8	36,9	37,9	25,6	25,6	9,1	10,5	15,7	16,7	104,6	—
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen d. Reichs und der Länder	4,4	4,6	7,0	8,3	1,7	0,7	0,7	0,6	1,7	1,8	1,7	2,1	18,2	—
b) sonstige bei der Reichsbank beliehbare Wertpapiere	3,1	1,4	7,3	7,8	3,6	2,2	2,1	1,5	1,2	0,1	0,3	0,7	99,5	—
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	66,6	34,5	19,7	23,5	29,4	33,1	22,0	22,7	4,8	6,6	13,7	13,8	1,6	—
d) sonstige Wertpapiere	16,2	16,5	2,2	2,1	2,2	1,9	0,7	0,8	1,4	2,0	—	—	—	—
Konsortialbeteiligungen	74,1	80,4	18,7	20,0	39,5	39,0	26,3	20,9	5,6	6,1	9,2	10,1	—	—
Dauerhafte Beteiligungen bei anderen Banken	40,7	39,3	34,8	35,5	24,0	24,0	10,9	10,9	1,0	1,0	5,5	5,5	—	—
Debitoren in laufender Rechnung	2 435,6	2 529,1	1 113,8	1 163,7	1 112,5	1 157,8	807,5	842,8	264,0	281,5	162,6	173,0	54,9	—
davon Kredite an Banken, Sparkassen u. sonst.	125,9	147,9	110,4	108,9	121,9	98,2	29,7	26,9	41,8	35,9	24,9	30,1	5,1	—
a) gedeckt durch börsengängige Wertpapiere	536,2	560,2	253,0	260,0	268,6	258,4	149,4	156,1	40,6	48,0	54,0	62,1	—	—
b) durch sonstige Sicherheiten	1 268,7	1 249,6	536,9	628,8	693,1	601,5	488,6	511,8	188,6	193,0	79,4	82,1	54,9	—
Langfristige Ausleihungen gegen hypothek. Sicherung oder Kommunaldeckung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aval- und Bürgschafts-Debitoren	309,0	326,8	136,8	147,4	75,6	77,8	66,1	68,0	7,0	5,1	8,2	8,9	1,6	—
Passiva														
Kapital	285,0	285,0	100,0	100,0	60,0	60,0	75,0	75,0	40,0	40,0	28,0	28,0	204,8	—
Reserven	160,0	160,0	34,0	34,0	60,0	60,0	40,5	40,5	20,0	20,0	15,0	15,0	64,6	—
Kreditoren	4 033,5	4 167,3	2 129,4	2 232,3	2 173,6	2 268,8	1 430,0	1 434,3	572,5	582,8	390,3	391,1	107,1	—
a) Guthaben der deutschen Banken, Sparkassen u. sonst. Kreditinstitute	309,1	335,2	267,8	288,9	246,4	239,9	150,7	160,2	94,3	69,6	34,1	45,1	62,5	—
b) sonstige Kreditoren	3 070,9	3 165,5	1 419,9	1 609,7	1 532,7	1 630,5	1 037,1	1 042,3	326,5	306,9	256,5	237,0	44,7	—
Von Guthaben und sonstigen Kreditoren sind fallig:	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1. innerhalb 7 Tagen	1 528,2	1 636,9	749,7	790,4	723,4	709,7	518,7	522,2	163,3	143,8	72,2	60,5	82,3	—
2. bis zu 3 Monaten	1 778,4	1 782,2	870,8	954,0	976,6	1 089,8	621,4	638,1	181,0	215,9	198,3	193,6	20,1	—
3. über 3 Monate	73,4	75,7	67,2	54,2	78,8	77,0	47,7	42,0	76,5	76,9	20,1	28,0	4,7	—
c) seitens der Kundenschaft bei Dritten benutzte Kredite	653,5	666,7	441,7	433,7	391,8	398,3	242,2	231,8	151,7	146,3	99,7	109,1	—	—
Akzepte	236,0	242,4	147,4	158,6	123,0	118,9	84,0	84,0	32,6	27,9	24,6	24,7	—	—
Langfristige Anleihen	105,0	105,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
a) Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunalobligationen im Umlauf	105,0	105,0	—	—	—	—	84,0	84,0	—	—	—	—	—	—
b) sonstige	309,0	326,8	138,8	147,4	75,6	77,8	66,0	68,0	7,0	5,1	8,2	8,9	1,6	—
Aval u. Bürgschaftsverpflichtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eigene Indossamentsverbindlichkeiten	311,3	361,6	286,2	356,7	212,3	298,4	124,8	148,9	46,3	56,6	98,2	107,4	26,2	—
in spätestens 14 Tagen fällig	116,3	127,7	67,3	91,9	82,4	88,0	38,4	55,5	14,1	19,5	6,2	12,8	2,1	—
a) aus weitergegebenen Bankakzepten	201,2	237,5	211,4	243,6	153,6	—	63,6	53,1	12,8	28,9	4) 84,2	87,9	2,3	—
b) aus sonst. Remboursbankakzepten	110,2	124,0	74,8	113,1	58,8	—	61,3	56,8	32,4	28,6	12,0	19,5	23,9	—
Eigene Ziehungen	—	—	—	—	—	229,6	—	—	—	—	—	—	—	—
davon für Rechnung Dritter	—	—	—	—	—	68,9	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Unter Lombards nur tägliche und feste Gelder an Berliner Banken und Bankiers. — ²⁾ Darunter RM 23 950 000 Schatzwechsel des Deutschen Reichs

³⁾ Darunter RM 31 950 000 Schatzwechsel des Deutschen Reichs. — ⁴⁾ Darunter RM 53 570 000 aus weitergegebenen Remboursbankakzepten. —

⁵⁾ Darunter RM 52 704 000 aus weitergegebenen Remboursbankakzepten.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
23. März 1931				
Aktiva				
Gold	28.559	21.032	8.124	8.179
Deckungsfähige Devisen	6.436	10.354	2.914	6.087
Sonstige Wechsel u. Schecks	52.768	58.578	20.432	17.918
Deutsche Scheidemünzen	0,040	0,023	0,018	0,029
Noten anderer Banken	1.037	4.256	0,010	0,494
Lombardforderungen	2.594	2.417	0,776	3.129
Wertpapiere	5.287	0,538	10.719	3.291
Sonstige Aktiva	6.633	10.651	29.730	33.315
Passiva				
Notenumlauf	66.752	62.752	19.610	20.976
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	4.527	14.594	16.395	7.637
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0,118	5.457	23.720	25.995
Sonstige Passiva	2.805	4.815	1.408	5.464
Weitergegebene Wechsel	2.382	0,001	0.993	1.071

Das nächste Heft enthält:

Internationale Wirtschaftszahlen des MdW,
 eine Übersicht über Produktion, Arbeitsmarkt, Außenhandel, Verkehr, Groß- und Einzelhandelspreise, Umsätze und Geschäftsgang, Geld- und Kapitalmarkt, Börse, Staatsfinanzen, Wanderungsbewegung sowie über die wichtigsten Monatsdaten für eine Reihe von Welthandelswaren.

Monatsbilanzen deutscher Banken vom 28. Februar 1931

(Mill. RM)	Deutsche Kreditbanken				Staats- und Landesbanken				Girozentralen					
	Gesamt		Berliner Großbanken ¹⁾		Gesamt		Preußische Staatsbank		Bayerische Staatsbank		Gesamt		Deutsche Girozentrale — Deutsche Komunalbank	
	87*	91*	6*	6*	18*	21*	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.
	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.	28. 2.	29. 11.
Aktiva														
Kasse, Sorten, Kupons	130,6	128,0	104,7	97,4	7,5	10,0	0,6	0,9	3,1	4,1	12,1	9,6	1,5	0,8
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	107,1	137,0	81,8	112,0	8,8	8,8	1,0	0,1	3,2	3,1	8,8	10,1	0,4	1,3
davon deutsche Notenbanken allein	78,2	108,5	64,7	93,6	6,5	7,7	0,2	0,1	2,7	2,8	6,6	8,3	0,3	1,3
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	3 098,6	2 846,9	2 497,2	2 452,6	460,2	574,5	253,9	275,4	64,6	69,8	858,1	199,1	101,6	74,8
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten	1 221,0	1 290,0	915,6	1 018,6	301,9	478,7	83,8	109,3	44,6	56,8	762,2	486,1	110,4	96,4
davon innerhalb 7 Tagen fällig	849,3	928,5	689,1	751,3	103,0	208,5	26,8	34,8	30,6	23,7	262,4	184,4	23,5	48,3
Reports und Lombards wegen börsengängige Wertpapiere	398,1	422,7	323,4	377,4	97,7	98,2	85,8	84,0	0,0	0,0	12,6	16,8	1,5	7,2
davon Reports allein	143,0	196,1	133,9	185,9	2,7	4,8	2,7	—	—	—	1,7	1,7	1,2	1,7
Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren	2 330,3	2 319,7	2 005,8	2 003,5	31,1	31,3	—	—	8,1	8,6	1,9	2,6	—	—
a) Rembourskredite	2 180,2	2 149,4	1 870,4	1 849,8	30,2	29,2	—	—	8,1	8,6	1,8	2,0	—	—
1. sichergestellt durch Fracht- oder Lagerscheine	205,1	182,3	181,8	162,6	1,5	0,2	—	—	—	—	—	0,0	—	0,0
2. durch sonstige Sicherheit	995,9	966,9	867,4	846,9	18,3	21,3	—	—	4,2	8,7	0,3	0,6	—	—
b) sonstige kurzfristige Kredite gegen Veräußerung marktgängiger Waren	975,2	1 000,2	840,2	840,3	7,6	—	—	—	3,9	4,9	1,5	1,4	—	—
Eigene Wertpapiere	150,1	170,3	135,4	153,7	0,8	2,1	—	—	—	—	0,1	0,6	—	—
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder	501,9	411,3	214,6	189,4	117,2	187,8	38,0	29,7	12,1	11,0	239,4	182,1	34,5	41,1
b) sonstige bei der Reichsbank beilehbare Wertpapiere	42,4	41,3	18,2	18,2	47,7	50,7	26,7	12,2	7,1	6,6	66,5	40,1	7,7	9,0
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	113,0	69,3	17,5	13,7	41,0	57,5	1,9	3,0	3,9	3,0	69,4	71,1	5,0	5,3
d) sonstige Wertpapiere	254,1	225,8	156,1	134,2	25,5	67,6	9,0	13,9	1,1	1,3	100,3	67,0	21,7	26,5
Konsolidationsbeteiligungen	63,1	74,9	22,8	23,2	3,0	12,0	0,4	0,5	0,1	0,0	13,3	4,0	0,0	0,4
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken	207,6	211,9	168,8	176,4	29,3	32,7	22,4	25,6	1,7	1,5	4,6	0,7	0,4	0,3
Debitoren in laufender Rechnung	185,6	181,5	117,0	116,2	33,3	30,1	4,7	5,0	9,2	9,2	47,1	42,4	0,9	1,2
davon entfallen auf Kredite an Banken, Sparkassen und sonstige Kreditinstitute	7 527,9	7 833,7	5 896,1	6 162,8	1 376,4	1 549,5	746,0	738,8	239,4	239,5	1 259,0	1 052,7	174,8	170,3
a) gedeckt durch börsengängige Wertpapiere	477,1	462,7	454,6	447,9	218,2	215,6	139,9	123,7	16,0	18,2	238,4	213,9	47,9	89,7
b) durch sonstige Sicherheiten	1 483,9	1 535,8	1 306,9	1 344,8	103,7	112,7	48,0	49,1	30,5	31,2	39,9	40,3	10,9	11,3
Langfristige Ausleihungen gegen hypothekarische Sicherung od. Kommunaldeckung	4 359,8	4 436,8	3 195,3	3 268,8	1 067,8	1 222,2	561,5	598,8	199,0	198,3	666,7	505,7	15,8	14,1
Aval- und Bürgschaftsdebitoren	1 137,4	1 108,0	—	—	807,0	1 896,8	—	—	0,2	0,1	3 437,9	2 366,2	691,1	686,9
723,4	776,4	602,7	634,0	30,1	35,0	3,2	—	1,7	2,8	8,1	41,3	40,9	0,2	0,1
Passiva														
Kapital	1 184,5	984,9	588,0	588,0	92,7	114,8	21,0	17,0	30,5	30,5	205,8	178,8	39,8	39,8
Reserven	510,4	453,5	89,9	329,5	38,8	45,4	8,0	7,6	4,0	4,0	50,4	37,9	4,2	4,2
Kredite	13 204,4	13 504,4	9 721,4	11 076,7	2 359,1	2 978,9	1 199,0	1 229,4	352,1	371,7	2 822,5	1 972,4	418,7	883,5
a) Guthaben der deutschen Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute	1 405,4	1 393,8	1 102,1	1 138,9	782,5	1 096,5	448,4	411,9	93,4	96,5	2 048,3	1 444,6	897,4	842,6
b) sonstige Kredite von Guthaben und sonstigen Kreditoren sind fällig:	9 491,1	9 813,7	7 643,7	7 051,9	1 548,9	1 852,4	760,7	817,6	260,6	268,4	772,8	526,2	21,3	40,9
1. innerhalb 7 Tagen	4 528,2	4 584,7	3 755,8	3 857,4	836,6	827,6	486,9	301,3	121,7	127,5	967,5	774,4	116,7	94,8
2. bis zu 3 Monaten	6 577,8	5 827,9	4 826,5	4 879,8	604,9	1 377,6	208,6	518,5	151,8	1 595,2	943,0	248,1	224,8	
3. nach 3 Monaten	780,8	815,6	363,7	353,6	687,9	743,5	416,5	409,6	85,8	84,1	258,4	233,4	64,0	63,8
c) seitens der Kundenschaft bei Dritten benutzte Kredite	2 307,9	2 297,0	1 983,5	1 985,9	29,6	31,2	—	—	8,1	8,7	1,4	1,7	—	—
Alkzepte	788,2	818,4	650,7	698,8	11,1	17,5	2,5	2,6	1,3	1,9	0,0	0,0	—	0,0
Langfristige Anleihen bzw. Darlehen:	1 300,9	1 340,7	189,0	189,0	865,4	1 743,2	—	—	—	—	3 093,5	2 182,9	662,6	660,4
a) Hypothekenpfandbriefe und Kommunal-Obligationen im Umlauf	1 053,1	1 041,4	—	—	435,6	865,3	—	—	—	—	1 591,8	1 135,9	590,1	588,4
b) Sonstige	277,4	298,3	189,0	189,0	429,8	87,9	—	—	—	—	1 501,7	1 047,0	72,5	72,0
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen:	723,4	778,4	602,7	634,0	30,1	35,0	3,2	1,7	2,8	3,1	41,3	40,9	0,2	0,1
davon in spätestens 14 Tagen fällig	1 519,8	1 876,4	1 177,2	1 329,5	122,0	194,5	66,9	60,2	14,6	14,9	86,5	60,1	19,1	33,2
a) aus weitergegebenen Bankakzepten	413,1	439,1	314,7	375,4	36,3	72,7	14,9	51,0	10,8	8,2	40,8	1,6	33,2	33,2
92,9	1 184,9	726,7	880,5	860,0	22,9	26,7	11,8	10,8	9,9	9,9	13,2	9,9	13,2	13,2
a) aus sonstigen Rediskontierungen	651,9	740,8	349,5	447,8	86,0	137,5	2) 44,2	8) 48,8	14,6	14,9	76,6	46,9	4) 9,2	5) 20,0
Eigene Ziehungen	11,1	8,9	—	—	0,4	0,5	—	—	—	—	0,1	0,1	—	—
davon für Rechnung Dritter	3,2	3,4	—	—	0,0	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—

* Anzahl der Banken. — ¹⁾ Ohne Golddiskontbank. — ²⁾ Darunter RM 35 870 000 Reichsschatzwechsel. — ³⁾ Darunter RM 27 280 000 Reichsschatzwechsel. — ⁴⁾ Darunter RM 7 500 000 rediskontierte Reichsschatzwechsel. — ⁵⁾ Darunter 500 000 rediskontierte Reichsschatzwechsel.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Bln.-Wilmersdorf. — **Für die Inserate:** i.V. E. Schepke. — **Verlag:** Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — **Druck:** Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — **Bezugspreis:** Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin 149 296.

Schluss des redaktionellen Teils

Jlsc, Bergbau-Aktiengesellschaft, Grube Jlsc N.-L.

Die Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1930 erfolgt für die Stammaktien gegen Einlieferung der Dividendenabscheine Nr. 8 der Aktien Nr. 10—80 000, Nr. 10 der Aktien Nr. 80 001—50 000, Nr. 9 der Aktien Nr. 50 001—100 000, Nr. 8 der Aktien Nr. 100 001—140 000 mit BM 20,— für jeden Schein; für die Vorzugsaktien gegen Einlieferung der Gewinnanteilscheine Nr. 16 der Vorzugsaktien Nr. 1—80 000, Nr. 10 der Vorzugsaktien Nr. 80 001—50 000 und Nr. 9 der Vorzugsaktien Nr. 50 001 bis 100 000 mit RM 6,50 für jeden Schein. Die Dividende auf die Gewinnabscheine Nr. 1—167 000 wird gegen Einlieferung des Scheines Nr. 8 mit RM 20,— für jeden Schein durch die Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin, die Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, die Dresden-Bank, Berlin und Dresden, die Vereinsbank in Hamburg und die Firma Gebrüder Sulzbach, Frankfurt a. M., sowie in sämtlichen Niederlassungen dieser Banken und an der Kasse der Gesellschaft ausgezahlt.

Bei der Auszahlung der Dividenden wird die Kapitalertragsteuer mit 10% gekürzt, zur Auszahlung kommen also je Schein nur RM 18,— bzw. RM 5,85.

Grube Jlsc N.-L., den 27. März 1931.
Jlsc, Bergbau-Aktiengesellschaft.
Bähr. Fischer.

Finanzanzeigen in diesem Heft.

Bank für auswärtigen Handel Aktiengesellschaft: Geschäftsbericht und Bilanz.

Braunkohlen- und Briketwerke Roddergrube A.-G.: Bilanz und Dividende.

Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft: Bilanz.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —:

Bilanz:

Deutsche Landesbankenzentrale A.-G.: Bilanz.

Elektro-Werke Aktiengesellschaft: Bilanz.

Ilse, Bergbau-Aktiengesellschaft: Dividendenauszahlung.

Preußische Landespfandbriefanstalt: Zeichnungseinladung auf 10 Millionen RM reichsmündelsichere 7%ige Goldmark-Pfandbriefe Reihe XXI zum Vorzugskurs von 96½%.

R. Stock & Co.: Bilanz.

Vereinigte Aluminiumwerke A.-G. Lautawerk: Bilanz.

Vereinigte Stahlwerke van der Zypen & Wissener Eisenhütten A.-G.: Bilanz und Dividende.

Zentrale für Bodenkultkredit: Bilanz.

R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik A.-G., Berlin - Marienfelde

Bilanz am 30. September 1930

Vermögen.	RM
Grundstücke	1 042 453,—
Gebäude: Bestand am 1. Oktober 1929	2 165 631,—
Zugang	94 995,11
	<u>2 260 626,11</u>
Abschreibungen	89 084,11
	<u>2 171 592,—</u>
Maschinen: Bestand am 1. Oktober 1929	770 319,—
Zugang	181 881,10
	<u>952 200,10</u>
Abschreibung	122 748,10
	<u>829 452,—</u>
Werkzeuge, Modelle und Mobilien: Bestand am 1. Oktober 1929	3,—
Zugang	84 820,38
	<u>84 823,38</u>
Abschreibungen	84 820,38
	<u>8,—</u>
Roh- und Betriebsmaterialien	1 167 207,41
Halb- und Fertigfabrikate	4 964 756,17
Kasse	16 181,98
Wechsel	164 127,49
Effekten und Beteiligungen	309 280,20
Bankguthaben und Schuldner einschließlich Verkaufsgesellschaften	26 200,—
Bürgschaftsschuldner	<u>2 792 013,47</u>
	<u>13 457 076,12</u>
Verbindlichkeiten.	RM
Aktienkapital	7 560 000,—
Gesetzliche Rücklage	756 000,—
Hypothesen	52 331,25
Teilschuldverschreibungen	48 320,—
Nicht eingelöste Gewinnanteilscheine	8 329,70
Warengläubiger	627 152,45
Akzepte	80 750,—
Bankschulden und Darlehen	3 821 280,74
Transitorische und verschiedene Konten	382 866,01
Gewinn- und Verlustrechnung: Reingewinn	625 101,97
Bürgschaftsgläubiger	<u>26 200,—</u>
	<u>13 457 076,12</u>

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll.	RM
Steuern	385 230,93
Industrieaufbringung	51 220,35
	<u>439 451,28</u>
Zinsen	274 327,95
Abschreibungen	296 602,59
Reingewinn	625 101,97
	<u>1 635 483,19</u>
Haben.	RM
Gewinn-Vortrag	70 769,68
Geschäftsgewinn: Rohgewinn abzgl. Verkaufsunkosten	2 444 870,58
/. Unkosten d. Hauptverwaltung	880 157,05
	<u>1 564 713,53</u>
	<u>1 635 483,19</u>

Vereinigte Aluminium-Werke

Aktiengesellschaft zu Lautawerk (Lausitz)

Bilanz am 31. Dezember 1931

Aktiva	RM
Anlagen:	
Grundstücke	
u. Gebäude	10 447 113,69
Abschreibung	834 238,69
	<u>9 612 875,—</u>
Maschinen und Apparate	6 885 675,30
Abschreibung	997 162,30
	<u>5 888 513,—</u>
Geräte, Mobilien	
u. Utensilien	111 850,62
Abschreibung	69 344,62
	<u>42 506,—</u>
Bahnanlagen und Fuhrpark	125 864,65
Abschreibung	109 758,65
	<u>16 106,—</u>
	<u>15 560 000,—</u>
Vorräte:	
Roh- und Hilfsmaterialien	2 608 325,—
Halb- und Fertigfabrikate	14 342 231,—
	<u>16 950 556,—</u>
Effekten	16 887 765,31
Hypotheken-Forderungen	741 636,85
Patente	1.—
Kassenbestand	49 857,29
Wechselbestand	17 247,96
Debitoren	9 466 855,21
Gegebene Bürgschaften	2 290 150,—
	<u>59 673 919,62</u>
Passiva	RM
Aktienkapital	24 000 000,—
Reservefonds	2 400 000,—
Spezial-Reservefonds	6 000 000,—
Erneuerungsfonds	4 000 000,—
Arbeiter- u. Beamten-Unterstützungsfonds	1 850 000,—
Hypotheken-Schulden	12 278,51
Kreditoren	16 149 012,73
Neue Rechnung	2 619 689,28
Erhaltene Sicherheiten	1 506 737,90
Reingewinn	2 642 939,10
	<u>59 673 919,62</u>

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1930

Soll	RM
Handlungskosten und Zinsen	1 563 699,37
Steuern	1 405 979,77
Abschreibungen im Jahre 1930 auf:	
Grundstücke und Gebäude	834 238,69
Maschinen und Apparate	997 162,30
Geräte, Mobilien u. Utensilien	69 344,62
Bahnanlagen und Fuhrpark	109 758,65
	<u>2 010 504,26</u>
Reingewinn	
der laut Vorschlag zur Verteilung gelangen soll	<u>2 642 939,10</u>
	<u>7 623 122,50</u>
Haben	RM
Vortrag aus 1929	348 607,90
Bruttogewinn	7 274 514,60
	<u>7 623 122,50</u>

Braunkohlen- und Briketwerke RODDERGRUBE
Aktiengesellschaft in Brühl, Bez. Köln.

Bilanz auf den 31. Dezember 1930.

Aktiva	RM	RM	Passiva	RM	RM
Bergwerksberechtsame		12 883 732,—	Aktien-Kapital		18 000 000,—
Grundstücke	3 467 430,71		Reservefonds		5 000 000,—
Gruben-Anlagen	2 286 906,—		Abschreibungs- und Erneuerungsfonds		61 212 374,46
Förder-Anlagen	14 167 330,41		Fritz Behrens-Stiftung	150 000,—	
Brikettfabriken	27 182 342,24		Wohlfahrtsfonds:		
Steinzeugwarenfabrik	890 000,—		a) für Arbeiter	750 000,—	
Grubenanschlußbahnen	1 422 187,—		b) für Beamte	375 000,—	
Büro- und Wohngebäude	4 888 929,32		Gläubiger		1 275 000,—
Inventar	906 070,36	54 652 196,04	Rückstellungen		16 549 671,93
Im voraus abgeräumte Kohle		353 168,87	Gewinn		5 842 959,03
Vorräte		816 720,41	Avale	RM 5 962 236,22	5 859 015,08
Dauernde Beteiligungen		2 527 969,—			
Wertpapiere		1 701 764,81			
Kassenbestände		25 828,34			
Außenstände:					
a) Bank- und bankmäßige Guthaben	1 878 277,18				
b) Verschiedene Schuldner	88 048 945,84				
c) Anzahlungen	355 418,31	40 277 641,43			
Avale	RM 5 962 236,22				
		113 239 019,90			
					113 239 019,90

Gewinn- und Verlust-Rechnung auf den 31. Dezember 1930.

Soll	RM	Haben	RM
Geschäfts-Umkosten	889 530,40	Vortrag aus 1929	151 582,30
Steuern	4 768 819,26	Betriebsüberschuß	15 813 541,09
Versicherungen	452 360,27		
Abschreibungen	3 995 608,38		
Gewinn	5 859 015,08		
	15 865 138,39		15 865 138,39

In der gestern stattgefundenen Generalversammlung wurde vorstehende Bilanz genehmigt und die Dividende auf 30 % festgesetzt.
Die Dividende ist mit 120,— RM für die Aktien zu je 400,— RM und mit 180,— RM für die Aktien zu je 600,— RM gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 4 (Vierter Gewinnanfallschein) für unsere Aktien Nr. 1 bis 29 914 und Nr. 22 für 1930 für unsere Aktien Nr. 29 915 bis 44 914 sofort zahlbar bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin und deren Filialen in Köln und Düsseldorf.

der Darmstädter u. Nationalbank in Berlin, Köln und Hannover,
„Dresdner Bank in Köln,
„Essener Creditanstalt, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Essen,
dem Bankhaus Simon Hirschland in Essen.

In den Aufsichtsrat wurde der turnusmäßig ausscheidende Herr Peter Wilhelm Werhahn, Neuß, wieder- und Herr Direktor Heinrich Schmitz, Essen, neugewählt.

B r ü h l, Bez. Köln, den 27. März 1931.

Der Vorstand.

DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Bilanz zum 31. Dezember 1930.

Aktiva	RM.	RM.	Passiva	RM.	RM.
Kasse, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		690 859,02	Aktienkapital		24 800 000,—
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		16 937 432,05	Reservefonds		2 800 000,—
Nostroguthaben bei Banken, Bankfirmen und öffentlichen Kassen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten ..		35 225 131,69	Pensionsreservefonds		200 000,—
davon innerhalb 7 Tagen fällig ..			Rückstellung für schwedende Geschäfte		500 000,—
Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		4 215 416,70	Auslandsanleihe		21 840 506,92
Eigene Wertpapiere		4 316 149,39	Emission 6%iger Feingoldrentenbriefe		558 000,—
Prandbriefe aus der Auslandsanleihe		21 842 451,20	Gläubiger		162 397 638,60
Kurzfristige Zwischenkredite und Schuldner in laufender Rechnung		127 595 605,01	davon innerhalb 7 Tagen fällig ..	28 615 664,14	
davon gedeckt		22 275 718,57	darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig ..	65 658 631,95	
Schuldner aus Reichsfonds		133 373,94	nach mehr als 3 Monaten fällig ..	78 128 342,51	
Reallasten auf Feingoldbasis		424 626,09	Reichsfonds		26 906 551,19
Nicht im Umlauf befindliche Rentenbriefe		7 890 825,31	Transitorische Posten		829 887,58
Beteiligungen		2 100 000,—	Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen	2 505 241,—	
Geschäftshäuser		1,—	Eigene Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegeb. Wechseln	86 850 612,18	
Mobilien		341 779,77	davon in spätestens 14 Tagen fällig ..	7 285 997,94	
Transitorische Posten	2 505 241,—		Gewinn		3 756 786,40
Aval- und Bürgschaftsschuldner		243 589 370,64	Vortrag aus 1929	298 457,69	
			Reingewinn	3 518 328,71	
					243 589 370,64

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1930.

Aufwand	RM.	Ertrag	RM.
Abschreibungen	216 191,54	Vortrag aus 1929	238 457,69
Unkosten	2 042 879,53	Zinsen	4 508 632,57
Gewinn	3 756 786,40	Provisionen	1 268 761,21
	6 015 851,47		6 015 851,47

Berlin, den 31. Dezember 1930.

DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT.

Dr. Kämper Dr. Friedrichs Wildermuth Zehl
Dr. Ohlmer Dr. Sarrazin

Die vorstehende Generalbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, den 3. März 1931.

Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft,
gez. Susat gez. i. V. Dr. Richter

DEUTSCHE GIROZENTRALE — DEUTSCHE KOMMUNALBANK —

Bilanz per 31. Dezember 1930

AKTIVA	RM	PASSIVA	RM
1. Nicht eingezahltes Betriebskapital .		1. Betriebskapital:	
2. Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine: a) Bar RM 590 937,39		a) Beteiligung der Mitgliedsverbände . . . RM 29 750 000,—	
b) Bestand an Zinsscheinen u. fremd. Geldsorten 3 795 257,18	4 386 194,57	b) Beteiligung des Preußischen Staates . RM 10 000 000,—	39 750 000,—
3. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing) Banken	4 602 729,32	2. Rücklagen	4 184 693,28
4. Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen: a) Schecks u. Wechsel 8 925 219,10		3. Gläubiger:	
b) unverzinsliche Schatzanweisungen u. Schatzwechsel des Reiches und der Länder . . RM 17 131 914,69	26 057 133,79	a) seitens der Kundenschaft bei Dritten benutzte Kredite —	
5. Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeiten bis zu 3 Monaten	82 665 009,02	b) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute . . RM 276 508 556,35	
davon innerhalb 7 Tagen fällig . . RM 25 404 118,38		c) sonstige Gläubiger 45 022 114,88	321 530 671,23
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	7 161 212,35	Von der Gesamtsumme der Gläubiger (mit Ausschluß von a) sind	
davon entfallen auf Reports allein . . RM 1 405 767,25		1. innerhalb 7 Tagen fällig RM 94 618 827,29	
7. Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren	—	2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig . RM 180 609 399,79	
8. Eigene Wertpapiere: a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder . . RM 7 769 732,45		3. nach mehr als 3 Monaten fällig RM 46 302 444,15	
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken belehbare Wertpapiere . . 5 176 934,35		Avale und Bürgschaften RM 166 866,62	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere . RM 20 016 071,43	32 962 766,58	4. Akzepte	
d) sonst. Wertpapiere 28,35	479 689,21	5. Langfristige Anleihen bzw. Darlehen:	
9. Konsortialbeteiligungen	868 004,—	a) langfristige Tilgungsdarlehen . . RM 30 186 979,11	
10. Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	180 211 961,35	b) langfristige feste Darlehen . . RM 42 030 000,—	
11. Außenstände in laufend. Rechnung davon entfallen auf Kredite an Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige Kreditinstitute . . RM 64 889 622,51		c) im Umlauf befindliche Obligationen . RM 586 100 486,10	658 317 465,21
12. Langfristige Ausleihungen gegen hypothekarische Sicherung oder gegen Kommunaldeckung: a) langfristige feste Darlehen (auf ein und mehrere Jahre) . RM 92 063 000,—		davon mit fünffachem Auslosungsrecht RM 53 571 596,26	
b) langfristige Tilgungsdarlehen u. Anleihen 594 685 892,96	686 748 892,96	und ohne Auslosungsrechte . RM 5 920 587,50	
davon mit fünffachem Auslosungsrecht RM 53 570 865,12		5. I. Noch nicht eingelöste Zinsscheine und ausgelöste Obligationen	4 556 089,44
und ohne Auslosungsrechte . RM 5 920 587,50		5. II. Am 31. Dezember 1930 anteilig fällige Zinsen und Provisionen	7 508 803,92
12. I. Am 31. Dezember 1930 anteilig fällige Darlehnszinsen und Verwaltungskostenbeiträge	7 807 805,79	6. Betriebsüberschuß	2 470 143,07
13. Bankgebäude	3 957 104,92		
14. Sonstige Gebäude und Grundstücke	419 361,29		
15. Inventar	1.—		
	1 038 317 866,15		1 038 317 866,15

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930

SOLL	RM	HABEN	RM
1. Geschäfts- u. Verwaltungskosten einschl. der Geschäftskosten des Verbandes .	3 583 378,45	Gewinne:	
2. Steuern und Abgaben	1 416 700,20	an Zinsen	4 863 189,71
3. Abschreibungen auf Gebäude u. Inventar	338 055,56	an Provisionen	2 320 153,07
4. Zuweisung zur Pensionskasse	300 000,—	an Wertpapieren und Gemeinschaftsgeschäften	896 846,55
5. Betriebsüberschuß	2 470 143,07	Gewinnvortrag aus 1929	28 087,95
	8 108 277,28		
Berlin, im März 1931			8 108 277,28

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt

Das Direktorium

Dr. Kleiner Jursch von Bitter Müller Schoele Sentz Weltzien

Bank für auswärtigen Handel

Aktiengesellschaft, Berlin

Geschäfts-Bericht 1930

Bericht des Vorstandes

Wir beeilen uns, Ihnen hiermit die Bilanz per 31. Dezember 1930 sowie Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1930 vorzulegen. Die Krise, welche Deutschland schon im Vorjahr heimgesucht hatte, entwickelte sich im Berichtsjahr zu einer Weltwirtschaftskrise größten Umfangs. Die deutsche Wirtschaft litt außerdem unter der Unsicherheit der innerpolitischen Verhältnisse. Wir haben mit Rücksicht auf diesen Umstand unseren Geschäftsumfang planmäßig eingeschränkt, was sowohl in der verminderten Bilanzsumme als auch in dem auf 6,7 Milliarden Reichsmark zurückgegangene Umsatz zum Ausdruck kommt. Dadurch haben unsere Einnahmen an Zinsen und Provisionen gelitten, während es uns andererseits gelungen ist, von nennenswerten Verlusten verschont zu bleiben.

Der Reingewinn des Jahres stellt sich einschließlich des Gewinnvortrages auf RM 955 682,52

Wir schlagen vor, hiervon zu verteilen:

6%	Dividende auf die	
	Vorzugsaktien Lit. A.	
	Nom. RM 833 000,—	RM 49 980,—
10%	Dividende auf die	
	Vorzugsaktien Lit. B.	
	Nom. RM 167 000,—	" 16 700,—
7%	Dividende auf die	
	Stammaktien Nom.	
	RM 10 000 000,—	" 700 000,—
	dem Aufsichtsrat als Tan-	
	tieme zu vergüten	" 34 456,— " 801 136,—
	und auf neue Rechnung vorzutragen	RM 154 546,52
	Berlin, im März 1931.	

Der Vorstand.

Bericht des Aufsichtsrats

Der vom Vorstand erstattete Geschäftsbericht nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1930 ist von uns nachgeprüft und richtig befunden worden. Wir schließen uns den Vorschlägen betreffs Verwendung des Reingewinnes an. Die Mitglieder des Aufsichtsrates, Exzellenz Dr. Friedrich Rosen, Oberdirektor Heinrich Bé-

lohřibek, Direktor Otto Deutsch, Dr. Hans von Mauthner, Geheimrat Dr. Ernst Springer, Direktor Dr. Ernst Ziegler, scheiden statutengemäß aus dem Aufsichtsrat aus und sind wiederwählbar.

Berlin, im März 1931.

Der Aufsichtsrat.

Aktiva

Bilanz per 31. Dezember 1930

Passiva

	RM		RM
Bar, Kasse und Sorten	2 969 926,16	Aktienkapital	11 000 000,—
Wechsel und Devisen	5 501 602,24	Ordentliche Reserven	1 500 000,—
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	13 215 255,13	Akzepte	3 375 000,—
Reports und Lombards	9 704 390,03	Noch nicht eingelöste Schecks	186 312,01
Vorschüsse auf Waren und Warenver-		Kreditoren in laufender Rechnung:	
schiffungen	36 627 766,75	bei Dritten benutzte	
Eigene Wertpapiere	888 567,—	Kredite	RM 39 928 318,96
Konsortial- und Geschäftsbeteiligungen	1 454 471,60	fällig innerhalb sie- ben Tagen	" 10 956 463,80
Debitoren in laufender Rechnung: durch Sicherheiten		fällig innerhalb eines Monats	" 32 974 893,—
gedeckt	RM 43 804 614,92	fällig nach einem Monat	" 18 031 431,23
ohne Sicherheiten	" 3 741 506,69	Reingewinn	101 891 106,99
Bankgebäude	1 000 000,—	Avale	955 682,52
Inventar	1,—		
Avale	RM 1 767 341,68		118 908 101,52
	118 908 101,52		

Soll

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1930

Haben

	RM		RM
Verwaltungskosten einschließlich Ge- hälter	1 771 079,32	Vortrag	171 122,—
Steuern und soziale Lasten	660 914,39	Gewinn aus Zinsen	2 578 776,35
Abschreibungen auf Inventar	16 317,07	Gewinn aus Provisionen und Gemein- schaftsgeschäften	654 094,95
Reingewinn	955 682,52		
	3 403 993,30		3 403 993,30

**DEUTSCHE BANK
UND
DISCOUNTER-GESELLSCHAFT**
Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark
HAUPTSITZ BERLIN

Schnelle und zuverlässige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte wie An- und Verkauf von Effekten, Devisen, ausländischen Geldsorten / Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren / Vermietung von Schrankfächern in unserer Stahlkammer / Aufbewahrung verschlossener Depots

Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande / Korrespondenten an allen bedeutenden Plätzen der Welt

Deutsche Landesbankenzentrale

Aktiengesellschaft

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	Passiva	RM
Nicht eingezahltes Aktienkapital	8 000 000,—	Aktienkapital	5 000 000,—
Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendscheine	122 208,11	Reserven	450 000,—
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	195 789,22	Kreditoren	67 233 706,50
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	10 526 849,—	Akzente	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten	35 510 586,80	Langfristige Anleihen bzw. Darlehen:	
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	215 001,15	a) First Mortgage Secured Gold Sinking Fund Bonds Series A 6%	\$ 5 000 000,—
Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren	100 699,50	davon getilgt bis 31. 12. 30	\$ 227 500,—
Eigene Wertpapiere	945 595,36	b) Mortgage Secured Gold Sinking Fund Bonds Series B 6%	\$ 10 000 000,—
Konsortialbeteiligungen	18 380,—	davon getilgt bis 31. 12. 30	\$ 725 000,—
Dauernde Beteiligungen	28 755 142,21	c) Darlehen der Deutschen Rentenbank - Kreditanstalt	8 150 123,03
Debitoren in laufender Rechnung		I. Noch nicht eingelöste Zinsscheine und gekündigte Schuldverschreibungen	
Von der Gesamtsumme sind gedeckt:		Sonstige Passiva	
a) durch börsengängige Wertpapiere	RM 8 240 714,90	Reingewinn	
b) durch sonstige Sicherheiten	" 10 860 307,03		6 176 874,23
Langfristige Ausleihungen gegen hypothekarische Sicherung oder gegen Kommunaldeckung	533 669,73		712 892,53
Sonstige Aktiva	147 008 823,37		285 727,08
Außerdem: Aval- und Bürgschaftsdebitoren	2 888 000,—		
		Außerdem: Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen	2 888 000,—
		davon langfristig für provinzielle Kreditinstitute	RM 2 735 000,—
		Eigene Indossamentsverbindlichkeiten:	
		a) aus weiterbegebenen Bankakzepten	RM 6 100 000,—
		b) aus sonstigen Rediskontierungen	" 2 413 665,63
		Von der Gesamtsumme sind in spätestens 14 Tagen fällig	8 513 665,63
		RM	1 435 956,42

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930

Ausgaben	RM	Einnahmen	RM
Handlungskosten	769 266,46	Vortrag von 1929	\$ 8 978,28
Reingewinn	285 727,08	Provisionen	223 988,09
	1 054 993,54	Zinsen	328 107,91
		Diskont	330 410,32
		Sonstige	138 508,94
			I 054 993,54

Zentrale für Bodenkulturfond

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	Passiva	RM
Nostroguthaben bei Banken	1 305 919,20	Stammkapital	1 200 000,—
davon innerhalb 7 Tagen fällig	RM 805 819,20	Langfristige Anleihen:	
Langfristige Deckungsdarlehen nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes vom 21. 12. 27:		8 % Goldschuldverschreibungen Reihe I	5 000 000,—
a) Darlehen an Meliorationsunternehmen	RM 4 995 000,—	Diverse Passiven:	
b) Bardeckungen	5 000,—	a) Zinsscheineinlösungsfonds	RM 200 000,—
Zusatzkredite		b) Tilgungsfonds	" 12 500,—
		c) Zinsverbilligungsfonds d. Reiches	" 7 918,10
		d) schwedende Abrechnungen	" 29 958,69
		Reingewinn	250 871,73
			88 525,96
			6 488 897,75

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930

Ausgaben	RM	Einnahmen	RM
Handlungskosten	2 894,20	Zinsen	231 810,90
Zinsen für Schuldverschreibungen	200 000,—	Sonstige	9 509,26
Reingewinn	241 420,16		

Elektrowerke Aktiengesellschaft

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Aktiva	RM	RM
Grundbesitz		3 133 738,31
Gruben		26 416 900,97
Kraftwerke		144 775 738,41
Fernleitungen, Schalt- und Umspannwerke		28 883 664,83
Im Bau befindliche Neuanlagen		9 681 741,05
Inventar und Fahrzeuge	32 249,30	
-/- Abschreibungen	32 248,30	1,-
Kasse		15 292,10
Effekten u. Beteiligungen		30 527 511,44
Abraumvorrat		3 528 965,-
Vorräte		1 530 718,30
Debitoren:		
Bankguthaben	413 903,85	
Forderungen an befreundete Gesellschaften	3 030 311,46	
Verschiedene	6 498 552,98	9 942 768,29
Darlehen an den Magistrat der Stadt Berlin		25 000 000,-
Kautionen u. Bürgschaften	8 254 221,47	
		283 437 039,70
Passiva	RM	RM
Aktienkapital		90 000 000,-
Reservefonds		23 500 000,-
Erneuerungskonto:		
Bilanz am 31. 12. 1929	51 900 203,02	
Abgang 1930	1 789 889,07	
Zuweisung 1930	50 110 313,95	
Rücklage f. soziale Zwecke:	10 400 000,-	
Bilanz am 31. 12. 1929	1 250 000,-	
Abgang 1930	169 119,56	
Zuweisung 1930	1 080 880,44	
Rücklage für Selbstversicherung:	169 119,56	
Bilanz am 31. 12. 1929	1 000 000,-	
Abgang 1930	295 159,91	
Zuweisung 1930	704 840,09	
Amerik. Anleihe 6½ %	95 159,91	
Kreditoren		800 000,-
Zwischenkredit		51 712 500,-
Gewinn		23 898 217,10
Kautionen u. Bürgschaften	8 254 221,47	25 000 000,-
		6 766 008,65
Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930.		283 437 039,70

Soll	RM	RM
Allgemeine Unkosten		2 790 329,10
Zinsen		
Anleihezinsen	3 389 181,23	
Sonstige	135 531,02	3 524 712,25
Abschreibungen		
Inventar und Fahrzeuge		32 248,30
Zuweisung für Erneuerungskonto		10 400 000,-
Rücklage f. soziale Zwecke		169 119,56
Rücklage für Selbstversicherung		95 159,91
Reingewinn		6 766 008,65
Haben		23 777 577,77
Gewinn-Vortrag aus 1929		324 553,77
Betriebsüberschuß		20 889 983,83
Zinsen und Dividenden		2 563 040,17
Berlin, im März 1931.		23 777 577,77

Der Vorstand.

Berliner Handels-Gesellschaft

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
Gegründet 1856

BERLIN W8

Behrenstraße 32-33

Telegramm-Adresse: "Handelschaft"

An- und Verkauf von Effekten
Devisengeschäfte / Umwechselung
fremder Banknoten / Annahme
von Depositengeldern / Stahl-
kammer mit Privattresor

Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr
Berlin W8, Charlottenstraße 33



Sind Sie schon
in einer privaten
Krankenversicherung ?

Wählen Sie die größte, die

Vereinigte
Krankenversicherungs-
Aktiengesellschaft
Berlin W50

Neue Ansbacher Straße 7
Fernsprecher B5, Barbarossa 9431

Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung

Aktienkapital 5 Millionen Reichsmark
Reserven über 5 Millionen Reichsmark

Hier abtrennen

An die
Generaldirektion der
Vereinigten Krankenversicherungs-A.-G.

BERLIN W50

Neue Ansbacher Straße 7

Ich bitte Sie um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes -
bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen.

Adresse: _____



DRESDNER BANK

DIREKTION BERLIN W 56
EIGENKAPITAL RM 134000000
GENOSSENSCHAFTS - ABTEILUNGEN
IN BERLIN UND FRANKFURT A. M.

ZENTRALKREDITINSTITUT DER GENOSSENSCHAFTLICHEN VOLKSBAKEN

Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten Aktien-Gesellschaft

Bilanz für das Geschäftsjahr
vom 1. März 1930 bis 28. Februar 1931

VERMÖGEN	RM	RM
I. Kassenbestand		3 544,60
II. Wertpapiere und Beteiligungen		18 730 717,01
III. Schuldner		8 525 601,14
		27 259 862,75
SCHULDEN	RM	RM
I. Aktienkapital		22 200 000,—
II. Gesetzliche Rücklage		2 500 000,—
III. Nicht abgehobene Dividenden		1 917,—
IV. Nicht abgehobene Genussrechte		36,—
V. Stiftung Eugen van der Zypen		80 263,73
VI. Gläubiger		1 457 048,08
VII. Gewinn- und Verlustrechnung:		
Gewinn des Geschäftsjahrs		
Vortrag aus 1929/30	979 230,15	1 020 597,94
	41 367,79	
		27 259 862,75

Gewinn- und Verlustrechnung 1930/31
Aufgestellt am 28. Februar 1931

SOLL	RM
An Reingewinn	1 020 597,94
	1 020 597,94
HABEN	RM
Für Vortrag aus voriger Rechnung	41 367,79
Für Gewinn aus dem Geschäftsbetrieb	979 230,15
	1 020 597,94

Laut Beschuß der Generalversammlung vom 26. März 1931 erhalten die Aktionäre für das abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 auf das dividendenberechtigte Stammaktienkapital von RM 16 200 000,— eine Dividende von 6%, welche mit RM 36,— für jede Aktie von heute ab bei dem Bankhause A. Levy in Köln,
„ dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Köln,
„ dem Bankhause Deichmann & Co. in Köln,
„ dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie. in Köln,
„ der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin, Düsseldorf und Essen,
„ dem Bankhause Hagen & Co. in Berlin,
„ dem Bankhause M. M. Warburg & Co. in Hamburg gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine, und zwar:
Nr. 26 für die Aktien Nr. 1—10 000,
Nr. 28 „ „ „ 10 001—13 000,
Nr. 26 „ „ „ 13 001—27 000
erhoben werden kann.

Köln-Deutz, den 26. März 1931.

Der Vorstand.

Wenn Arger und Verdruß Sie plagen,
Wenn Ihnen nichts mehr gelingt,
Wenn Sie sich abgespannt und müde fühlen —
Dann müssen Sie hinaus in die Natur,
Dahin, wo sie groß und hehr und einsam ist.
In die Wunderwelt des Nordens.



NORDLAND Fahrten

führen zu den wundervollen norwegischen Fjorden, dem sagenumwobenen Island, in die Einsamkeit Spitzbergens, an die Grenze des ewigen Eises, ins Land der Mitternachtssonne. Die erhabenen Eindrücke einer solchen Reise, die heitere Geselligkeit und die behagliche Muße an Bord eines Hapag-Dampfers geben neue Lebensfreude und Arbeitskraft.

20. JUNI BIS 1. JULI · 1. REISE · Hapag-Fjordfahrt nach den landschaftlich schönsten Plätzen Westnorwegens mit dem Vergnügungsreisen-Dampfer »Oceana« von RM. 310.- aufwärts.

4. JULI BIS 20. JULI · 2. REISE · Hapag-Nordkapfahrt mit dem Vergnügungsreisen-Dampfer »Oceana« von RM. 470.- aufwärts.

18. JULI BIS 11. AUGUST · 3. REISE · Hapag-Schottland-, Islands-, Spitzbergen- und Norwegensee mit dem 20000 Tons großen Luxusdampfer »Resolute« von RM. 900.- aufwärts.

22. JULI BIS 7. AUG. · 4. REISE · Hapag-Nordkapfahrt mit dem Vergnügungsreisen-Dampfer »Oceana« von RM. 470.- aufwärts.

11. AUGUST BIS 24. AUGUST · 5. REISE · Hapag-Schottland-, Norwegen- und Ostseefahrt mit dem bekannten Vergnügungsreisen-Dampfer »Oceana« von RM. 390.- aufwärts.

25. AUGUST BIS 12. SEPTEMBER · 6. REISE · Hapag-Ostsee-, Skandinavien- und Rußlandfahrt mit dem bekannten Vergnügungsreisen-Dampfer »Oceana« von RM. 620.- aufwärts.

Näheres in der NORDLAND Illustrierten
mit dem Preisausschreiben gratis erhältlich bei den Vertretungen der
HAMBURG-AMERIKA LINIE